neue kritik

Zu den Oster-Aktionen / Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns / Oskar Negt — Politik und Gewalt / Johannes Agnoli — Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition / Bernhard Blanke — Dutschkismus als Gerücht / Wolfgang Lefèvre — Berliner Winter / Ernest Mandel — Rede auf dem Vietnam-Kongreß / Jean-Paul Sartre — Entwurf einer Erklärung über den Begriff Völkermord

April 1968

47

3	*Karl Dietrich Wolff* *Frank Wolff*	Zu den Oster-Aktionen
7		Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns
10	*Oskar Negt*	Politik und Gewalt
24	*Johannes Agnoli*	Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition
34	*Bernhard Blanke*	Dutschkismus als Gerücht
46	*Wolfgang Lefèvre*	Berliner Winter
60	*Ernest Mandel*	Rede auf dem Vietnam-Kongreß
69	*Jean-Paul Sartre*	Entwurf einer Erklärung über den Begriff Völkermord

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 47, April 1968, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 60 68 / 77 86 70
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Zu den Oster-Aktionen

I.

Die Springer-Blockaden haben die politische Polarisierung produziert, die wir schon vorher für diesen Sommer erwartet hatten. Die Ungleichzeitigkeit der westdeutschen im Verhältnis zur Berliner Entwicklung hat sich dabei gleichermaßen bestätigt und verändert. Daß der Mordanschlag jetzt in Berlin geschah, ist eher akzidentell, als es die organisierte Polizeischlacht am 2. Juni und der Tod Ohnesorgs waren. Damals war der Schah-Besuch zwar schon im nationalen Maßstab als Notstandsmanöver angelegt, hatte jedoch nur in Berlin den politischen Charakter, daß die radikale Opposition physisch zerschlagen werden sollte. Unsere Analyse des neuen autoritären Staates orientierte sich mit Recht an diesem fortgeschrittenen Stadium der Reaktion. Das Machtkartell von Senat, Springer-Presse, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften entspricht der Tendenz, die ebenso in Westdeutschland sich durchsetzt. Die Massen werden nicht wie am Ende der Weimarer Republik in der faschistischen Bewegung gegen den Parlamentarismus geführt, sondern von diesem selbst in eigene Regie genommen. Die Herrschenden imitieren sich bis in die einzelnen Sprachfiguren; sie sind die neuen kollektiven Führer. Jedoch sind sie trotz ihrer täglichen Brutalität eine bloße Karikatur. Die klägliche Konter-Demonstration am 21. Februar belegt den Widerspruch, die Massen gleichzeitig passiv halten zu müssen und sie gegen den inneren Feind mobilisieren zu wollen.

Während in Berlin derweil die Unterstützung durch Nichtstudenten zunahm, und die Kooperation mit ihnen, wurde in Westdeutschland die offizielle Propaganda gegen die oppositionelle Minderheit gewissermaßen nachgeholt. Hier wie dort wurde sie nach dem Muster organisiert, den politischen Protest als kriminell und asozial, nicht der Gemeinschaft der Anständigen zugehörig, zu qualifizieren. Die latente Gewalt war damit zur Pogromstimmung artikuliert worden. Jetzt, nachdem wir gegen diese Gewalt unseren Widerstand spontan organisiert haben, haben wir sie freilich nicht gebrochen, vielmehr hat sich das institutionelle und lebendige

Potential an Gewalt gefährlich gesammelt. Der verfassungswidrige Einsatz von Bundesgrenzschutz und Technischem Hilfswerk in Esslingen, die freiwillige staatsbürgerliche Mithilfe von Schäferhundvereinen geben einen Geschmack davon ebenso wie der untergründige Aufruf zur Selbstjustiz und die Erwägung der Vorbeugehaft durch den Bundesinnenminister.

Die Konfrontation von herrschender Gewalt und unserer Opposition hat sich auf erweiterter Stufenleiter wiederholt. Die Studentenbewegung ist damit auch in der Bundesrepublik im ambivalenten Sinn wirksam geworden. Sieht man von den Differenzen ab — daß etwa in dieser Dimension lokale und primär politische Gegner nicht stets zusammenfallen —, so zeigen sich folgenreiche Analogien zur Berliner Entwicklung. Die Konfrontation mit dem Monopol Springer hatte dort dieselben Formen angenommen wie jetzt auf der neuen Ebene: Die Staatsgewalt identifizierte sich uneingeschränkt mit dem Konzern und ebenso ein großer Teil der Konkurrenzpresse, d. h. ein Entscheidungsdruck ist entstanden, der formal-liberale Positionen liquidiert und damit die Herrschaftsverhältnisse offenlegt. Die liberale Forderung nach einer demokratischen Öffentlichkeit kann inhaltlich sich nur revolutionär umsetzen. Das Institut des Privateigentums an Produktionsmitteln ist direkt zum Teil der Machtauseinandersetzung geworden.

Diese Auseinandersetzung ist der Entwicklung bis zum vergangenen Faschismus keineswegs völlig parallel, jedoch auch nicht von ganz neuer Qualität. Die These, daß der Faschismus sich heute im Zentrum der parlamentarischen Institutionen selber entwickle, etwa durch Notstandsgesetze, trifft abstrakt auch auf die Weimarer Republik zu — vgl. Präsidialdiktatur, Hugenberg-Konzern usw.; die wesentliche Differenz kommt darin zur Erscheinung, daß mit dem Trauma des offenen Faschismus die systeminterne Radikalisierung im ‚Kampf gegen Rechts- und Linksradikalismus' verschleiert werden kann. Es ist ein Komplement zur ökonomischen Krisenverschleppung. Die Frage steht zur Diskussion, ob die Verschärfung von Konflikten, ökonomischen wie politischen, eine umfassende, offene Brutalisierung der Machtverhältnisse erwarten läßt oder eine Fortentwicklung des manipulativen Instrumentariums im Rahmen schleichend sich verändernder Institutionen.

II.

Daß der SDS schlecht auf die kommenden Konfrontationen vorbereitet ist, wissen wir. Zwar ist die These der Isolation sowohl in der Universi-

tät als auch außerhalb widerlegt; die inhaltliche Solidarisierung scheint haltbarer als früher zu sein. Aber vielfach ist der SDS nur die nominelle Spitze der Opposition, ein Warenzeichen, und weniger die praktisch organisierende Kraft. Noch ist es unklar, wie die Zusammenarbeit mit den jungen Angestellten und Arbeitern organisiert werden soll, die erstmals zu einer Aktionseinheit mit uns gekommen sind. Clubs zu gründen ist ein pragmatischer, improvisatorischer Weg. Richtig ist daran, daß wir jetzt nicht wie nach dem 2. Juni als moralisch engagierte Studenten in einer Mini-Narodniki-Bewegung in dem Abstraktum Bevölkerung Aufklärung betreiben können, sondern daß die Zusammenarbeit mit Betriebs- und Lehrlingsgruppen und Gewerkschaftern organisiert werden muß. Mit welchem Ziel? Keinesfalls, um kritiklos Koalitionen zu bilden. Der Gefahr, daß sich die radikale Opposition integriert, ist nur mit inhaltlich konsequenten Bündnissen zu entgehen; sie allein geben uns auch die Möglichkeit neuer praktischer Erfahrungen.

Der SDS hat seine Grenze als Studentenverband mit den letzten Aktionen überschritten. So wenig sie die Einleitung des Bürgerkriegs bedeuten, so sehr haben sie doch die SDS-Gruppen überfordert, die sich häufig unfähig gezeigt haben, die Demonstrationen praktisch zu organisieren. Der organisierten Staatsgewalt gegenüber haben nicht nur unerfahrene Demonstranten, sondern auch manche Genossen sich völlig irrational und unpolitisch verhalten. Mit der Wut der Verzweiflung sind sie in die Konfrontation gegangen, sie folgten weniger einer revolutionären Strategie als einer der psychisch — durch Angst — vermittelten Gewalt. Haben wir aber den Schwindel der bloß sprachlichen Kommunikation als eine Ideologie der herrschenden Gewalt durchschaut, müssen wir um so klarer unsere Strategie der Abschaffung von Gewalt formulieren. Sie ist durch bloße Konfession zur Gewalt nicht zu ersetzen. Vielmehr müssen wir den primitiven und fetischisierten Begriff von Gewalt, wie er vorherrscht, permanent durchbrechen. Oskar Negt hat in seiner Rede über ‚Politik und Gewalt' Wesentliches dazu gesagt; gerade weil als Terror, Krawall und Gewalt prinzipiell alles verstanden wird, was dem Normalen, der alltäglichen Normenerwartung zuwiderläuft, dürfen wir diesen Begriff nicht stur erfüllen und ihn nur privat negativ interpretieren. Die Parole, sich gegen die Polizeigewalt zu bewaffnen, z. B. am Ostermontag auf Flugblättern auszugeben und damit die direkte Aggressivität zu stärken, statt sie zu politisieren, war falsch. Nichts hätte man schlechter durchstehen können als eine direkte Kraftprobe mit der in groteskem Verhältnis militärisch überlegenen Polizei. Ebenso hilflos erschei-

nen auch manche Reaktionen, nachdem der Tod zweier Menschen in München bekannt wurde, den niemand entschuldigen kann. Gerade wenn über den Hergang noch wenig bekannt ist, ist es schlichter Unsinn, die politische Gewaltsituation, in der wir stehen, mit der Gefahrenzone des Straßenverkehrs öffentlich und nachdrücklich gleichzusetzen. Die Klischees warteten nur auf den geringsten Auslöser.

Welche Aufgabe wir in den kommenden Aktionen haben, ist aus der veränderten Situation abzuleiten: Nicht ständig die Demonstrationen quasi existentiell zu radikalisieren, sondern sie zu organisieren und sie praktisch, auf der Straße, und politisch mobil zu machen. Das leistet kein Ordnerdienst, sondern nur die intensive und massenhafte Diskussion vor jeder Demonstration (und die interne Vorarbeit im SDS). Unmittelbar sind wir angewiesen auf die demonstrative Verbindung von Aktion und Diskussion. Würden sich alle die neuen Demonstranten nur an den Aktionen beteiligen, wäre ihre Teilnahme nur statistisch interessant. Auf den organisierten Kontakt zu ihnen ist nicht zu verzichten. Was sich gegenwärtig in Berlin als Basisgruppen organisiert, ist eine mögliche Form, diesen Kontakt herzustellen. Er ist um so eher zu halten, je selbständiger die Gruppen der jungen Arbeiter und Lehrlinge arbeiten. Sie können verbunden werden, indem kontinuierlich arbeitende Projektgruppen im SDS die verschiedenen Erfahrungen praktisch auswerten und der ganzen Gruppe vermitteln.

Gerade mit Modellen der Zusammenarbeit ist aber wenig gelöst. Im SDS muß jetzt eine Selbstschulung einsetzen, die wir bald nicht mehr nachholen können. Unter dem permanenten Aktionsdruck ist es meistenteils zu intensiver Ausbildung nicht mehr gekommen. Theoretische Positionen und Argumente werden von einigen Prominenten monopolisiert und über die bürgerliche Presse oder Massenveranstaltungen verbreitet. Wir kommen aber in ein Stadium, in dem es mit der Selbständigkeit der einzelnen Genossen ernst wird. Die Verschärfung der Auseinandersetzung an der Hochschule und außerhalb nimmt uns den Garantieschein des Symbols SDS. Letzlich kann eine solche Selbstschulung nur mit der bewußten gemeinsamen Organisation des Alltagslebens und des Studiums gelingen. Die familiäre und faktisch autoritäre Struktur vieler Gruppen müssen wir permanent mit dem Ziel solidarischer Zusammenarbeit in Frage stellen.

Karl Dietrich Wolff / Frank Wolff

Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ist ebensowenig bloß die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns im Verein mit der Staatsgewalt. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt und selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erkärt. „Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen." Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin — „Berliner Witz des Tages: ‚Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen'" Bild-Zeitung, 22. 2. 68: Die Methoden des Antisemitismus werden gegen neue Minderheiten angewandt; und mit gigantischem Betrug macht man aus den Opfern die neuen Faschisten.

In dieser Situation hat sich unser Angriff auf den Springer-Konzern konzentriert. Durch seine Macht sind große Teile der deutschen Presse zu bloßen Staatsorganen geworden und umgekehrt die Herrschaftsfunktionäre des Staates, der Parlamente und Parteien zu Hörigen Springers.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informations- und Meinungsfreiheit ist heute das Exklusivrecht weniger privater Großverleger, ihre Meinung zu verkaufen. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einer ständigen Selbstzensur. Das Publikum wird mit grober wie auch mit unmerklicher Manipulation unmündig gehalten und mit den Raffinessen des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees gebunden. Jede Kritik wird abgetötet oder als Sorgen des kleinen Mannes ihm selber als Konsum

zubereitet; Intelligenzblätter stabilisieren elitäre Einstellungen mit primitiver Herrschaftsideologie. Die Schichten der Gesellschaft werden spezifisch und systematisch in ihrem falschen Bewußtsein gehalten. Die politische Publizistik veröffentlicht die Ereignisse, ohne selbst noch Öffentlichkeit ernsthaft herzustellen. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert — drastisch sichtbar beim Mordanschlag auf Dutschke. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der Springer-Konzern ist nicht allein das Symbol, sondern ebenso der Motor der Zerstörung von Öffentlichkeit. Sein übermächtiges Monopol ist entstanden und kann sich nur halten durch skrupellosen und radikalen Anpassungsjournalismus. Die Verdrängung der deutschen Niederlage und des Faschismus muß notwendig Schuldgefühle und Angst unterdrücken und manipulieren. Die Diskussion und Lösung wirklicher Probleme wird durch Wahnideen ersetzt. Ein mystischer Begriff von Volk verklärt die gesellschaftliche Wirklichkeit und entzieht sie der Kritik. Vergleichbar der faschistischen Volksgemeinschaft werden Konflikte gewaltsam verschleiert. Gegen diejenigen aber, die offen die Herrschaftsverhältnisse angreifen, um demokratische Zustände vorzubereiten, muß diese Maschine blind und unerbittlich Gewalt produzieren, eine Gewalt, die die herrschende Macht verteidigt und deren Ziel das Recht der Mächtigen ist.

Wer die herrschende Ordnung gegen unsere Kampagnen verteidigen will, muß nach den wirklichen Gewaltverhältnissen in dieser Ordnung fragen. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springers Macht zu verhindern oder gar nachträglich einzuschränken. Im Gegenteil haben sie selber diese unterstützt und sich mit ihr eng verbündet. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den etablierten Institutionen und Regeln aufgefordert werden. Wir erklären, daß es keine Ruhe geben wird, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springer-Konzerns eingeleitet sind. Sie ist Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.

Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.

2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.

3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.

4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.

5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

14. 4. 1968 SDS-Bundesvorstand

Oskar Negt

Politik und Gewalt

Wir haben uns nicht versammelt, um ein Unglück, das uns alle trifft, mit den üblichen Formeln zu beklagen. Wir sind nicht willens, uns in eine Solidarität mit denjenigen zwingen zu lassen, die in heuchlerischer Absicht gegenwärtig nichts eiliger zu tun haben, als politische Ereignisse zu personalisieren und in tragische Konflikte einzelner zu verwandeln, um möglichst schnell wieder zur Tagesordnung übergehen zu können. Wir finden auch keine Befriedigung in der beruhigenden Versicherung aller herrschenden Gewalten, daß Gewalt kein Mittel der Politik sei. Wovon wir uns in dieser Stunde nicht abdrängen lassen sollten, ist die unnachsichtliche Aufklärung eines *politischen Tatbestandes:* daß der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ein notwendiges Glied in der Kette sorgfältig präparierter und seit langem angedrohter Gewalttätigkeit ist, die mit der studentischen Protestbewegung das Existenzrecht der gesamten außerparlamentarischen Opposition treffen sollte.

Name und Herkunft des Attentäters sind demgegenüber ebenso belanglos wie die harte Bestrafung, die ihm der Berliner Innensenator, als wäre *er* bereits der oberste Gerichtsherr, angedroht hat. Vor allem müssen wir erkennen, daß die wirklich Schuldigen an dem infamen Mordanschlag in den Redaktionsbüros, in Regierungen und Parlamenten und Parteien sitzen; sie wissen sich frei von aller Schuld, weil ein individualistisches Strafrecht in unerbittlicher „Objektvität" *ihnen* den gleichen Schutz gewährt, dessen schon die Verantwortlichen an den Verbrechen des Dritten Reiches sicher sein konnten. In einem System abgesicherter Kompetenzen konnte das Verbrechen der Gesellschaft stets auf den unmittelbaren Täter abgewälzt werden; wer das Vermögen liquidierter Juden verwaltete, wollte von der Existenz der Konzentrationslager nichts gewußt haben; wer die Juden-Gesetze formulierte, bestand darauf, keine Verantwortung für deren Ausführung zu tragen; und wer schließlich die Befehle tatsächlich ausführte, konnte für sich geltend machen, daß er ein Bewußtsein ihrer Unrechtmäßigkeit nie besessen habe.

Seit dem Tode Benno Ohnesorgs hat sich in den Köpfen der Machthaber kaum etwas geändert; ja nach den jüngsten Ereignissen gibt es Gründe für die Vermutung, daß diejenigen, die sich selbst zu den einzigen verantwortungsbewußten Hütern „unserer" demokratischen Grundordnung ernannt haben, offenbar überfordert sind, die zentralen Probleme der Gesellschaft zu erkennen und *politische* Lösungen an Stelle der geplanten verwaltungstechnischen und militärischen vorzuschlagen. Denn *eines* scheint nach dem staatlich organisierten Mordanschlag auf Ohnesorg und nach dem individuellen Mordanschlag auf Dutschke sicher zu sein: wir befinden uns in einer Umbruchsphase der Gesellschaft, in der die zu Existenzfragen der Nation aufgewerteten politisch-juristischen Fiktionen zu zerbrechen beginnen. Dieser drohende Zerfall von Fiktionen, wie dem Anspruch auf die Alleinvertretung deutscher Interessen, dem Festhalten am Provisorium der Oder-Neiße-Grenze, der zwiespältigen Haltung zum Münchner Abkommen, u. a. m. ist jedoch nicht mit einer politisch-demokratischen Erziehung der Menschen und einer konsequenten Demokratisierung der Verhältnisse verbunden, sondern reaktiviert gegenwärtig einen ganzen Bereich von Vorurteilen und Aggressionen bei einer Bevölkerung, die ihre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches verloren gegangene politische Identität in autoritären Bestätigungen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und ihren politischen Grundlagen wiedergefunden hatte. Das Zerbrechen dieser Identität ist durch tiefgreifende wirtschaftliche und politische Krisen bedingt, und indem die Große Koalition diesen Prozeß durch ein riesiges Aufgebot autoritärer Veranstaltungen, die von der Legitimation der Grundvoraussetzungen der gegenwärtigen Politik entlasten, aufzuhalten sucht, trägt sie objektiv zur Vergrößerung des autoritären und faschistischen Verhaltenspotentials in der Bevölkerung bei.

Wir können nicht voraussehen, in welchem Ausmaße die gestauten Aggressionen auf linke Feindgruppen sich wenden werden, wenn es auch der letzte Flüchtlingsverband und der letzte Flüchtlingsfunktionär realisiert hat: daß Deutschland 1945 eine in der Geschichte beispiellose Niederlage erlitten hat; daß ohne militärische Gewalt eine Rückgewinnung der Ostgebiete ausgeschlossen ist; daß von den osteuropäischen Ländern diese Gebiete gar nicht mehr, wie es der Selbstbetrug der etablierten Parteien will, als politischer Verhandlungsgegenstand betrachtet werden. Und aus der Geschichte der Weimarer Republik wissen wir, daß gerade die Unfähigkeit, aus einer militärischen und politischen Niederlage die einzig rationale Konsequenz zu ziehen, unbehindert von den Fesseln gefährlicher

Machtträume, die Grundlagen der Gesellschaft zu demokratisieren, günstige Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Klima schafft, in dem politischer Mord und organisierter Terror der bewaffneten Reaktion die Menschen bedroht. Denn in einem solchen Klima geht es stets um die wachsende Bereitschaft zur Identifizierung von Feindgruppen, deren einzelne Mitglieder für die Misere, auf die sie in aller Kompromißlosigkeit hinweisen und die sie bekämpfen wollen, unmittelbar verantwortlich gemacht werden. Es gibt ein spezifisches Klima für politischen Mord, und es ist unter den Bedingungen einer atmosphärischen Gewaltsamkeit nur eine Frage von Zeit, wann sich politische Mörder finden, die das allgemeine Vorurteil gegen sogenannte „Erfüllungs"- oder „Anerkennungspolitiker" wie gegen Sozialisten schließlich vollstrecken.

Weil wir uns dessen bewußt sind, daß in Zeiten kollektiver Verantwortung und kollektiver Haftung die wirklich Schuldigen durch die Maschen des individualistischen Strafrechts und der staatskonservativen Rechtspraxis schlüpfen, können wir nicht darauf verzichten, unsere Aktionen auf jene Institutionen, durch die sie geschützt werden, zu konzentrieren. Je unabweisbarer die Schuld eines Verhaltens bei der Gesellschaft liegt, die objektiv zum politischen Mord und zur Vernichtung politischer Minderheiten anstiftet, desto entschiedener wird im allgemeinen die totale Verantwortlichkeit von Einzelgängern beschworen. Man ist schon beruhigt, wenn den Attentätern organisierte Verbindungen zu Hintermännern nicht nachzuweisen sind; aber die wirklichen Hintermänner sind nicht selten die, die derartig beruhigende Untersuchungen führen und die drakonische Urteile an Menschen vollstrecken, die ihr eigenes Produkt sind.

In welchem Maße das Recht auslegungs- und nach Opportunität manipulationsfähig ist, wenn sich sowohl der Täter als auch die Staatsgewalt als schutzbedürftig erweisen, zeigt der Prozeß gegen Kurras. Nicht daß Kurras freigesprochen wurde, ist an diesem Prozeß bedenklich, sondern daß das Gericht mit großer Präzision den objektiven und subjektiven Interessen der politischen Instanzen entsprach, indem es die Kette von Verantwortungen nicht bis zum Berliner Senat hin verfolgte. Die einzige Chance, Kurras in gewisser Weise zu entlasten: das Klima freigesetzter Gewalttätigkeit der Polizei zu untersuchen und öffentlich zu verurteilen, um damit der politischen Aufklärung zu dienen, wurde bewußt ausgeklammert. Die Faszination, die davon ausgeht, die Zerstörung eines in Wort und Bild vernichtungswürdig gemachten Feinde nicht nur zu wünschen, sondern die Mittel für seine Vernichtung tatsächlich zu besitzen —

eine solche Faszination wirkt stets handlungsauslösend. Nicht der Freispruch von Kurras macht dieses Urteil zu einem politischen Urteil, sondern die nach Umständen unzulässige Individualisierung des Täters. Nachdem sich das Gericht entschlossen hatte, den Fall des Berliner Senats und der Polizei zum Fall Kurras zu verengen, ohne doch im strengen Sinne das Schuldstrafrecht anzuwenden, war der Freispruch selber nur noch eine Formalität; aber seine inhaltliche Begründung hatte nur noch das staatskonservative Vorverständnis der Richter zur Grundlage, für die das Verhalten gesellschaftlicher Gruppen, welche „im Dienst" handeln, Verantwortung nur in der Rolle von Befehlsträgern und Befehlsempfängern kennen, Ordnung über alles lieben und die sich einer abstrakten Staatsräson verpflichtet wissen, unmittelbar verständlich ist: oppositionelles Verhalten, ein vom Durchschnitt abweichender Habitus einzelner und gesellschaftlicher Gruppen, die sich, wie im Falle der Studenten, vom Staat nicht vorgesehene und in der Öffentlichkeit ungewohnte Kompetenzen anmaßen, indem sie außerhalb ihres eigentlichen Arbeitsbereiches demonstrieren, ist in ihrem Bewußtsein dagegen immer schon kriminalisiert. Bevor noch die Tatbestände geklärt sind und das Gesetz zur Anwendung gekommen ist, spielt sich fast zwanglos eine Gemeinsamkeit von Wertvorstellungen der Richter mit den Einstellungen bestimmter Angeklagter ein, durch die traditionelle Merkmale der Klassenjustiz realisiert erscheinen.

Die irritierte Reaktion der Kiesinger, Schütz und eines Großteils der bürgerlichen Presse auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke zeigt eine gewisse Betroffenheit darüber, daß sich die bisher praktizierte Gewalt gegen demokratische Oppositionelle, über die die staatlichen Instanzen im Rahmen des politischen Strafrechts sowie des Vereins- und Versammlungsrechts ganz selbstverständlich und uneingeschränkt zu verfügen glaubten, zu verselbständigen droht, sodaß sie jederzeit auch ihrer eigenen Kontrolle entgleiten kann. Wir müssen uns jedoch vergegenwärtigen, daß spätestens seit dem Verbot der KPD im Jahre 1956 und den ihm folgenden Kommunistenprozessen, die sich des Hilfsmittels einer verfassungswidrigen politischen Strafjustiz bedienten, die Vernichtung des innerpolitischen Gegners zum politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik gehört. Hier beginnt die „Legalisierung" und Objektivierung eines terroristischen Freund-Feind-Denkens, das Carl Schmitt, der geheime Berater Kiesingers und der juristische Wegbereiter der nationalsozialistischen Machtergreifung, bereits für das politische Leben der Weimarer Republik begründet hatte.

Wer das von den etablierten Mächten geschaffene Klima potentieller Gewaltanwendung analysieren will, kann sich auf die offiziellen Erklärungen nicht beschränken — obwohl auch ihnen an Deutlichkeit nichts fehlt; unzensiert kommt es jedoch vor allem in den Veränderungen der Sprache zum Ausdruck, von denen sich selbst noch gutwillige Liberale abhängig zeigen. Kein Begriff der politischen Sprache ist in den vergangenen Jahren so häufig beschworen worden wie der der Minderheit. Im bedrohlichen Pogrom-Klima gegen die politisch aktiven Studenten und Jugendlichen ist es notwendig, mit allem Nachdruck auf die Blutlinie der Unterdrückung von Minderheiten in Deutschland hinzuweisen. Es wäre verfehlt, die im Dritten Reich organisierte Hetzjagd auf die Juden mit den Verfolgungsabsichten gleichzusetzen, die sich heute auf Linksradikale konzentrieren; aber es gibt Merkmale, die ihnen gemeinsam sind. Unter dem Vorwand, verschwörerisch die Staatsordnung zu gefährden und mühsam erzielte Aufbauleistungen des Volkes zu bedrohen, werden rassische, nationale und politische Minderheiten zu anmaßenden und zugleich ohnmächtigen Randgruppen stilisiert. Auf sie kann die tatsächlich herrschende Minorität gefahrlos Aggressionen der Mehrheit lenken, die sich ohne sorgfältig gesteuerte Abreaktionen auch gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse richten könnten. In die diskriminierende Darstellung verfolgter Minderheiten geht daher meist der Vorwurf des Parasitären ein. Wie die Juden von der Übervorteilung ihrer Mitbürger, von der rücksichtslosen Ausnutzung ihrer usurpierten Machtstellung in Handel und Geldverkehr lebten, so mißbrauchen heute die Studenten Steuergelder fleißiger Bürger für eine Existenzweise, die den offiziell sanktionierten Rahmen von Leistungen und Belohnungen sprengt.

Der in der Bevölkerung verbreitete Vorwurf des Parasitären reicht gegenwärtig jedoch kaum aus, die beabsichtigten Respressionsmaßnahmen der staatlichen Funktionsträger zu begründen. Da es ihnen an politischer Phantasie, die sich vorurteilslos auf das Selbstverständnis oppositioneller Bewegungen und die soziologischen Bedingungen ihres Erfolges einlassen könnte, grundsätzlich fehlt, erstreben sie Sicherheit im Operieren mit Zahlenverhältnissen, im Quantifizieren inhaltlicher Probleme. Die Gruppe der Rädelsführer, der Drahtzieher, der Verschwörer, die, wie die Juden im Faschismus, alles in der Hand haben sollen, kann für sie nicht klein genug sein. Barzels Redeweise von der Mini-Minorität, die im übrigen in krassem Widerspruch zu den auf sie projizierten Gefahren steht, soll auch den Unsicheren und Zögernden ein gutes Gewissen und die absolute Gewißheit verschaffen, die geplanten Aggressionsakte gegen außerparla-

mentarische Minderheiten im Namen der überwältigenden Mehrheit zu verüben.

Wer die Darstellung der Studenten in Karikaturen der Springer-Presse, wer mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der politischen Sprache führender Politiker verfolgt hat, der hat feststellen müssen, daß der biologistische Jargon der Nazis nicht nur bei der NPD nachlebt; zur Kriminalisierung ist die Biologisierung politischer Oppositionsgruppen getreten, deren einzelne Mitglieder an äußeren Merkmalen, neben der Kleidung an den Gesichtszügen, erkennbar werden.

Die Konstruktion einer manipulierenden Minderheit innerhalb der Studentenbewegung hat zudem eine wichtige Entlastungsfunktion für die Ideologie der tatsächlich herrschenden Eliten. Indem Dutschke und andere zu Blanquisten gestempelt werden, welche die Diktatur einer elitären Minderheit von Berufsrevolutionären erstreben, wird die bloße Identifikation mit der „demokratischen Mitte", mit den bestehenden Institutionen und Regeln, zur ausreichenden Legitimation demokratischen Verhaltens. Das Führerprinzip hat sich, was seine Funktion für die Integration der Massen anbetrifft, in gewisser Weise institutionalisiert; die politischen Funktionäre arbeiten kooperativ, und sie betonen unentwegt die organisierte Gewalt, über die sie rechtens zu verfügen meinen, um die Opposition zu zerschlagen.

Die Auseinandersetzung mit der studentischen Protestbewegung hat eine neue Stufe erreicht; das wohlwollende Interesse, das ihr nach den Ereignissen des 2. Juni von allen Seiten entgegengebracht wurde, ist einer nervösen und oft hilflosen Abwehrhaltung gewichen. Der Boulevardpresse und rechtsgerichteten „seriösen" Blättern ist es inzwischen gelungen, die Sprachformel vom „Linksfaschismus" mit der Vorstellung einer auf Selbstisolierung bedachten Minorität zu verbinden, die ihre elitären und manipulativen Zwecke terroristisch durchsetzt. Auf diese Weise konnte der gesamte sozialpsychologische Bereich der „unaufgearbeiteten Vergangenheit", vor allem die Mechanismen von Schuld, Abwehr und Projektion, reaktiviert und in den Dienst der Bekämpfung außerparlamentarischer Minderheiten gestellt werden. Es war seit langem zu erwarten, daß Massenblätter den absehbaren Verlust der Wirksamkeit antikommunistischer Parolen so schnell wie möglich ausgleichen mußten, um ein auf emotionale Reaktionen dressiertes Publikum weiterhin zu binden.

Aber das Spezifische der neuen Situation besteht darin, daß ein Element wirklicher, wenn auch unaufgeklärter Furcht vor dem Faschismus gerade liberale Kritiker veranlaßte, die politische Sprache um leicht fasslich

Symbole zur raschen Identifizierung linker Feindgruppen zu bereichern. Liberaler Mentalität entspringt eine politische Sprache, der sich mittlerweile alle (auch NPD-Funktionäre) bedienen: „linker Faschismus", „Anarcho-Faschismus", „Inquisition von Links", u. a. m. Meist wider Willen leisten viele Liberale Legitimationshilfen für jene, die seit langem den mutigen und furchtlosen Einsatz gegen die studentischen Störenfriede fordern und die doch nur über die dürftigen Rechtfertigungsgründe verfügen, die ihnen die deutsche Geschichte überliefert hat: Ordnung, Fleiß, Sauberkeit, Staatsbewußtsein und Opferbereitschaft — Tugenden, die allesamt von den politischen Katastrophen in Deutschland nicht zu trennen sind.

Wenn unsere Gegner meinen, sie könnten die dem System antagonistischer Interessen immanente Tendenz zur Militarisierung und Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens auf Randgruppen projizieren, um sich eine propagandistisch wirksame Legitimation für deren Zerschlagung zu verschaffen, so ist es für uns höchste Zeit, das aus dem bürgerlichen Bewußtsein verdrängte Problem der Beziehungen zwischen Gewalt und Politik in aller Öffentlichkeit und ohne Tabus zu diskutieren.

Wer heute das Problem der Gewalt ausschließlich unter moralischen Gesichtspunkten behandelt oder Gewalt schlicht der bestehenden Rechtsordnung entgegensetzt, muß von vornherein darauf verzichten, ihre wechselnde Bedeutung im konkreten Zusammenhang der gesellschaftlichen Kräfte zu erkennen. Das liberale Bürgertum des 19. Jahrhunderts konnte mit einem gewissen Recht annehmen, daß sich der selbstregulierende Mechanismus des kapitalistischen Warenverkehrs in einen zwanglosen Interessenausgleich der Marktkontrahenten verwandeln wird, der am Ende jede Form politischer Zwangsgewalt überflüssig macht. Solange der Konkurenzmechanismus funktionierte, wurde das Bedürfnis der Privateigentümer nach Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit des Rechtssystems und der Verwaltung durch die uneingeschränkte Herrschaft des *allgemeinen*, der formalen Rationalität der Kapitalrechnung entsprechenden Gesetzes befriedigt, wenn auch schon hier seine ideologische Funktion unverkennbar ist, brutale Ausbeutungsverhältnisse und die tagtägliche Gewalt gegenüber der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung zu verschleiern und als gewaltlos zu rechtfertigen. Die rechtserhaltende und verwaltende Gewalt ist, wie Walter Benjamin sagte, eine schaltende, mythologische Gewalt, die automatisch jede Gegengewalt zum Terror stempelt.

Im Monopolkapitalismus treten Maßnahmegesetze und Generalklauseln an die Stelle der *Allgemeinheit* der Gesetze, sodaß deren Verbindlichkeit

in dem Maße überhöht, der historischen Legitimation entzogen wird, wie seine gesellschaftliche Basis schwindet. Wie wenig Recht und Gewalt im Spätkapitalismus noch auseinanderzuhalten sind, zeigt die totale Unfähigkeit der Repräsentanten der nationalsozialistischen „Rechtsordnung", das in ihr gebundene Maß an Gewalt überhaupt nur zu erkennen. Spätestens seit dem Dritten Reich ist die Frage der inneren Verflechtung von Gewalt und Recht zur Existenzfrage jeder demokratischen Ordnung geworden. Das bedeutet aber, daß alle jene Fragen konkret zu stellen und politisch zu beantworten sind, die den formalen Schutz der Entfaltungschancen des subjektiven und objektiven Gewaltpotentials der Gesellschaft betreffen. Konnten in den letzten Jahren nicht alle, die mit staatlich sanktionierten Machtbefugnissen ausgestattet waren, eine wachsende Selbstsicherheit gewinnen, ungestraft am Rande und „etwas außerhalb der Legalität" zu operieren? Stimmt es nicht nachdenklich,daß ausgerechnet jene die strenge Beachtung von Regeln und Gesetzen fordern, in deren politischem Verhalten gegenwärtig und in der Vergangenheit nichts so konstant ist wie die Bereitschaft, im Interesse machtvoller staatlicher Entscheidungen das Recht zu manipulieren? Haben alle jene, die seit Jahren kaum noch einen politischen Gedanken fassen können, der sich nicht auf die legalisierte Gewaltanwendung durch Notstandsgesetze reduzieren läßt, nicht längst das politische und moralische Recht verloren, von den Staatsbürgern die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verlangen? Wem kann heute eigentlich zugemutet werden, ein absolutes Vertrauen in eine Ordnung zu setzen, die keiner gesellschaftlichen Gruppe der Nachkriegszeit derart gesicherte Lebens- und Überlebenschancen garantierte, wie den technokratisch, militärisch und verwaltungstechnisch bewährten „Eliten" des Dritten Reiches?

Verantwortlich für die gefährliche Verwischung der Grenzen zwischen Recht und Gewalt sind ausschließlich diejenigen, die nichts getan haben, das Rechtsbewußtsein breiter Bevölkerungsschichten zu entwickeln und die keine Gelegenheit versäumten, etwa das Recht auf politische Demonstrationen durch demonstrative Gewaltanwendung als gleichzeitig untergeordnetes und gefährliches Recht unter Beweis zu stellen. Und diese Entwicklung beruht nicht auf der Böswilligkeit oder Nachlässigkeit einzelner. Denn gut zwei Jahrzehnte haben wir unter Mördern und hilfswilligen Funktionsträgern des staatlich organisierten und sanktionierten Terrors gelebt; unter Richtern und Staatsanwälten, deren Rechtsbewußtsein derart verkümmert war, daß sie den Wechsel der Rechtsordungen noch nicht einmal bemerkten oder gar fähig waren, für sich persönlich Konsequenzen

zu ziehen; unter Beamten der Ministerialbürokratie, der Polizei, des Erziehungssystems, deren ganze politische Phantasie in der gewalttätigen Verfolgung, Diskriminierung und Vernichtung von rassischen, nationalen und politischen Minderheiten sich geschult und erschöpft hatte. Es war eine demokratische Minorität, meist unter Studenten, Professoren, im außerparlamentarischen Bereich, die in mühevoller Kleinarbeit Beweismaterial sammelte, um wenigstens einen Teil der Schuldigen, die sich längst wieder des Schutzes der offiziellen Gewalten versichert hatten, aus ihren Ämtern zu entfernen. Von vornherein mußte klar sein, daß der Positionswechsel einzelner, die unmittelbar belastet waren, kein Ersatz für die Demokratisierung der Gesellschaft sein konnte. Denn Generale, Beamte der Ministerialbürokratie und Verbandsfunktionäre der Unternehmer haben den höchsten Grad der Kontinuität ihrer Positionen im Übergang vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Wer alle, die sich aktiv, durch wohlwollende Toleranz oder durch mangelnde Widerstandsbereitschaft an der organisierten Hetzjagd auf Minderheiten beteiligten, anklagen und verurteilen wollte, müßte heute ganze Führungsschichten der Bundesrepublik auswechseln.

Und noch in einem anderen Sinne hat die von den politischen Instanzen eingeübte Ritualisierung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Ausbildung des kritischen Bewußtseins blockiert, im Namen von Freiheit und Recht geführte Vernichtungsaktionen gegen andere Völker und Minderheiten als Ausdrucksformen purer Gewalt zu erkennen und praktisch zu bekämpfen. Die Verkümmerung des Rechtsbewußtseins ist stets mit der Überzeugung verknüpft, daß auf Gewalt und Aggression ausschließlich die Strategien des Feindes beruhen. So wird, was jahrhunderte lang von Kolonisierten und von den Menschen in Ghettos gesagt wurde: daß sie nur die Sprache der Gewalt verstünden, unbesehen übernommen und zur Formel zivilisatorischer Selbstbetätigung. Und in der Tat: den Kolonisierten und den Menschen der Ghettos ist nichts bekannter als die Atmosphäre von Ausbeutung, Gewalt und Drohung, die sie täglich, in einer von sichtbaren und unsichtbaren Gesetzen zweigeteilten Welt, umgibt. Heute machen sie Ernst mit diesem zur „zweiten Natur" der „Zivilisierten" gewordenen Vorwurf, und, indem sie sich zu Menschen erheben, machen sie gleichzeitig eine grundlegende kollektive Erfahrung, durch die sie Mut und Selbstbewußtsein gewinnen: daß auch die Herrschenden, neben der üblichen Sprache des Geldes, nur die der Gewalt verstehen.

Was sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten abspielt, ist der Übergang einer vom System produzierten atmosphärischen Gewalt zur aktiven

Gewalt derjenigen, die bisher ihre ungenannten und zahllosen Opfer waren. Es ist evident, daß für die Verwandlung der sublimen, institutionell gebundenen Gewalt in manifeste Gewalt ausschließlich ein Herrschaftssystem die Verantwortung trägt, das sich allein durch die faktische Verfügung über technologische Zerstörungsinstrumente und durch strategische Interessen bereits legitimiert sieht, im jeweiligen Bündnis mit korrupten Cliquen überall in der Welt zu intervenieren, wo sich Ansätze für sozialrevolutionäre Bewegungen zeigen. Gerade weil es unmittelbar ökonomische Motive für den Völkermord in Vietnam offenkundig nicht mehr gibt — die Erwartung oder Sicherung von Gewinninteressen hätte wenigstens noch den Anschein von Rationalität — ist die Irrationalität dieser staatlich sanktionierten und organisierten Gewalt so bedrohlich. Die Vereinigten Staaten bilden heute *das* imperiale Gewaltzentrum der Welt, und Länder, die sich mit ihnen offiziell und uneingeschränkt solidarisieren, gehen das Risiko ein, dem Zerfall der politischen Moral auch im inneren politischen Bereich Vorschub zu leisten. Wenn Freiheit und Recht so offenkundig, wie in der heutigen amerikanischen Politik und bei der erdrückenden Mehrheit der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, mit permanenter Gewaltanwendung verbunden sind, so ist es nicht erstaunlich, daß neben der allgemein wachsenden Kriminalität auch die Bereitschaft zunimmt, politische Gegner, mit denen man rational zu diskutieren nicht mehr fähig ist, einer wirklichen oder auch imaginären Feindgruppe zuzurechnen und physisch zu vernichten.

Es geht hier nicht um die Rechtfertigung von Gewalt oder von Gewaltlosigkeit, sondern um die nüchterne Bilanz von Tatsachen: daß das im Weltmaßstab feststellbare Ausmaß geschichtlich begründeter revolutionärer Gewalt, die produktive Anstöße für die Emanzipation der Menschen und ihre Befreiung von erniedrigtem, ausgebeutetem Dasein brachte, in keinem Verhältnis zur sinnlosen Vernichtung von Menschen und Gütern in den imperialistischen Kriegen und in den kolonialen Strafexpeditionen steht. Auf tausend Kriege kommen, wie Bloch sagt, höchstens zehn Revolutionen.

Mit infantilem Selbstbewußtsein operieren unsere Politiker mit atomaren Todesraten, aber ein in Erregung zerschnittener Autoreifen von linken Demonstranten bringt selbst jene in äußerste Empörung, die, wie der gegenwärtige Bundeskanzler, noch in reiferen Jahren ihres Lebens die Ausrottung von Menschen objektiv sanktionierten, indem sie ihre hohen Stellungen in der Hierarchie des nationalsozialistischen Staates weder nutznutzten, um sich über das wirkliche Ausmaß der Gewalt zu informieren,

noch mit gewaltsamen Mitteln gegen den Terror zu kämpfen. Diese Heuchler der Gewaltlosigkeit sind immer bereit gewesen, zu schweigen oder sich offen mit denjenigen zu solidarisieren, die tagtäglich Gewalt gegenüber Andersdenkenden und Kommunisten übten.

Es ist Aufklärung darüber notwendig, daß es einen Unterschied zwischen progressiver Gewalt und reaktionärer Gewalt in der Geschichte gibt. Denn die Zerstörung eines vietnamesischen Dorfes durch die Amerikaner ist nur durch willkürliche Abstraktion von den gesellschaftlichen Zusammenhängen auf den gleichen Nenner eines formalen Gewaltaktes zu bringen wie das Niederbrennen und Plündern amerikanischer Warenhäuser durch eine Minderheit, die durch ökonomischen Zwang und Terror im proletarischen Elend des 19. Jahrhunderts gehalten wird, und doch die Überflußgesellschaft, Privilegierung und sinnlose Verschwendung, sinnlich unmittelbar erfährt. Es wäre töricht und gemeingefährlich, angesichts dieser legitimen Reaktion elementarer Bedürfnisse Warenhäuser im Bewußtsein politischer Symbolhandlungen niederzubrennen. Stets ist das Maß, das blinde oder methodische Gegengewalt provozierte, von den herrschenden Klassen und Gruppen bestimmt worden; es hängt vom konkreten Gesamtzustand der Gesellschaft und von den politischen Möglichkeiten ab, innerhalb bestehender Institutionen objektiv demokratische Interessen der Menschen zu realisieren.

Das Engelssche Modell der unmittelbaren Abhängigkeit der Gewalt vom ökonomischen Unterbau trifft im strengen Sinne nicht mehr zu; deshalb wird die differenzierte, von der Totalität der gesellschaftlichen Machtverhältnisse abhängige Bestimmung der Organisationsformen revolutionärer Gegengewalt zur Existenzfrage des praktischen Widerstandes in technologisierten Klassengesellschaften.

Fanon und Marcuse haben für die unterdrückten Völker und für die diskriminierten Minderheiten das Prinzip einer Gegengewalt formuliert, die keinen anderen Zweck hat, als den Mythos der Gewalt zu brechen. Marcuse sagt: „. . . ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein „Naturrecht" auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hirarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appelieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen — nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern

weil sie Menschen sein wollen. Es gibt keinen anderen Richter über ihnen außer den eingesetzten Behörden, der Polizei und ihrem eigenen Gewissen. Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein dritter und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen." (Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, Seite 127)

Die Studenten und mit ihnen die gesamte außerparlamentarische Opposition haben kein eigenes von der Gesellschaft akzeptiertes Medium öffentlicher Selbstdarstellung; sie können sich gegen den massiven Ansturm der Diskriminierungen, der verzerrenden Darstellungen ihrer Absichten nur wehren, wenn sie sich ihre eigene, unzensierte Öffentlichkeit schaffen; da sie in der Tat weitgehend vom Resonanzboden der liberalen Presse abhängen, in dem die Zensuren des Systems meist ungebrochen wirksam sind, sind sie auf die Öffentlichkeit der Straßen, der freien Plätze, der Schulen, Hochschulen angewiesen, um über ihre politischen Forderungen diskutieren zu können. Das macht sie zu permanenten Störenfrieden; denn es ist kennzeichnend für eine zum Mechanismus der Regulierung von Konflikten erstarrten Demokratie, daß die verdinglichten Institutionen und Regeln einer Art naturrechtlicher Bestandssicherung bedürfen. In einer rigiden Gesamtordnung schließen sich so rechtsstaatliche Grundsätze, Konventionen, Verfahrensregeln usw. zu einer kompakten und repressiven Einheit zusammen, die dem einzelnen die fatale Alternative aufzwingt: Entweder sich mit ihr zu identifizieren oder in den Verdacht zu geraten, sie abstrakt zu negieren. In gleichem Maße, wie die Demokratie zum Regelsystem degeneriert, reduziert sich die inhaltlich bestimmte Opposition auf das formale, methodische Element der Störung. Harmlose Unterbrechungen einer Vorlesung, Verletzungen vergänglichster Satzungsbestimmungen, Störungen des Straßenverkehrs und des „Messefriedens": was immer geschieht, es wird unabhängig von inhaltlicher Zweckbestimmung zur Verletzung von Menschenrechten aufgewertet und zu einer das System treffenden Einbruchstelle des Rückfalls in Barbarei, Anarchismus und Faschismus. Die Studenten werden zu Terroristen, die zu bekämpfen zum legitimen Gegenterror wird. Da der „Linksfaschismus" das Problem der Führungsgruppen unserer Gesellschaft und nicht der Studenten ist, brauchen die einzelnen Ereignisse gar nicht erst abgewartet zu werden. Ein beabsichtigtes „go-in" in die Vorlesung eines Ordinarius und Bundesministers, von dem man öffentlich Auskunft über seine

Stellung zur Notstandsgesetzgebung verlangt, wird nach dem gleichen Schema des „faschistischen Terrors" interpretiert wie die Steinwürfe törichter Einzelgänger, die Sachbeschädigungen zur Folge haben.

Die liberale Öffentlichkeit war immer nur mobilisierbar, wenn es um offenkundige Rechts- und Regelverletzungen ging — so in der Spiegel-Affäre, so nach dem 2. Juni. Da diese Regelverletzungen aber nicht als Symptome durchschaut wurden, schloß jeder Kampf gegen sie das grundsätzliche Einverständnis mit den bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisen ein. Heute sind die Studenten, welche die tabuierten Grundlagen der autoritären Entwicklungen angreifen, die ersten Opfer dieses falschen Bewußtseins. Sie sind darauf angewiesen, selbsttätig eine diskutierende Öffentlichkeit zu etablieren, deren inhaltliches Aufklärungsinteresse wesentlich auch die Denunziation der Elemente des Ausnahmezustandes in der Norm, im halbwegs funktionierenden Ganzen enthält. Als Grass von den „wahrhaft faschistischen Methoden" der Journalisten des Springer-Konzerns sprach, denunzierte er die bewußte Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht, bestätigte aber ausdrücklich das Recht der Springer-Zeitungen, in tagtäglicher „freier Meinungsäußerung" Vorurteile zu verbreiten, Ressentiments gegen Minderheiten zu befestigen und eine illusionäre Politik zu propagieren, die dem faschistischen Potential in ungleich höherem Ausmaß Vorschub leistet als das Nebenprodukt einer Regelverletzung. Solange diese Gesellschaft weder fähig ist, die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse durch demokratische Verhältnisse zu ersetzen, noch den gemeingefährlichen Springer-Konzern zu zerschlagen, sodaß die reale Chance besteht, die Presse in ein Instrument der Aufklärung und der Entwicklung politischer Phantasie zu verwandeln, solange ist der Faschismus als ein Massenphänomen nach wie vor die bedrohliche Perspektive dieser Gesellschaft.

Als Jürgen Habermas die hypothetische Formel vom „linken Faschismus" gebrauchte, wollte er vor einer selbstzerstörenden Formalisierung der provokativen Gewaltanwendung warnen; aber der überwiegende Teil der Aktionen der studentischen Protestbewegung ist gerechtfertigt durch das, woran er keinen Zweifel ließ: daß die „demonstrative Gewalt" zur Erzwingung einer vom politischen Aufklärungsinteresse bestimmten Öffentlichkeit auch die Verletzung repressiv gewendeter Regeln einschließt

Der „Linksfaschismus" ist die Projektion der systemimmanenten Faschisierungstendenzen auf leicht diskriminierbare Randgruppen. Diejenigen, die heute unentwegt von Terror und Faschismus reden, sollten bedenken,

daß vor allem die schleichende Entwertung der Grundrechte und die Aushöhlung demokratischer Institutionen den Boden bereiten helfen, auf dem ein neuer Faschismus wachsen kann. Wie in der Vergangenheit wird er sich im Zentrum, nicht am Rande der Gesellschaft entwickeln; nicht die ordnungsbesessenen Horden, welche die Straßen unsicher machten, sondern dienstwillige Richter, Techniker, Unternehmer und Professoren bildeten das Rückgrat des deutschen Faschismus. Die einzige Möglichkeit, seine Rückkehr in allen verschleierten und offenen Formen rechtzeitig zu verhindern, besteht in der täglichen Realisierung liberaler und politischer Freiheitsrechte. Wer die Sicherung der Freiheit dem Staat, seinen Beauftragten, dem Verfassungsschutz und den Organisationen überläßt, ist Opfer einer fatalen Illussion: er glaubt an die Existenzfähigkeit einer Demokratie ohne Demokraten.

Johannes Agnoli

Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition*

Diese Thesen dienen der Erläuterung meiner „Transformation der Demokratie" und der Richtigstellung einiger falscher Zitate auf der a.o.DK des SDS. Im übrigen bin ich der Meinung, daß Revolutionäre nicht Texte interpretieren, sondern die Verhältnisse verändern sollten.

Gemessen an den wirklichen Machtverhältnissen des Staates und an den wirklichen Herrschaftsverhältnissen der Gesellschaft, stellt der geläufige Ausdruck für den modernen bürgerlichen Staat: „parlamentarische Demokratie", eine Paradoxie dar. William Borm fragte vor einiger Zeit den Vorstand des Republikanischen Clubs, ob der Club noch auf dem Boden der „klassischen parlamentarischen Demokratie" stünde. Der Vorstand des Clubs konnte darauf nur eine undeutlich-unsichere, wenngleich politisch kluge Antwort („wir schon, aber die Parlamentsparteien nicht mehr") geben. Denn die *klassische* parlamentarische Demokratie gibt es schon längst nicht mehr. Nicht nur entsprachen ihre soziale Funktion und ihre institutionelle Struktur einer vergangenen Periode der Geschichte. Der liberale Staat war die öffentlich-rechtliche Organisationsform der Herrschaft in einer Gesellschaft, die zwar kapitalistisch produzierte (und daher sind einige seiner Institute noch vorhanden), jedoch mit der Kraft der Dampfmaschine arbeitete. Mit einem solchen Staat kann unsere Gesellschaft, die Atomkraft produziert und mit Atomkraft produzieren wird, sehr wenig anfangen. Überdies aber: die klassische *parlamentarische* Qualität des früheren bürgerlichen Staates: die Vormacht des Parlaments, seine politische wie legislative Entscheidungskompetenz, ist selbst verfassungsrechtlich überwunden. Das Grundgesetz postuliert die Vormacht der Exekutive gegenüber der Legislative, sei es in der Frage der Richtlinienkompetenz, sei es in der Frage der Kontrolle der Regierung über das Parlament.

* Diese Thesen lagen einer Diskussion im Republikanischen Club West-Berlin über „außerparlamentarische Opposition" zugrunde.

Sehr viel kann indessen unsere Gesellschaft immer noch mit den Konventionalformen und Konventionalinstituten des parlamentarischen Regierungssystems anfangen. Pareto hatte 1922 Mussolini den Rat erteilt, um der Stabilisierung der Macht willen das Parlament in gewandelter Form weiter am Leben zu lassen: Massen, die demokratischen Gefühlen zuneigen, seien am besten durch ein Organ neutralisierbar, das ihnen die Illusion einer Beteiligung an der staatlichen Macht vermittelt. Nicht die gänzliche Abschaffung des Parlaments mache den Neuen Staat stark, sondern die Verlegung der Entscheidungsbefugnisse vom Parlament in den engeren Kreis nicht öffentlich tagender „Eliten".

Darin lag nach Pareto auch der historische Sinn und der bürgerliche Klassenauftrag der faschistischen Transformation des Staates.

I.

Nach der Niederlage des Faschismus stand die Restauration des parlamentarischen Regierungssystems in den westeuropäischen Ländern im Zeichen des gleichen Problems, das der historische Faschismus nicht hatte erfolgreich lösen können: die — ohnehin in Bewegung geratenen — Massen der Abhängigen im Zustand der Abhängigkeit zu halten, ihre Emanzipation zu verhindern, die als Umwälzung der Produktionsverhältnisse beginnen sollte.

Die Schwierigkeit lag — und liegt — in dem ambivalenten Charakter, den das Parlament unter Umständen annehmen kann. In einer dynamisch gewordenen bürgerlichen Gesellschaft, die ebenso durch den Antagonismus der Produktion gekennzeichnet ist wie durch die Interessenpluralität der Distribution, können sich Vertretungskörperschaften als Instrumente bieten, den Antagonismus staatlich zum Ausdruck zu bringen und so den (gesellschaftlichen) Klassenkampf zum politischen Herrschaftskonflikt zu potenzieren.

So gesehen, kann das parlamentarische Regierungssystem nur dann die bürgerliche Herrschaft garantieren und den Kapitalismus schützen, wenn es gelingt, seine Ambivalenz zurückzudrängen. Es muß als Mechanismus funktionieren, der antagonistische Konflikte so weit wie möglich politisch „irrelevant" macht und plurale Interessenkonflikte staatlich kontrolliert und befriedet.

Die von Friedrich Engels enwickelte Perspektive kehrt sich derart um: die „bürgerliche Republik", nach Engels die beste Form für die offene, unter Umständen sogar friedliche Austragung des Klassenkampfes und

des Herrschaftskonflikts, versucht bürgerlich zu bleiben und transformiert sich zur besten Form, die abhängige Klasse in das kapitalistische System der Produktion und in das bürgerliche System der Herrschaft zu integrieren. Das „Volk" wird zur bloßen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen degradiert. Beispielhaft, durchaus vorbildlich für andere „parlamentarisch" regierte Länder vollzog sich diese Transformation in der Bundesrepublik.

II.

Zu den wichtigsten Aspekten dieses Versuchs, den Kapitalismus stabil zu machen und politisch zu sichern, gehören:

a) die Auflösung der Klasse der Abhängigen in einem pluralen System von Berufskategorien. Sie erwies sich schon in der *faschistischen* Fassung als geeignet, der objektiven Polarisierung der Gesellschaft von der subjektiven, organisatorischen und bewußtseinsmanipulativen Seite her entgegenzutreten. Dem organisierten Kapitalismus stehen hier wirksamere Mittel zur Verfügung als dem früheren Konkurrenzkapitalismus. Und aus den Fehlern des faschistischen Pluralismus hat der demokratisch genannte schließlich auch gelernt.

b) In der staatlichen Reproduktion der Gesellschaft schlägt dies um in die Formalisierung der Parteienpluralität. Gemeint ist, daß zwar mehrere, den Herrschaftstendenzen nach allerdings am besten zwei Parteien, um den Machtanteil konkurrieren, die einzelnen Parteien dabei aber weitgehend sich angleichen. Sie verzichten darauf, konkrete gruppen- oder klassengebundene Interessen zu vertreten, werden zur allgemeinen Ausgleichsstelle und stehen in einem nach außen hin unterschiedslosen Austauschverhältnis mit allen realen Gruppen und allen idealen Positionen — ausgenommen die an Strukturveränderungen interessierten Gruppen und die revolutionären Ideen. Solche Parteien trennen sich von der eigenen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen: zu den Amtsträgern des staatlichen Ausgleichs.

c) die verstaatlichten Parteien entwickeln eine neuartige gesellschaftliche Qualität, die mit ihrer eigenen materiellen Interessenlage verbunden ist: sie sind an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse interessiert, die ihre eigene Verstaatlichung und feste Etablierung an der Macht ermöglichen. Dadurch koppeln sie sich — ganz gleich, ob sie Massenparteien sind oder nicht — mit den Interessen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, denen es ebenso an der Konservation der gegebenen Strukturen gelegen ist. Insofern ist die alte Frage müßig, ob die politisch herrschenden Gruppen

Handlanger der herrschenden Klasse sind oder ob sie eine selbständige gesellschaftliche Klasse (die politische Klasse) darstellen. Sie sind selbst ein Teil, nämlich der politische, der herrschenden Klasse. Genauer: sie sind deren staatliche Funktion. Auf diese Weise wird der gesellschaftliche Antagonismus im Parteiensystem nicht mehr widerspiegelt. Im staatlichen Herrschaftsapparat findet nur die Reproduktion des einen Pols der Gesellschaft statt, der sonst antagonistisch in Frage gestellt wäre. Das heißt: die Trennung der Parteien von der gesellschaftlichen Basis trifft nicht alle Klassen und Gruppen gleich, da von der Vertretung auf der Ebene der staatlichen Macht nur die Gruppen ausgeschlossen werden, die potentiell die Verhältnisse ändern wollen: die Abhängigen. Sie finden bei politischen Grundsatzentscheidungen kein Sprachrohr, so sehr sie auch in Marginalproblemen der politischen Pragmatik mit der einen oder der anderen Partei besser fahren mögen.

d) Ideologisch bezeichnen sich gerade solche Parteien, die sich den breiten Massen entfremdet haben, selbst als Volksparteien. Die Volksparteien entwickeln einen neuartigen, durch die Zusammenarbeit der eigenen Führungsstäbe bedingten Herrschaftsmechanismus, in dem verdinglichte, obrigkeitliche Machtzentren in sich zirkulierend ein Konkurrenzverhältnis eingehen. Nur ist dieses Konkurrenzverhältnis oligokratisch organisiert und hat mit dem Prinzip der freien Konkurrenz ebenso wenig zu tun wie die organisierte Marktaufteilung des modernen Oligopolkapitalismus mit dem freien Wettbewerb. Die offene Konkurrenzzirkulation politischer Führungsgruppen, die sich gegenseitig bekämpfen und ausschließen, wird abgelöst von einer assimilativen Zirkulation, die in letzter Konsequenz zur Selbstauflösung treibt: zur durchgängigen Assimilation der (schein)konkurrierenden Parteien und ihrer gemeinsamen Beteiligung an der Staatsgewalt — sei es im Zusammenspiel und im Wechselmechanismus von Mehrheits- und Minderheitsfraktion, sei es in der Form der Großen Koalition. So kämpfen die Parteien untereinander um die Regierungsmacht und bilden dennoch eine symbiotische Einheit, in deren Kreis ein abstrakter Führungskonflikt ausgefochten werden kann. Sie bilden die plurale Fassung einer Einheitspartei.

III.

Die Transformation im Parteiensystem hängt mit den Veränderungen zusammen, die das Parlament selbst im Laufe der letzten Jahrzehnte funktional und strukturell erfahren hat. Bei diesen Veränderungen darf allerdings eines nicht vergessen werden, sonst läuft man Gefahr, den „Funktionsverlust" des Parlaments gegenüber früheren Formen des Par-

lamentarismus zu mystifizieren: als gesellschaftlicher Machtfaktor stellte das Parlament geschichtlich *vom Anfang* an in der Absicht der bürgerlichen Gesellschaft die *Fiktion* der durch Volksvertretung verwirklichten Volksfreiheit dar. „Von allen . . . die Idee der Freiheit und sohin der Demokratie einschränkenden Elementen ist der Parlamentarismus das Bedeutsamste . . . (Es ging um den Schein), als ob im Parlamentarismus die Idee der demokratischen Freiheit . . . ungebrochen zum Ausdruck käme. Diesem Zweck diente die Fiktion der Repräsentation" (Kelsen).

Tatsächlich erweist sich das parlamentarische Repräsentationsprinzip (freies Mandat — frei von dem Willen der Wähler, versteht sich, nicht von den Anordnungen und Aufträgen der Führungsstäbe —, Nicht-Abberufbarkeit während der Legislaturperiode usw.) als wirksames Mittel, die Massen von den Machtzentren des Staates und — durch die staatlich-rechtliche Vermittlung — von den Entscheidungszentren der Gesellschaft fernzuhalten. Gewiß erwächst dem einzelnen Abgeordneten, sofern er nicht zum engeren Führungskreis gehört, aus dem Repräsentationsprinzip keine eigene Macht. Zur parlamentarischen Fiktion gehört auch die Leibholzsche Ideologisierung, der Abgeordnete sei der Herr, und nicht der Diener des Volkes. Sofern aber — und darin ist Pareto zuzustimmen — teils auch durch das politische Monopol der Parlamentsparteien die Bevölkerung sich an der parlamentarischen Politik und am Zusammenspiel Regierung — Parlament einerseits, an der parlamentarisch veröffentlichten Auseinandersetzung Regierung — Opposition andrerseits orientiert, wird aus dieser Fiktion eine reale Herrschaftskomponente. Der Bundestag ist weder Herr des Volkes noch volksvertretender Gesetzgeber.

Er betätigt sich aber als verfassungsmäßig unumgängliches Instrument der Veröffentlichung von Beschlüssen, die durch das Zusammenwirken von Staatsapparat und gesellschaftlichen Machtgruppen zustandegekommen sind. Er fungiert also als Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen. *Diese* (die Führungsgruppen der Produktionssphäre — Oligopole —, aber auch der kulturellen Sphäre — die Kirchen z. B.) finden sich im Parlament durchaus konkret vertreten; insofern fungiert und funktioniert das Parlament als Repräsentation der Herrschaft. Nur als solche ist es für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft interessant und annehmbar. Dort, wo es sich dem Einbruch emanzipatorischer Gegenmacht bietet, weil die Transformation nicht gelingen will, greift die herrschende Klasse zu härteren Mitteln der Eigenrepräsentation. Beispiel Griechenland.

IV.

Das bedeutet: die Perspektive einer „systemimmanenten" Evolution des Parlamentarismus scheitert an seiner eigenen, systembedingten, d. h. durch seine *Herrschafts*funktion bedingten Involutionstendenz. Wie diese Involutionstendenz langfristig stärker durchschlägt als die Möglichkeit, das Parlament *vertretungs*funktional auszunutzen, zeigt die Entwicklung in noch desintegrierten Gesellschaften. Die fundamentaloppositionellen Parteien, die sich auf das parlamentarische Spiel einlassen und den außerparlamentarischen Kampf nicht mehr als das wesentliche Mittel des Herrschaftskonflikts praktizieren, drohen ihre emanzipatorische Qualität zu verlieren und sich in bürokratische Integrationsapparate zu verwandeln. Anders gesagt: der politische und (warum denn nicht) auch moralische Niedergang der Sozialdemokratie (ein historischer Verrat an der Befreiung der Menschen) ist ein Warnzeichen für die sozialistischen und kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern.

Jede Parlamentsreform, die in involutiv gerichteten Staaten verwirklicht wird, dient nicht dazu, die Möglichkeit der Beteiligung der Massen an den Entscheidungsprozessen auszuweiten, sondern dazu, sie durch Steigerung der Herrschaftsfunktionalität des Parlaments einzudämmen.

Wo eine politische artikulierte freie Öffentlichkeit besteht, findet sie im Parlament kein Werkzeug, praktisch zu werden.

Das trifft nicht nur für die antagonistische Öffentlichkeit zu, sondern zuweilen selbst für die kritische. Beide müssen ihre politische Vermittlung in außer-, im weiteren Verlauf der Umfunktionalisierung des Parlaments in antiparlamentarischen Organisationen und Organisationsformen suchen. Es kann diskutiert werden darüber, ob die Transformation der Demokratie rückgängig zu machen, ob z. B. die grundgesetzliche Ausgangsposition wieder herstellbar ist. In dieser Richtung bewegen sich heute die meisten Gruppen der außerparlamentarischen Opposition.

Zweierlei muß jedoch dabei beachtet werden:

1. eine eingehende Analyse des Grundgesetzes müßte zunächst klären, ob und in welchem Ausmaß die Entdemokratisierung der Bundesrepublik schon grundgesetzlich intendiert wurde;

2. Nicht der Machtwille der Politiker und deren Korrumpierbarkeit, noch die Entpolitisierung der Massen sind die *Ursachen* der Transformation. Diese ist vielmehr notwendig für einen Kapitalismus, der sich zum Versuch eigener Rettung staatlich organisiert. Die Rückkehr zur Reinheit des

Grundgesetzes wäre Rückkehr zu den Anfangsbedingungen der Transformation selbst. Es mag sein, daß die Wiederherstellung oder die Verteidigung der Grundrechte eine wesentliche Voraussetzung für den Kampf gegen Herrschaft und Ausbeutung bildet. Grundrechte emanzipieren aber die Massen nicht, solange wir eine bürgerliche Gesellschaft und eine kapitalistische Produktionsweise haben, deren Staat genau für den nicht emanzipatorischen Gebrauch der Grundrechte sorgt.

In den staatlich befriedeten und integrierten Zustand des organisierten Kapitalismus ist vielmehr die politische Wiederherstellung des Antagonismus, und das ist die Aktualisierung des Klassenkampfes und die Desintegration der Gesellschaft, der erste Schritt für die Verwirklichung von Demokratie.

V.

Die politische Wiederherstellung des Antagonismus ist die aktuelle Aufgabe der außerparlamentarischen Opposition.

Einige Erklärungen sind hier notwendig:

1. Außerparlamentarische Opposition ist grundsätzlich: in der Sache und im Begriff, nicht gleich antiparlamentarisch. Sie ist vielmehr die normale Form der Beteiligung unzufriedener Gruppen am politischen Leben gerade der parlamentarischen Demokratie, und zwar als Stütze und zugleich Verlängerung der Politik oppositioneller Parlamentsparteien. Sie stellt also die gesellschaftliche Potenzierung der Parlamentsfronten dar, freilich, sofern diese vorhanden sind, das ist: sofern die Parlamentsfronten ihrerseits gesellschaftliche Fronten effektiv widerspiegeln.

2. Da gesellschaftliche Oppositonsgruppen und parlamentarische Vertretung sich nicht durchgängig decken, kann es jederzeit zu Konflikten zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Oppositon kommen (wie übrigens genau so gut zwischen Herrschaftsgruppen und Mehrheiten mit der jeweiligen Parlamentsmehrheit, praktisch mit der jeweiligen Regierung). Ein solcher Konflikt kann sich auf das ganze Parlament ausdehnen, wenn er zu Auseinandersetzungen zwischen Öffentlichkeit und Staatsorganen führt: In solchen, seltenen Fällen, übt die Öffentlichkeit, als Gesamtopposition zu den Verfassungsorganen (zu denen auch die Parteien gehören), einen Druck aus, der durchaus als „Parlamentsnötigung" funktionieren kann. Beispiel: In der Spiegel-Affäre zwang nicht der Bundestag den Minister Strauß zum Rücktritt, sondern die mobilisierte Öffentlichkeit erzwang vom Bundestag die Distanzierung vom

Minister und am Ende dessen unrühmlichen Abgang. Ein weiteres Beispiel von Parlamentsnötigung: in der Telephongebühren-Affäre wurde der Bundestag von der „Bild-Zeitung" aus den Parlamentsferien zurück- und praktisch „einberufen".

3. Es kann aber im Verlauf bestimmter politischer Prozesse zu einem Umschlag der außerparlamentarischen Opposition in einen offenen, antiparlamentarischen Kampf kommen. Daß die solcherart antiparlamentarisch gewordenen Opposition als antidemokratisch bezeichnet wird, hängt teils mit der keineswegs gerechtfertigten Identifikation von Demokratie und parlamentarischem Formalismus zusammen, teils mit der Methode der Parlamentsparteien, sich selbst zu alleinigen Fundamenten des demokratischen Staats zu ernennen. Vielmehr: sofern Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionieren, muß der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden. Dies kann sich zuweilen auch auf Teilaspekte der Politik der Parlamentsparteien richten: ein Parlament muß als Ganzes kritisiert, im Falle der Passivität angegriffen werden, wenn z. B. sein Präsident öffentlich lügt, ohne dafür parlamentarisch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Hier zeigt sich übrigens, daß der Umschlag ins Antiparlamentarische eng verknüpft ist mit dem Scheitern parlamentarischer Oppositionsparteien.

4. Ist die Involution des parlamentarischen Regierungssystems zur autoritären Herrschaftsform schon weit gediehen (wie etwa in der Bundesrepublik), so gewinnt die außerparlamentarische Opposition die neue Qualität, die sich aus dem Konflikt mit der neuen Qualität des Parlaments ergibt. Diese besteht — negativ — in dem Verlust an der auch verfassungsmäßig vorgesehenen V o l k s vertretungsqualität, an der Kontrollfunktion und an der Öffentlichkeitsfunktion; positiv besteht die neue Qualität in der Wandlung des Parlaments zu einem Repräsentationsorgan der Herrschaft. Das nicht mehr vertretene Volk, zumindest die nicht mehr vertretenen Gruppen und Klassen, müssen um der Demokratie willen zur Selbsthilfe greifen. Es ist ihr Recht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wird das Parlament zu einem Instrument, dieses ihrer Rechte zu beschneiden, so bildet sich aus der außerparlamentarischen Opposition als Begleiterscheinung eines noch demokratisch sein könnenden Parlamentarismus das Gegengewicht zum antidemokratisch gewordenen Parlamentarismus.

5. Die Möglichkeiten der politischen Praxis sind für die außerparlamentarische Opposition von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Man

denke an das Gewicht und an die Bedeutung der politischen Clubs in Frankreich, die sich inzwischen als anerkannte Gegner und Gegenspieler der offiziellen Organe etabliert haben, und den Republikanischen Club in West-Berlin, der zuweilen von den Vertretern der offiziellen Organe (und von der offiziösen Pressemacht) als Organisator des „Terrors" und — neuerdings — als Spionagezentrum bezeichnet wird. In vielen westlichen Ländern hat sich als Arbeitsprinzip der außerparlamentarischen Opposition durchgesetzt, in Zentralkampagnen solche politischen Ziele und Ideen zu vertreten, die in den Parlamenten kein Gehör finden oder von den Parlamenten bekämpft werden. Eine Zentralkampagne dürfte in der Zukunft sich mit der Anerkennung der DDR beschäftigen.

Solche Zentralkampagnen haben indessen eine Schwäche: sie propagieren allgemeine Ideen und können nur allgemeine politische Interessen ansprechen und mobilisieren. Sie werden nur dann erfolgreich sein und konkrete Gegenmacht gegen antidemokratische Involutionstendenzen bilden, wenn sie sich mit der Vertretung materieller besonderer Interessen der Abhängigen verbinden. Auch hier geht der Weg der Idee zunächst den Weg der Bedürfnisse. Auch hier blamiert sich die Idee, wenn sie das Bündnis mit den materiellen Interessen scheut. Die Herrschenden scheinen dieses Verhältnis besser zu kennen als die „Rebellen" von West-Berlin. Während einige Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sich immer noch an Marcuses Thesen der Marginalgruppen orientieren und die Arbeiterschaft politisch abgeschrieben haben, verlangt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für seine Investitionsbereitschaft, daß der West-Berliner Senat die Solidarisierung von Studenten und Arbeitern verhindere.

6. Und schließlich eine Bemerkung zu den Methoden der außerparlamentarischen Opposition. Gelingt es ihr, Massen in Bewegung zu setzen und dadurch zeit- und teilweise den Staatsapparat lahmzulegen oder zu irritieren, so wirft man ihr schnell vor, sie würde „die Straße" mobilisieren. Der „Druck der Straße" gerade auf frei gewählte Parlamente gilt bekanntlich als schweres Vergehen gegen Verfassung und Demokratie. Es fragt sich nur, wann ein Druck zulässig ist und akzeptabel erscheint. Jede Bevölkerungsgruppe muß mit den ihr eigenen Mitteln versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Schreibt die außerparlamentarische Opposition an den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin einen Brief, so wird sie nicht beachtet. Keine Beachtung finden Studenten, die durch Petitionen parlamentarische Behandlung und Verwirklichung der Hochschulreform verlangen. Beachtung und Beantwortung findet aber jederzeit ein Brief des

Herrn Fritz Berg oder eine Eingabe des BDI. Politisch ist aber der Druck eines BDI-Briefes (im Grunde ein postalisches Go-in) auf das Abgeordnetenhaus von West-Berlin ungleich stärker und einschneidender als ein Go-in von einigen Dutzend Studenten und sonstigen „Drahtziehern". Es gehört mit zur Perfidie des Herrschaftsmechanismus, Druck der Oberschichten als noble Empfehlung, Druck von unten als pöbelhafte Nötigung auszugeben.

Der „Druck der Straße" ist das legitime Mittel einer außerparlamentarischen Opposition, deren geschäftsordnungsmäßig korrekte Eingaben permanent im Papierkorb des Parlaments und der Regierung enden.

Bernhard Blanke

Dutschkismus als Gerücht

Zu einigen Elementen spätkapitalistischer Öffentlichkeit

Vorbemerkung

Die nachstehende Glosse hat Mängel. Sie ist unmittelbar nach der DK, noch ganz unter dem Eindruck der Diskussionen über das — so nicht stattgefundene „Capital-Interview" — entstanden. Deshalb fehlt auch die in der Analyse doch erkennbare Möglichkeit der inzwischen durch das Attentat auf Rudi Dutschke Wirklichkeit gewordenen furchtbaren Parallelität von ‚Erledigung' des Problems durch Integration in den Meinungsmarkt und ‚Erledigung' der Person durch die in der Massenpresse angeheizten Aggressionen der Klasse, die — weil ohne Bewußtsein ihrer Lage — einen Schuldigen für ihre eigene Misere sucht. BILD-Leser Bachmann versuchte das ihm zu Ohren gekommene Gerücht der kommunistischen Gefahr auf die ihm von eben jener Zeitung vorgezeichnete Weise zu lösen. Nur die unmittelbare Reaktion der außerparlamentarischen Opposition gegen den richtigen Feind hat verhindert, daß dieser sich hinter vorgeblichem Bedauern verstecken konnte: Die Springerpresse konnte ungehindert fortfahren, das Gerücht von der studentischen „Gewalt" nach deren keimhaften Realisierungen, nun zum Gerücht vom drohenden „Aufstand" fortzuspinnen. Und die gesamte Presse, mit wenigen Ausnahmen, ist ihr gefolgt. Aber auch die außerparlamentarische Opposition ist in die vorbereitete Falle gegangen. Einerseits hat wohl ein großer Teil ihrer Anhänger den p o l i t i s c h e n , immer auf Enthüllung zielenden Charakter ihrer Provokationen, d. h. auch ihrer symbolischen Gewaltanwendung, total mißverstanden und bereits im Steinwurf an sich ein politisches Mittel gesehen oder ganz einfach eine Möglichkeit endlich aggressiv zu werden. Andererseits zog diese Form chaotisierter Demonstration die außerparlamentarische Opposition in eine Gewaltdiskussion, die in ihrem Charakter nur bei einer Analyse der vorhergehenden Gerüchteproduktion zu verstehen ist. Obwohl die Dokumentation der Ostereignisse wieder einmal zeigt, wo die Gewalt zu Hause ist, nämlich bei jenen, die mit der Vorbereitung der Notstandsgesetze dabei sind, ihrer

zum Losschlagen bereiten Gewalt den legalen Rahmen zu verleihen, und bei der Polizei, die wiederum den nicht erklärten Notstand praktizierte. Anstatt den Zynismus dieser Herren, die jetzt dazu aufrufen „Macht endlich Schluß mit der Gewalt", wo sie gerade die Anfänge hinter sich gelassen haben, als die adäquate Reaktion der herrschenden Klasse zu entlarven, welcher die Zeichen auf Sturm stehen, wenn der Protest zum Widerstand reift, anstatt diese einzig mögliche Enthüllung zu betreiben, hat das Starren auf die Blätter des gehobenen Niveaus die Studenten und andere Mitglieder der APO dazu veranlaßt, an der falschen Stelle vor der eigenen Courage zu kapitulieren. Augstein wird anscheinend immer noch mehr geglaubt als der Logik des Klassenkampfes, die aus den ebenfalls im SPIEGEL veröffentlichten Zahlen spricht. Bei 32 Prozent der Berliner Arbeiter im Alter von 16 bis 30 Jahren haben die Sympathien für die studentischen Proteste während der Ostertage „zugenommen". Dem widerspricht nicht, daß sich die überwältigende Mehrheit gleichzeitig gegen die Gewaltanwendung durch protestierende Studenten ausspricht. Diese Schizophrenie gehört nun einmal zum Bestand des „parlamentarisierten" Bewußtseins: man kann z. B. ebenso das Parlament in abstracto für notwendig halten, wie gleichzeitig wissen, daß man von „denen da oben" doch verschaukelt wird. Für die Unterklassen besteht das Gewaltproblem als solches nicht: Gewalt wird, da es keine politische Erfahrung mehr gibt, als individuell, kriminell verstanden. Die konsequente, bis zum Zerschlagen gehende Vertretung der eigenen Interessen dagegen wird erst garnicht unter den Begriff der Gewalt subsumiert. Aufschlußreich ist schließlich, daß sich die Hauptzahl der BILD-Leser laut Leseranalyse gerade aus jener Altersgruppe rekrutiert, bei welcher die Sympathien trotz der „blutigen Ostertage" zugenommen haben. Offenbar schlägt hier die „Gewalt"-Propaganda der Massenblätter Springers gegen diese selbst zurück. Auch das ist ein Ergebnis, welches nach der Erkenntnis der autoritären Bindung der Leser an dieses Blatt nicht so sehr verwundert: die Bindung kann in Haß umschlagen. Die Ablehnung studentischer „Gewalt" in den Blättern des gehobenen Niveaus sollte also nicht täuschen: denn für diese Blätter und die mit ihnen verklickten Schichten kommt auch der studentische Widerstand von unten und kann sich nach unten verbreitern. Außerdem setzt sich nach dem ersten backlash in den mit den Studenten sympatisierenden Kreisen der gehobenen Öffentlichkeit allmählich doch die Erkenntnis durch, daß sich der Hauptschuldige an diesen Osterereignissen — vorläufig ist Springer noch am ehesten zu identifizieren — nicht so einfach aus der Schlinge ziehen kann. Die Kampagne gegen den Springer-Konzern wird auch hier verschärft weitergehen. Festzuhalten ist je-

doch, daß die Fixierung der außerparlamentarischen Opposition auf diese gehobene Öffentlichkeit ohne Erkenntnis ihrer klassenmäßigen Bedingungen, zu Fehleinschätzungen führt: sei es in Befürchtung der Integration, sei es in der Angst vor der eigenen „Gewalt".

*

Als dem bürgerlichen Presseapparat bei der Beschreibung und Verfolgung des SDS die Kategorien durcheinander gerieten, weil die antiautoritäre Bewegung die versteinerten Verhältnisse des Nachkriegskapitalismus und die Elemente seines verdinglichten Selbstverständnisses zum Tanzen brachte, da war es abzusehen, daß dieser Apparat irgendwann die Masche finden würde, um auch die Revolution auf den Publikumsgeschmack zu bringen. An der Berliner Kommune I hat er es verhältnismäßig rasch vorexerziert: Die Kommune wurde ihm zum nie versiegenden Quell „öffentlichkeitswirksamer" Gerüchte. Auf die Dauer kann aber auch der tägliche Kampf gegen eine massenhafte Bewegung ungenießbar werden: schließlich ist dem Publikum nicht alles zuträglich, was man ihm zum Fraße vorsetzt. Es kommt auf die Portionen an. Gerade eine Öffentlichkeit, die ihre wesentliche Aufgabe in der Verhinderung von realen Kämpfen und in der ständigen Erfindung von Scheinkonflikten sieht, hätte es eigentlich als im höchsten Maße gefährlich erachten müssen — nachdem man das Phänomen nicht mehr verschweigen konnte — ständig imaginär gewordene und mühsam in diesem Zustand belassene Bataillone (wie „die Bevölkerung") gegen reale gesellschaftliche Kräfte ins Feld zu führen. Eines Tages mußte die permanente Niederlage der aufs Pressemaß zugeschnittenen „Abwehrkräfte" das unabweisbare Bedürfnis nach der Polizeiaktion und nach Selbsthilfe oder „Selbstjustiz" wachrufen. Nicht, daß diese dem Rechtsstaat widerspräche und deshalb unerträglich sei: auch in diesem Rechtsstaat hat die Polizei ein Recht auf den „ungetrübten Einsatzwillen" (so die Berliner Polizeigewerkschaft am 6. Februar 1968) und auf sozialadäquate Behandlung — auf den Feierabend — und man kann deshalb die „Dreckarbeit nicht der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen" (BILD-Berlin, 7. 2. 68), sondern muß — wie am 21. 2. 68 in Berlin geschehen — die städtische Müllabfuhr mobilisieren. Doch die Müllkutscher, die auf dem John F. Kennedy-Platz in West-Berlin unter einem Transparent mit der Aufschrift „Wir wollen unsere Ruhe haben" standen, protestierten schließlich ebenso gegen diese von der Springer-Presse in Gang gesetzte Demonstration, wie sie die Studenten meinten, welche ihnen alles eingebrockt hatten.

Die Presse hatte in ihrem Kampf gegen die Studentenbewegung sich schlichtweg an die eigenen Prinzipien, nämlich die Verdrängung des gesellschaftlichen Antagonismus, schon so weit gewöhnt, daß sie sie schon wieder vergessen hatte. Was sie dem Publikum vorführte, ungeschminkt und in der aggressiven Stoßrichtung verschärft, war auf einmal der gesellschaftliche Antagonismus, allerdings in seiner charakteristischen Verzerrung durch die studentische Position. Die Ware, die auf den publizistischen Markt geworfen wurde, setzte das Konkurrenzverhältnis in schon lange vergessene Bewegung, entlarvte Beat und Pop, Filmstars und Politikerimage als die hohlen Kunstprodukte der Marketingabteilungen einer industrialisierten Öffentlichkeit. Was von diesen Kunstprodukten wenigstens für eine kurze Zeit allein noch zu sehen war, war so etwas wie der Schimmer des Gebrauchswertes. Beatschuppen wurden antiautoritäre Zellen, Filmstars konnten mit den „linken Miezen" nicht mehr konkurrieren. Das Image in die Schußlinie geratener Politiker wurde zertrümmert: Lübke kam unter den Hammer, Schütz traf der eigene Bumerang, man schaute sich diesen Typ einmal genau an. Die von den Marktstrategen der Pressekonzerne seit Jahren ausgetüftelten und unter der Hand zur absoluten Gültigkeit gebrachten Wertrelationen der industrialisierten Öffentlichkeit gerieten in den Bereich unberechenbarer Schwankungen. Die studentischen Provokationen, die zur gleichen Zeit an allen erreichbaren Punkten des eingespielten Systems immanente Widersprüche in die Sphäre des öffentlichen Denkens hoben, evozierten Bedürfnisse, welche mit dem publizistischen Warenangebot der vergangenen Jahre nicht mehr zu befriedigen waren. Zudem war die Nachfrage von einer neuen Qualität: ihr tendenziell universaler Charakter drohte den bis dahin gültigen Bedürfnispluralismus und dessen Parzellierungsgesetze zu sprengen. Der Verzicht auf Umwege bei der Verfolgung individueller Bedürfnisse rückte in den Bereich des Möglichen. Für den größten Teil der Älteren kam diese Tendenz zu spät. Von ihnen konnte man nur den Ruf nach dem Knüppel erwarten, der sie davor bewahren sollte, in sich selbst noch einmal mit Widersprüchen konfrontiert zu werden, die sie seit dem 30. Januar 1933 als ein für alle Male erledigt wähnten. Der Generation der eigentlichen Träger der wirtschaftlichen und politischen Nachkriegsentwicklung, jener über alle Klassenschranken hinweg gleichermaßen unpolitischen Generation, der sich bisher jedes Bedürfnis als ökonomisch verwertbar erwiesen hatte und die die industrialisierte Ideologieproduktion dieser Gesellschaft zum kleineren Teil veranstaltet, zum größeren widerspruchslos schluckt, kam diese Tendenz nach einer Phase der Ablehnung schließlich doch gerade recht als „frischer Wind in der Bude". Die etablierte

Öffentlichkeit machte sich an die Ausbeutung jener Bewegung, die durch die teilweise Entfesselung des öffentlichen Denkens im institutionell-ideologischen Rahmen dieser Gesellschaft entstanden war und die von der zahlenmäßig kleinen studentischen Opposition mangels Orientierung und Agitationsmöglichkeiten nie propagandistisch und organisatorisch voll ausgewertet werden konnte. Aus dem neuen Rohstoff begann diese Öffentlichkeit — zunächst noch unsicher, dann aber immer besser — ihre Waren zu fertigen. Was die neue Linke an alten Ideologiesegmenten zertrümmert hatte, begannen die neuen Waren zu ersetzen. Freilich mußte dazu erst einmal der Stoff zerlegt werden: „in eine rettbare, gesellschaftlich gebilligte und in eine nur gerüchtweise den Markt erreichende Tendenz".[1] Gerüchtweise wurden die aggressiven Elemente der antiautoritären Bewegung dem Markt zugeführt: ihr „SA-Terrorismus", vom Gerücht des Humphrey-Attentats bis zum Gerücht des Molotow-Cocktails. Es bedurfte der Steine gegen die Filialen der „Berliner Morgenpost", um all diese Gerüchte scheinbar zu bewahrheiten; doch auch diese Steine blieben Gerücht: an der Ermittlung der Täter hatte man kein Interesse; wie sollte man sonst beweisen, daß es eigentlich die Nazis waren, die da wiederauferstanden? Die Gewalttätigkeit der „Roten" mußte, um Ware zu werden, Gerücht bleiben, ebenso wie ihre Libertinage oder ihre Verbindungen zu Moskau, Peking oder Pankow, von denen man munkelte, sie dienten sowohl zur Lieferung von Sprengstoff als auch zur Finanzierung der Revolte. Die Ware hat sich blendend verkaufen lassen. Vor allem die Springer-Presse schlug daraus als Sachwalter der großen, ihrem öffentlichen Verhalten und ihrer Ideologie nach kleinbürgerlich oder verbürgerlichten Masse, Kapital und lieferte den täglichen Horror aus, welcher so dringend zur Bewältigung der individuellen Aggressionen auf der immerwährenden Suche nach den an der gesellschaftlichen Misere Schuldigen benötigt wird. Doch die Pressekonzerne gerieten darüber in Konkurrenz. Einem Teil war es mit dem Horror nicht genug, er wollte retten, was sich nur irgendwie heimholen ließ. Unter anderem auch Personen, allen voran die eigens dazu erfundene des „Chefideologen" Rudi Dutschke. Wie sehr der gesellschaftliche Antagonismus auch die ideologische Warenproduktion beherrscht, zeigt dabei die für die neue Linke so fatale Trennung der massenhaften Aggression (sprich Gewalt) von den massenhaft aufgegriffenen und produzierten Ideen. Je mehr die Ideen von der gesellschaftlichen Art und Weise ihrer Durchsetzung getrennt wurden, desto mehr hatte der Prozeß ihrer ökonomischen Verwertung schon begonnen. Die aggres-

[1] Brecht: Dreigroschenprozeß, Ges. Werke, Bd. 18, S. 180.

siven Inhalte und Aktionsformen der studentischen Protestbewegung bereitete die Presse den unteren Schichten der gesellschaftlichen Pyramide als Drohungen zum Konsum, sich von solchen Verhaltensweisen zu distanzieren (seis durch Gleichgültigkeit, weil „die ja auch nichts ändern", seis durch Zuschlagen, weil „ihr uns wieder in die Scheiße bringt wie 1933" oder weil „sie alle Kommunisten sind"). Denn, was die Studenten vergessen hatten bei ihren Vorwürfen gegen die „integrierte Arbeiterschaft", war der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, der anders als durch Integration nicht zu meistern ist, es sei denn, dem Verkauf der Arbeitskraft korrespondiert der Kampf gegen das Wertgesetz. Wie konnten die Studenten erwarten, daß *ihre* Art dieses Kampfes, die das Wertgesetz unmittelbar aufheben will durch Ausbildung des Bewußtseins, sexuelle Freiheit, Mobilität, Aktion, Demonstration, anders den Arbeitern mitgeteilt werden würde als mit der erklärenden Formel, hier müsse Ordnung geschaffen werden und zwar eine Ordnung, die „sich jeder auferlegen muß, damit er seine Freiheit genießen kann" (BILD-Berlin, 5. 2. 68). Die miese materielle Existenz der Studenten zieht hier nicht, sie wird bereits als Therapie begriffen. Noch reicht die Symbolkraft studentischer Aktionen nicht, um die Wechselbeziehungen zwischen dem Markt der Vorstellungen und der Produktionssphäre[2] auch den Lohnabhängigen durchsichtig zu machen, noch reicht die Enthüllungspraxis der studentischen Bewegung nicht aus, um der lohnabhängigen Masse langfristig das Bewußtsein von den Wechselbeziehungen aller Klassen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu ermöglichen.[3] Die publizistische Verwertung studentischer „Gewalt" kann deshalb auch immer noch zur Disziplinierung der doch auf die gewaltsame Lösung ihrer Probleme angewiesenen Lohnabhängigen verwendet werden, weil diese „Gewalt" im ideologisch-institutionellen Bereich verbleibt. Wie lange noch? Die Anti-Springer-Kampagne hat in Westberlin — um die verwickelten Klassenverhältnisse anzudeuten — zwar nicht wie noch in der Springer-Resolution der 22. DK erhofft „die Disziplin in der Produktion" getroffen, aber die Disziplin im K o n s u m gestört. Westberliner Unternehmer bereiten eine Initiative gegen Springer vor, weil der Bierkonsum in den ersten Monaten dieses Jahres empfindlich zurückgegangen ist: die Arbeiter diskutieren auf einmal zuviel. Nach Meinung dieser Unternehmer trägt die Springer-Presse daran die Hauptschuld, weil sie ihre Leser politisiert habe. Leseranalysen der BILD-Zeitung[4] lassen vermuten, daß der BILD-Leser die Zerschlagung des Springer-Konzerns

[2] vgl. Karl Korsch: Karl Marx, Anhang VI, S. 229 ff.
[3] vgl. dazu Lenin: Was tun?, Ges. Werke, Bd. 5, S. 426.
[4] „Qualitative Analyse der BILD-Zeitung", 1965, hausinterner Expertenband.

wohl verstehen würde, nicht aber eine bürokratische, aufgrund parlamentarischer Fraktions- und Koalitionstaktiken in die Wege geleitete „antimonopolistische" Eindämmung. Von solchen Mätzchen hört er seit Jahren, an seiner tieferen Einsicht, die Gesellschaft, in der er lebt, treibe immanent zur Katastrophe, konnten sie nichts ändern. Die wesentliche Leistung des „Dutschkismus" ist der Nachweis der Brauchbarkeit auch einer institutionalisierten Öffentlichkeit als „Sender" einer revolutionären Bewegung. [5] Dieser „Sender" funktionierte eine Zeit lang gerade auf der Ebene des Gerüchts: solange das Dutschke-Image in der irritierenden Ambivalenz von „anarchistischer Gewaltsamkeit" und der „Sehnsucht nach dem neuen Menschen", d. h. der Ankündigung einer universalen Bedürfnisstruktur und ihrer möglichen Verwirklichung in einer „neuen Gesellschaft", gehalten wurde und bei der „Agitation in der Aktion" (die mitteleuropäische Übersetzung von Debrays „bewaffneter Propagandä) das Schwergewicht auf militanten Aktion lag. Es zeigte sich, daß „die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt", von der sie jedoch mehr als nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Denn von der Ausbeutung dieses Traumes lebt der ganze spätkapitalistische Kulturapparat. Er lauerte nur auf die Gelegenheit, die Konkurrenz in Gestalt des „Dutschkismus" marktgerecht zu zerlegen und auszuschalten: Dutschke aus dem Dunkel der Gerüchte in das Rampenlicht der Öffentlichkeit zu heben und ihn dort vor aller Augen bloßzustellen. Weil der „Sender" eine Weile ganz gut funktioniert hatte, vergaß die Linke — auch diejenigen, die a priori wußten, daß sich die ‚Anti-Autoritären' „zum Hofnarren der herrschenden Klasse" degradieren. Was kann man mit solchen verdinglichten Kategorien schon begreifen? — daß die öffentlichen Verkehrsbeziehungen im Spätkapitalismus nichts anderes sind als „public relations". Als unsere Gegner Rudi Dutschke entdeckten, hatten sie die Methoden der public relations parat und den Rat ihres frühen Vorfahren Bacon im Ohr, der zur „umsichtigen Verhütung des Aufkommens eines voraussichtlichen und geeigneten Führers" empfahl: „Derlei Leute müssen entweder auf schleunige und anständige Weise für den Staat zurückgewonnen und mit ihm ausgesöhnt werden, oder aber man muß ihnen Gegenkandidaten aus ihren eigenen Reihen gegenüberstellen, so daß ihr Anhang sich zersplittert. Im allgemeinen ist es keines der schlechtesten Abwehrmittel, alle staatsfeindlichen Parteien und Vereinigungen zu spalten und zu sprengen, indem man Zwietracht oder zumindest Mißtrauen unter ihnen sät". [6] Die anständigste Weise, einen Staatsfeind zurückzugewinnen, besteht darin, ihn zu

[5] vgl. Debray, Revolution in der Revolution?
[6] Bacon, Essays, Leipzig 1940, S. 67 f.

einem großen Philosophen zu erklären, wodurch er gleichermaßen ungefährlich und wie verdunkelt wird, das Gerücht wird akademisch. „Herrschende Ideologien sind genau so verklickt wie herrschende Schichten“ [7] und das Bündnis mit dem „neuen Menschen“ ist nicht ungefährlich, weil dieser schließlich ein Gerücht der modernen Philosophie ebenso ist wie des Godesberger Programms. Freilich hatten die Kulturstrategen Dutschke nicht von allem Anfang an im Griff. Es wäre unehrlich, ihm die Praktiken der kapitalistischen Ideologieproduktion anzulasten. Es wäre genau so unehrlich, ihm als dem Produkt der SDS-Malaise diese selbst zuzuschreiben. An der Wiege des „Philosophen Dutschke“ stand nicht mehr die Praxis, sondern die linke Absage an das, was man ihm als „Gewalt“ unterschoben hatte und vor dem die Philosophen, weil sie nun einmal mit den herrschenden Schichten verklickt sind, solch panische Angst gezeigt hatten. Nicht daß der Wille zur Aktion oder die Aktion selbst erlahmte, aber sie wurde in die Kategorie „Demonstrationsfreiheit“ heimgeholt und tendenziell ihres antagonistischen Inhalts entkleidet. Dutschke als einem Leninisten, dessen Theorie und Praxis zu Beginn seiner — nennen wir es einmal so — politischen Karriere seine politische Praxis steuerte, hätte hier spätestens die Gefahr vor Augen sehen müssen. Aber im Verlaufe seines bald unaufhaltsamen Aufstieg zum Symbol der studentischen Bewegung verloren er und der SDS Zug für Zug die leninistischen Kriterien für Agitation und Propaganda. Diese Kriterien sind Kriterien des Klassenkampfes. Das ist kein leeres Geschwätz. Noch harren Entstehung und Stellenwert des „Dutschkismus“ als Pressegerücht der materialistischen Analyse. Aber schon kann man beobachten, wie der Manipulationsapparat Dutschke in klassischer Weise klassenspezifisch verarbeitet. Erst eine eingehende Analyse könnte klären, wo der Umschlag von der progressiven Funktion einer vom SDS nicht gesteuerten Propaganda durch die bürgerliche Presse in die rapide sich beschleunigende Integration des „Dutschkismus“ als Ware in die Ideologiezirkulation erfolgte. Daß diese Integration von allem Anfang in dieser zum Teil produzierten Karriere angelegt war, ist kein zureichender Einwand, solange das Versagen der verbandsinternen oder auch — externen sozialistischen Gegenkräfte nicht analysiert ist. Auch nicht die hilflose Reaktion der Genossen, die immer noch im Banne dieser Kariere standen, und die Dutschke vorwarfen, er habe sich schlecht verkauft. Das Übel liegt nicht in der Höhe des Preises, sondern im Markt, der selbst einen Dutschke verwerten kann, wobei es selbstverständlich ist, daß das Kapital auch hier den Preis

[7] Brecht, a. a. O., S. 193.

für die Arbeitskraft, welche sich verkaufen muß, auf das niedrigstmögliche Niveau drückt, solange keine funktionierende SDS-Organisation es daran hindert, indem sie ihre führenden Genossen finanziell freisetzt. Die Malaise des SDS wird aber auch durch die vor aller Öffentlichkeit vollzogene Absetzung des „Chefideologen" nicht überwunden. Die Fetischisierung der antiautoritären Bewegung zum „Dutschkismus" im Zuge ihrer ökonomisch-publizistischen Verwertung hat auch im Verband einige Dinge auf den Kopf gestellt. Nachdem die Situation des SDS es nicht verhindern konnte, daß die bürgerliche Presse neben der Revolution in der Literatur nun auch die revolutionäre Straße goutiert, hilft kein schweißtreibendes Hinterherlaufen, um Dutschkes Äußerungen so schnell wie möglich aus dem öffentlichen Denken zu tilgen, auch wenn sie das Niveau der letzten Interviews in „Capital", „Constanze" oder auch der „Frankfurter Rundschau" erreicht haben. Wo an die Stelle des Revolutionärs der „Mensch" getreten ist, reist dieser nur noch in eigener Sache: trostlos zu sehen, wie schlecht er sie vertritt. Man sollte aber konstatieren, daß eine Zeitschrift, die Capital heißt, eben danach handelt und endlich die Sache auf den kapitalistischen Begriff und Dutschke auf den Status des Dressman, eines schlechten Unternehmers und eines Werbegags bringt: die Werbung von „Capital" mobilisierte ein letztes Mal das Gerücht der „anarchistischen Gewalttätigkeit" (mit den bekannten Brüllaffen-Photos, der wehenden Mähne, und dem Spruch: „Unsere Analyse scheint zu bestätigen, daß der SDS aus dunklen Quellen finanziert wird"), der „Capital"-Artikel zertrümmert auch die letzten Reste von Anrüchigkeit: Dutschke ist einfach arm. Mit höhnischer Geste schiebt man ihm „lumpige 1000 Mark" zu, für seine „Mannequin-Bemühungen" vor dem gleichen Starphotographen, der drei Wochen zuvor Lübke auf den SPIEGEL-Titel brachte. Damit erledigt sich das Problem Dutschke als Presseproblem von selbst. Der Stoff gibt nichts mehr her: das Produkt wird mit der Zwangsläufigkeit kapitalistischer Warenproduktion durch ein anderes substituiert. Hoffentlich kommt keiner seiner „Nachfolger" auf die Idee, die Marktlücke auszufüllen. Einzusehen ist, daß Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Agitation und Propaganda neu zu überdenken sind. Der Fall Dutschke ist dazu ein einzigartiges Lehrstück. Einzusehen ist, daß der Zwang zum Erfolg, mit anderen Worten: die permanente massenhafte Offensive unter schlechter werdenden Ausgangsbedingungen, fast schon eine Kategorie aus der Warenwelt geworden ist, die sich in das antiautoritäre Denken eingeschlichen hat. Einzusehen ist schließlich, daß die antiautoritäre Bewegung einen „Publikumsgeschmack"[8] teils produziert, teils

[8] vgl. dazu: Brecht, a.a.O., S. 162 ff.

einfach „entfesselt" hat, der Rohstoff genug für eine neue Mode abgibt, weil es genug Kapitalisten gibt, die ihre „Maschinen" auf die neue Nachfrage eingestellt haben (neuerdings taucht revolutionärer Jargon immer häufiger in der Reklame auf: „Revolution unter dem Anzug", „Protest: 5-Tage-Woche für Ihren Anzug"). Es gilt diesen anfälligen Publikumsgeschmack in politisches Bewußtsein zu übersetzen und zu organisieren, weit über den Bereich der Studenten- und der bestehenden Schülerorganisationen hinaus. Unsere Einsicht in die Strukturen und Mechanismen der Manipulation, welche Einsicht ja Kenntnis der Veränderungen der Klassenverhältnisse voraussetzt, ist erweitert worden. Die Fixierung des Kampfes für Gegenöffentlichkeit auf das Problem Springer muß aufgehoben werden in gruppenspezifische Gegenöffentlichkeitskampagnen. Die klügere Fraktion der Bourgeoisie darf das antiautoritäre Lager nicht kampflos schlucken. Der Kampf gegen Springer — und es ist verwirrend, daß gerade jene „Fraktion" im SDS, die für die Reinheit des Klassenstandpunktes und des Marxismus-Leninismus kämpft, das nicht begreifen will — ist der Kampf für die Gewinnung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die BILD-Zeitung und den von ihr ausgebeuteten Publikumsgeschmack als eines Elementes dieses Kampfes. In dem Augenblick, da BILD zur Moral ausbaut, was „Constanze" am Einzelfall Dutschke recherchiert hat („Vor der Ehe macht die Revolution halt", BILD-Berlin, 1. 4. 68), wo dem BILD-Leser zum x-ten Mal demonstriert wird, daß selbst die radikalste Bewegung an den ehernen Verhältnissen nichts ändern kann, in diesem Augenblick ist es höchst gefährlich, wenn nicht konterrevolutionär, sich dem BILD-Publikumsgeschmack — sprich „Massenwirkung" — zu beugen und die Bedeutung der antiautoritären Bewegung als Moment des von Lenin ins Zentrum der Aufgaben von sozialistischen Intellektuellen gestellten Enthüllungsprozesses zu mißachten.

Den Genossen, welche die Reinheit der Lehre verteidigen und von nichts anderem als von Bündnissen reden, welche in ihrem Lenin nur noch das Wort Einheitsfront rot angestrichen haben, muß gesagt werden, daß die Furcht vor der Isolierung von der Arbeiterklasse noch keine materialistische Kategorie ist, daß eine Orientierung an Wahlen und am Parlament als Endstation des langen Marsches, freilich mit Lippenbekenntnis zur „außerparlamentarischen Bewegung", genau das ist, was der Gegner erhofft. Welches Herrschaftsmittel hat sich bis jetzt als geeigneter erwiesen, die „staatsfeindlichen Parteienen und Verbände zu spalten und zu sprengen", als die Parlamentarisierung der Staatsfeinde? Die Genossen Abgeordneten werden vom parlamentarischen Zwang zur Leistung und von dem formalen System parlamentarischer Spielregeln viel schneller er-

drückt werden als Rudi Dutschke vom Zwang zur Offensive,[9] zumal die Parlamentsaspiranten den tendenziell autoritären Sozialdemokraten in sich noch nicht getilgt haben. Der „Dutschkismus" hatte wenigstens den riesigen Vorzug, die Instrumentalisierung etablierter Institutionen wie der Presse zu Zwecken revolutionärer Aktivität so lange leisten zu können, wie die radikale Aktion dominierte. Er wurde selber instrumentalisiert, wo das Ende des Aktionismus abzusehen war. Der Vietnam-Kongreß hat dies noch einmal verdeckt. Im SDS zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze zur Arbeiteragitation, die die propagandistischen Aktionen der letzten Phase abzulösen beginnen. Doch damit stellt sich auch das Problem der Propaganda neu. Werden die kommenden Aktionen mit Sicherheit klassenspezifischen Charakter haben, so fragt sich, wie der parallel laufende Enthüllungsprozeß vonstatten gehen soll. Auf seinem langen Marsch verfügte der SDS über eine ganze Menge Konserven,[10] seis in der Hochschulpolitik, seis in der Anti-Notstandskampagne. Die Anti-Springer-Kampagne, aus der Mangelsituation geboren, die mit dem absehbaren Ende oder wenigstens dem zu erwartenden Abflauen der anderen Kampagnen entstanden war, könnte eine solche Konserve abgeben: sie hat sich nicht vor der Wirklichkeit blamiert, wie es Marxisten-Leninisten schon immer besser wissen wollten,[11] deren Kritik an der Resolution der 22. DK fraglos einiges richtig stellt, sondern es schält sich eine neue Möglichkeit der Enthüllung heraus. Abstreifen muß die Kampagne jedoch ihren Omnipotenzwahn, sie muß sich konzentrieren auf das, was sie leisten kann: „einigen *Vorstellungen* zu begegnen, die für den gegenwärtigen Zustand der bürgerlichen Ideologie charakteristisch sind. Diese Vorstellungen, abgezogen dem Verhalten öffentlicher Institutionen . . . sind ein kleiner Teil des riesigen ideologischen Komplexes, der die Kultur ausmacht, und über die letztere kann nur geurteilt werden, wenn dieser Komplex in seiner Praxis, also arbeitend, in vollem Betrieb, ständig produziert von der Wirklichkeit und sie ständig produzierend, beobachtet und der Beobachtung zugänglich gemacht wird".[12] Damit der Kampf gegen die Manipulation aus der Sphäre der Spekulation in die Praxis umgesetzt werden kann, muß die etablierte Öffentlichkeit entlarvt werden, indem man „unter Mitwirkung sonst schwer zu engagierender Kräfte ein Experiment veranstaltet",[8] d. h. diese Öffentlichkeit

[9] Man erinnere sich nur an die *formale* Kapitulation der Professoren vor dem Notstandshearing des BT.
[10] Da einige Genossen Metaphern grundsätzlich mißverstehen, sei erklärt, was hier Konserve heißt: theoretische Vorarbeit und praktische Erfahrung.
[11] vgl. Facit, Nr. 12, S. 12 ff.
[12] Brecht, a.a.O., S. 139 und 151.

zwingt, in der Auseinandersetzung mit Springer Einblick in die Bewegungsgesetze der Gesellschaft zu geben. Die Berliner Provokation der „Tribunal"-Veranstaltung mit dem Molotowcocktail-Film hat nicht unwesentlich zu jener faschistoiden Reaktion des etablierten Apparats beigetragen, der die Verhältnisse für kurze Zeit bis zur Kenntlichkeit verzerrt darstellte. Diese Enthüllung schließlich hat der studentischen Bewegung — um es einmal gut sozialdemokratisch auszudrücken — innerhalb von 4 Tagen einen Sympathiezustrom von 5% gebracht. Die nächsten Schritte werden zu klären haben, wer diese 5% sind und wie sie zu organisieren sind. Unnötig zu sagen, daß auf Flaschen gezogener Marxismus-Leninismus hier nicht weiterhilft; unnötig zu sagen, daß diese kursorischen Bemerkungen zum „Dutschkismus" vornehmlich zum Nachdenken provozieren sollte. Wir müssen dafür sorgen, daß folgende Hoffnung trügerisch wird: „Viele jungen Menschen werden, wenn Dutschkes Mähne plötzlich nicht mehr voranweht, wieder anfangen, nachzudenken. Und das kann das Ende der SDS-Erfolge sein" (Welt am Sonntag, 31. 3. 1968). Wir sind es dem Genossen Dutschke schuldig, ihn von seiner Charaktermaske zu befreien und zu beweisen, daß seine Erfolge Erfolge des SDS und seiner besseren Einsicht in die schlechten Verhältnisse sind.

Wolfgang Lefèvre

Berliner Winter

Spätestens seit dem 2. Juni 1967 wäre es falsch, über die Entwicklung der Auseinandersetzung an der FU berichten zu wollen, ohne dabei von der städtischen Auseinandersetzung der Oppositonsbewegung auszugehen, die immer noch vor allem von den Studenten getragen wird. Die universitären Auseinandersetzungen waren in Berlin bereits zu Beginn des Sommersemesters 1967 an dem Punkt angelangt, von dem an jede weitere, wirklich eine neue Etappe markierende Paralysierung der autokratischen universitären Herrschaftsstruktur davon abhängt, ob die Studenten und ihre Bundesgenossen die einzige Stütze der Ordinarien, nämlich den autoritären Staat selbst, in die Defensive drängen können. Die Schwierigkeiten der städtischen Oppositionspolitik[1] sind die wirklichen Hemmnisse der universitären Auseinandersetzung. Auch wenn am 31. 1. 1968 Studenten der FU eine Tür zum Vorzimmer des Sitzungssaals der Philosophischen Fakultät eindrückten, um die „Hohe Fakultät" zu hindern, die studentische Forderung nach Revision des Grundstudiums weiter zu ignorieren, auch wenn in der Nacht vom 1. zum 2. 2. 1968 die Fensterscheiben von sieben Berliner Springer-Filialen zerstört wurden, auch wenn der Vietnam-Kongreß am 18.2. und die Senatskundgebung am 21.2.1968 das baldige Ende des Senats Schütz besiegelt haben — kann dennoch kein Zweifel darüber bestehen, daß seit dem 2. Juni 1967 die „antiautoritäre Bewegung" in Westberlin Stagnationserscheinungen aufweist, die Resultat ihrer strategischen Konzeptionslosigkeit sind. Die Schwierigkeiten, die

[1] Städtische Oppositonspolitik resumiert sich in Berlin nicht als kommunal- und lokal-politische Auseinandersetzung. Durch die, als Balanceverhältnis sehr „sensible", politische Interessenüberschneidung der beiden Großmächte gewinnen politische Auseinandersetzungen in Westberlin ebenso größeres Gewicht wie dadurch, daß das Schicksal des Berliner Senats, wie seine Politik eine die Absurdität an den Tag bringende Pointierung der Bonner Politik ist, ein Licht auf die Aussichten des westdeutschen Machtkartells wirft.

diese Konzeptionslosigkeit bedingen, sind deswegen Hauptgegenstand dieses Berichts.

Die Ereignisse des 2. Juni und der ihm folgenden Tage veränderten „schlagartig" den Charakter der „antiautoritären Bewegung" in der und um die Hochschule. Indem die staatlichen und halbstaatlichen Institutionen versuchten, diese Bewegung in einer konzentrierten Aktion ein für alle Mal zu zerschlagen, war die „Machtfrage" als Frage der sofortigen und effektiven Vereitelung dieses staatlichen Coups als Tagesaufgabe einer oppositionellen Gruppe gestellt, die darauf in keiner Weise vorbereitet war. Allenfalls gewohnt, den universitätsadministrativen Coups mit harmlos plebiszitären Aktionen entgegenzutreten, welche Aktionen nicht durch ihre eigene Mächtigkeit, sondern allein als Enthüllungsfaktoren der nicht legitimierbaren Machtansprüche der Ordinarien Politik machten, hatten bis zum 2. Juni die oppositionellen Studenten und ihre Bundesgenossen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen wohl symbolische Politik in der Stadt, nicht jedoch städtische Politik gemacht, und auch diese symbolische Politik unsystematisch und ohne Strategielinien, wie sie wenigstens für die universitären Auseinandersetzungen entwickelt waren.

Die gewaltigen Kraftanstrengungen der Studenten unmittelbar nach dem 2. Juni entsprachen ihrer tatsächlichen Bedrohung. Mit der falschen Polizeidurchsage über einen erstochenen Polizeibeamten öffentlich für vogelfreie Verbrecher erklärt, waren die Studenten nicht allein durch gewalttätig terrorisierende Staatsinstitutionen bedroht, sondern zugleich von einem pogromgeifernden Teil der Bevölkerung. Der Versuch der Bedrohten, ebenso „schlagartig", wie sich ihre Isoliertheit als lebensgefährlich gezeigt hatte, diese Isolation mit Flugblättern und durch direkte Diskussion mit „der Bevölkerung" aufzubrechen, mißlang natürlich, wenn er nicht gar dazu führte, daß sich Studenten auch um den Preis, alle ihre Positionen zu verleugnen, anbiederten. Dennoch bewahrten jene Diskussionstrauben auf dem Kurfürstendamm — abgesehen von der Reaktion in der Bundesrepublik und dem Kongreß in Hannover — die oppositionellen Studenten, ohne daß sie es wußten, vor weiteren Zerschlagungsversuchen: Wegen des von ihm verhängten Ausnahmezustands stand der Senat vor der Alternative, entweder auch jene Diskussionstrauben, deren Friedlichkeit und Harmlosigkeit offenkundig war, gewaltsam aufzulösen oder aber seine verkündeten Notstandsmaßnahmen für „nicht so gemeint" zu erklären; er mußte sich für letzteres entscheiden: ein generelles Demonstrationsverbot habe es nie gegeben, lediglich jede einzelne Demonstra-

tion werde nicht gestattet; an Sondergerichte sei nie gedacht gewesen, lediglich die ordentlichen Gerichtsverfahren sollten beschleunigt werden etc. Mit diesem etappenweise vollführten Rückzug paralysierte der Senat die zwischen dem 2. und dem 5. Juni so wirksame „Entschlossenheit", mit der studentischen Opposition kurzen Prozeß zu machen: die alte Unsicherheit der staatlichen Institutionen, die studentische Opposition weder dulden noch einfach zerschlagen zu können, wirkte auf die Pogromstimmung in der Bevölkerung wenigstens soweit ein, daß „spontane" Gewalttätigkeiten Berliner Bürger gegen Studenten Einzelerscheinungen blieben, von denen sich die politischen Institutionen sogar verbal distanzieren mußten.

Dieser Rückzug der staatlichen Institutionen, der schließlich in jene SPD-internen Diadochenkämpfe einmündete, in denen Albertz und Büsch strauchelten, eröffnete dem Blick der oppositionellen Studenten eine neue Dimension systematisch betreibbarer *außeruniversitärer* Politik; die Berliner Institutionen hatten ihre zahlreichen Achillesfersen gezeigt. Die irrsinnigen Schimpfkanonaden des Berliner DGB-Chefs Sickert gegen ein ASTA-Flugblatt an die Berliner Arbeiter, das vor einigen Fabriktoren verteilt wurde, signalisierten die Verletzlichkeit der so gesichert erscheinenden Herrschaftspositionen der Spitzenbürokraten; die hysterische, zu einer Sondersitzung des Senats führende Reaktion der politischen Institutionen auf einen Brief des FU-Konvents an die *vier* Alliierten, in dem diese aufgefordert wurden, die Einführung der Notstandsgesetze in Westberlin zu verhindern, signalisierte den schmalen Bewegungsraum der Berliner Politiker innerhalb der gegensätzlichen Europastrategien der Westalliierten und der BRD sowie die panische Angst der Berliner Politiker, auch diesen Bewegungsraum noch zu verlieren. Die Diadochenkämpfe selbst zeigten überdeutlich, daß die faktisch vollständige Abhängigkeit des Berliner Senats von der BRD und den Westalliierten das politische Geschäft in Westberlin zum Kampf um Staatspensionen verkommen ließ. Ein Feld für systematisch betriebene Provokationen schien sich zu eröffnen, die den korrupten Charakter der Berliner Politikerclique enthüllen und so dieser die Zustimmung der volksgemeinschaftlichen Bevölkerung rauben sollten. Die ersten, flüchtigen Einblicke in die ökonomische Situation Westberlins zeigten überdies, daß die Berliner Politiker kaum eine Chance hätten, unter dem a priori der West-Integration den allmählichen ökonomischen Ruin der Stadt aufzuhalten. Angesichts der schon verbreiteten Angst um Arbeitsplätze schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, daß man den Senat zwingen könnte, seine Propagierung von Opti-

mismus aufzugeben, also seine tatsächliche Politik der öffentlichen Auseinandersetzung zu unterwerfen. Einige Ereignisse, die von der inzwischen „außerparlamentarisch" genannten Oppositionsbewegung als Erfolge gewertet wurden, schienen diese Perspektive zu bestätigen: Am 17. Juni 1967 fanden sich fast ebensoviele Menschen bei einer Gegenveranstaltung der „außerparlamentarischen Opposition" ein wie zum offiziellen Ritual vor dem Schöneberger Rathaus antraten; die „Ladenschlußzeit-Aktion" im August führte zu einer ersten praktischen Solidarität zwischen der studentischen Opposition und einer Fraktion der „Werktätigen"; die erste Anti-Notstandskundgebung des Berliner DGB im Herbst, zu der Studenten keinen Zutritt hatten, endete damit, daß die gewerkschaftlich Organisierten ihren Chef Sickert auspfiffen.

Als schließlich in der AEG-Turbine im Spätherbst ein spontaner Streik ausbrach, schien die studentische Isolation unmittelbar überwindbar, schien eine neue, von neuen Schichten getragene offensive Politik gegen die politischen Institutionen Westberlins unmittelbar bevorzustehen. Aber gerade dieser Streik belehrte die „außerparlamentarische Opposition" darüber, welche mühevolle Arbeit, welcher „lange Marsch" vor ihr lag. Der Streik in der AEG-Turbine, die sowohl ein für die Berliner Gesamtwirtschaft wichtiger und zugleich krisenbedrohter Betrieb ist, wie auch ein Betrieb mit einem relativ hohen Organisationsgrad der Arbeiter, der also strategisch günstige Ausgangspunkte bieten mußte, — dieser Streik offenbarte nichts anderes als den miserablen Zustand der Organisation unter den Arbeitern. Der Streik ging von einer relativ kleinen Betriebsabteilung aus und brach an der vollständigen Uninformiertheit der anderen Abteilungen zusammen, obgleich die aktuelle Forderung der Arbeiter, von denen der Streik ausging, einen Punkt betraf, der für die Gesamtbelegschaft relevant war. Die Gewerkschaftler des Betriebsrats waren vollständig unvorbereitet und mußten z. T. telefonisch aus dem Bett gerufen werden. Während die Gewerkschaftsfunktionäre noch mit der Geschäftsleitung über die Streikforderung verhandelten, gelang es dem technischen Direktor, der sich persönlicher Beliebtheit unter den Arbeitern erfreut, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überreden, wobei ihm die Ressentiments der verschiedenen Abteilungen gegeneinander, vor allem die zwischen Akkordarbeitern und Zeitlohnarbeitern, zugute kamen. Die erhofften Kooperationsmöglichkeiten mit den vielbeschworenen unteren und mittleren Funktionärsgruppen der Gewerkschaften erwiesen sich als vorerst nicht gegeben. Es blieb die kleine Ausgangshoffnung, eine Handvoll Individuen, sowohl aus den unteren Funktionärsgruppen der Ge-

werkschaften wie auch Arbeiter, die bisher noch kein Amt bekleidet hatten, dabei zu unterstützen, eine — zunächst informelle — Organisiertheit unter den Arbeitern eines Betriebs und unter den erfahrensten und fähigsten Arbeitern aus den Betrieben einer Branche aufzubauen; eine Organisiertheit, die sich zunächst vor allem darin zu bewähren hätte, auf die Kommunikations- und Organisationsstrukturen der Gewerkschaften nicht mehr allein angewiesen zu sein.

Auf solch ein unentwickeltes Stadium zurückgeworfen, erlahmte ein wenig der Optimismus der „außerparlamentarischen" Opponenten, der im Sommer die schönsten Feldzugspläne produziert hatte. Mit dieser Ermutigung stockten aber nicht nur die Vorstellungen über die nächsten Schritte, sondern auch die schon gemachten Schritte gerieten dadurch in einen politischen Kontext, der sie nachträglich zu entwerten drohte. Am schwerwiegendsten erwies es sich jedoch, daß die Oppositionsbewegung, vor allem: daß der Berliner SDS die im Sommer entworfenen Strategiepläne in dieser Situation nicht der modifizierenden, revidierenden, der konkretisierenden Diskussion unterwarf, daß die einzelnen Arbeits- und Aktionsgruppen kommunikationslos an den Aufgaben weiterwurstelten, die sie sich im Sommer gesetzt hatten.

Die Kampagne „Enteignet Springer" beleuchtet exemplarisch die fatalen Rückwirkungen der steckenbleibenden „Offensive" auf alle schon erreichten Positionen. Unsere peinlich naiven Vorstellungen über den Eilmarsch „Enteignet Springer" sollten wir uns nochmals in Erinnerung rufen: Ende Oktober sollten die ersten universitären Großveranstaltungen stattfinden; dabei sollte ein umfassendes Aktionsprogramm zur Aufklärung der verschiedenen Bevölkerungsschichten über die Manipulationszentrale beschlossen werden; dieses Aktionsprogramm sollte durch funktionale Neubelebung des Kommitee-Wesens vom Juni erneut von einer, über sämtliche studentische Organisierungen hinausgehende Breite der Studenten bestimmt und durchgeführt werden; neben verschiedenen städtischen Großveranstaltungen sollten Schwerpunkte dieses Programms zunächst ein sozial wie topografisch gezielter Flugblattkrieg, in einer zweiten Phase eine Kampagne gegen die relevanteste Verdrehung der Woche in den Springerzeitungen, in einer dritten Phase die Etablierung von kleinsten schichten-, branchen- und topografisch-spezifischen Gegenzeitungen, die Entfaltung vielfältiger „Uröffentlichkeit" sein; erst dann, wir rechneten nevertheless mit Mitte Januar 1968, sollte das Springer-Tribunal die

Konzentration dieser dezentralisierten Kampagne in der Weise hervorbringen, daß es den Ausgangspunkt für verschiedene Verweigerungs- und Blockadeaktionen bieten sollte; aus diesen Aktionen sollten sich dann die Möglichkeiten für konzentrierte Massenaktionen und deren Offensivcharakter konkret entwickeln lassen; im Frühjahr 1968 sollte dieses Stadium erreicht sein.

Der tatsächliche Start der Kampagne „Enteignet Springer" ist inzwischen bekannt. Aus irgendwelchen Ecken quollen zunächst die dümmsten Ansteck-Knöpfe — sei es mit dem fatalen Slogan „Bild macht dumm", bei dem man den Verdacht nicht los wird, die Hauspsychologen des Springer-Konzerns hätten sich diesen Slogan ausgedacht, sei es jene schwarz-weißrote Zielscheibe, die die „außerparlamentarische Opposition" in sublim masochistischer Weise dort trägt, wo sie nach der „Sachlogik" von Kimme und Korn hingehört: auf dem Herzen. Aus Offenbach kamen Berge von Informationsmaterial, mit dem sich wenig anfangen läßt. In Westberlin produzierten musterschülerhafte Assistenten im Republikanischen Club einen Enteignungsplan, der die Voraussetzungen des Springer-Konzerns zu seinen eigenen machte: das institutionelle System unserer Gesellschaft, das die materielle Bedingung der politischen Passivität und damit Unmündigkeit der Massen ist, auf die erst Springer sein schein-plebiszitäres Liedchen pfeifen kann. Lediglich der studentische Arbeitskreis, der innerhalb der Kritischen Universität (KU) das Tribunal vorbereitete, brachte es in seiner analytischen Arbeit bis zu dem Punkt, von dem her genau anzugeben war, warum das Tribunal unter den bislang von der Kampagne „Enteignet Springer" geschaffenen politischen Bedingungen sinnlos ist; von dem her also die von dieser Kampagne zu schaffenden Bedingungen analysiert werden konnten. Diese Bedingungen lassen sich — verkürzt — in der Formulierung eines einzigen Zusammenhangs resumieren: daß die einzelnen Schichten der Arbeiter und Angestellten — genau wie die Studenten — sich erst dann am Kampf gegen den Springer-Konzern aktiv beteiligen werden, wenn ihnen die Springer-Produkte als unmittelbare Repressionsmittel gegen ihre sozialen und politischen Kämpfe (nicht Vorstellungen) entgegentreten. Die Kampagne „Enteignet Springer" bleibt also — wie alle Ein-Punkt-Bewegungen — relativ wirkungslos, solange sie nicht die gemeinsame Bewegung solcher gesellschaftlichen Gruppen ist, für die uns aus den konkreten Kampfanstrengungen in ihren sozialen Bereichen heraus ein *praktisches* Bedürfnis, eine Notwendigkeit ihrer Praxis ist, den Springer-Konzern zu zerschlagen. Als Ersatz für den Kampf

in den spezifischen sozialen Bereichen der einzelnen Schichten ist die Kampagne „Enteignet Springer" unbrauchbar.

Mit dieser Erkenntnis, die im Nachhinein wie eine Binsenwahrheit erscheinen mag, zerschlug sich — zumindest für die „antiautoritäre Bewegung" in Berlin — die wichtigste Hoffnung, die sich an die Springer-Enteignungs-Kampagne geknüpft hatte: diese Kampagne erwies sich als ungeeignet, die Isolation der Bewegung praktisch zu überwinden. Die Kampagne „Enteignet Springer" setzte, um diese Funktion erfüllen zu können, genau das voraus, was man durch sie zu erreichen hoffte: den Beginn eines gewerkschaftlich-politischen Kampfs relevanter Teile der Arbeiter und Angestellten, welcher Kampf nicht mehr an die institutionalisierten Verfahrensweisen der etablierten Arbeiter- und Angestellten-Organisationen fixiert wäre. Zwar hatte niemand aus dem Berliner „antiautoritären Lager" irgendwann ernsthaft eine Alternative konstruiert zwischen der mühevollen und kontinuierlich-systematisch zu betreibenden Aufbauarbeit neuer und zunächst informeller Organisationszusammenhänge unter den wichtigsten Fraktionen der Arbeiter- und Angestelltenschaft einerseits und andererseits den notwendig zunächst und lange noch expressionistischen[2] Massenaktionen derer, die schon zum „antiautoritären Lager" gehören. Als „irgendein", als „ein zu leistender", und zwar „in Praxis selbst zu leistender" war der Komplementärzusammenhang zwischen diesen beiden Praxisformen erkannt und anerkannt. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die seit dem 2. Juni betriebene Praxis fast ausschließlich die Praxis expressionistischer Massenaktionen blieb; wodurch diese Massenaktionen selbst nicht darüber hinauskamen, nur Reaktion zu sein (die Vietnamdemonstration vom 21. 10. 1967 ist die einzige Ausnahme), wenn sie nicht sogar, wie bei der Demonstration in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche am Silvesterabend oder wie bei der Demonstration vor

[2] Als expressionistisch versuche ich eine Praxisform zu kennzeichnen, die — wie in der gegenwärtigen politischen Situation gar nicht, es sei denn um den Preis des Quietismus, zu vermeiden — den schönen Grundsatz nicht als oberste Richtschnur anerkennt, daß „rational" allein die Handlung sei, die der Mittel-Zweck-Struktur folgt. Ansprüche politischer Vernunft, die ihre Einlösung in dämmriger Ferne haben, obwohl sie aus der Analyse der Gegenwart, vielfach sogar der Vergangenheit, als sofort, wenn eben nicht sogar: längst notwendig und möglich hervorgehen, — solche Ansprüche allein erst einmal *zum Ausdruck* zu bringen, entspricht nicht allein subjektiven Bedürfnissen derer, die diese Ansprüche erarbeiten. Die absurde Kluft zwischen diesen unmittelbar realisierbaren Ansprüchen und der Wirklichkeit ist zugleich die Bedingung dafür, daß die Herrschaftsinstitutionen notwendig in der Bekämpfung dieses Expressionismus die Widersprüche ihres Regiments bloßlegen.

den Türen des Juristen-Balls, zum Ausdruck des Zwangsverhaltens wurden, die „Verwandlung sublimer in manifeste Gewalt" mindestens alle 14 Tage einmal *erleben* zu müssen.

In dem Maße jedoch, wie die Massenaktionen, auch als expressionistische, sich nicht bestimmen konnten als strategische Momente, als Konzentrationsfunktionen vielfacher, durch systematisch betriebene Organisationsarbeit ermöglichter Auseinandersetzungen in den verschiedenen, zunächst schwerpunktmäßig ausgewählten Produktions- und Lebensbereichen der Gesellschaft, in dem Maße dienten sie nur dazu, den unversöhnten studentischen Widerspruch ohnmächtig immer wieder einer Gesellschaft unter die Nase zu reiben, die Geruchsideosynkrasien hat. Auch die aktive Teilnahme einzelner, ja sogar der wichtigsten Fraktionen der Arbeiter und Angestellten an diesen Massenaktionen, welche Teilnahme eben durch praktische Auseinandersetzungen dieser Fraktionen an ihren gesellschaftlichen Orten zustande käme, würde diese Massenaktionen noch längst nicht ihres Charakters entheben, nur Erinnerung und Anmeldung von Ansprüchen auf die Zukunft zu sein. Aber wenn es richtig ist, daß die Provokation solcher Massenaktionen durch Eier und Tomaten nur unterstrichen wird, daß die Provokation eben in der Demonstration von Widersprüchen und der von den Herrschenden längst zerschlagen geglaubten Bereitschaft liegt, diese Widersprüche revolutionär zu lösen, dann wäre die jetzt notwendige qualitative Eskalation solcher Provokation, daß sie den Herrschenden demonstrativ das Wiederaufflackern der Klassenkämpfe in der Produktionssphäre vor Augen führen kann. Wenn die westberliner Zeitungen es offenbar für nötig hielten, „die Berliner Bevölkerung" bereits im Januar 1968 auf zu erwartende „Störungen" der 1.-Mai-Feier vorzubereiten, dann kann es nicht schwer fallen zu bestimmen, worauf sich jetzt die politische Arbeit konzentrieren muß.

Umgekehrt wird die „außerparlamentarische Opposition", wenn sie diesen Eskalationschritt nicht vollbringt, für die herrschenden Institutionen zunehmend zu einem kalkulierbaren und dann auch zu einem „verwaltungstechnisch" bewältigbaren gesellschaftlichen Faktor. Die westberliner politischen Institutionen hatten bis zum Beginn der jüngsten Februar-Offensive demonstriert, wieviel sie gelernt haben. Spektakuläre, d. h. die Exekutive offenkundig ins Unrecht setzende Polizeieinsätze wurden durch „effektive" ersetzt (wie vor dem Moabiter Gericht am 27. November 1967). Die Wasserspiele auf dem Kurfürstendamm werden, das scheint

sogar die Polizei begriffen zu haben, von allein, an ihrem unpolitischen Charakter verenden (dennoch ist nicht auszuschließen, daß in Zukunft die Polizei dennoch wieder unangemessen darauf reagiert; aber die politische Aufklärungsarbeit, die an der Kritik solcher Polizeieinsätze dann vollbracht werden kann, fällt selbst im günstigsten Falle notwendig hinter den 2. Juni zurück). Während dessen arbeitete die Justiz die Demonstrationen, schön in Individualdelikte und Ordnungswidrigkeiten zerlegt, auf und demonstrierte den sowohl ordinären, also der Öffentlichkeitsarbeit wenig dienlichen, als auch langen Atem der Staatsbürokratie.

Zudem zeigte sich im Januar 1968 bereits, daß die politischen Institutionen dann, wenn die „außerparlamentarische Opposition" auf ihrem bisherigen Standard verharrt, getrost abwarten könnten, daß entweder die Oppositionsbewegung in sich selbst zusammenbricht oder aber die Anlässe produziert, an denen die politischen Institutionen die Zerschlagung der Bewegung widerspruchslos als demokratisch legitimieren können. Die Kampagne „Enteignet Springer" könnte zum Vehikel dieses Zusammenbruchs werden, wenn sie ungeachtet dessen, daß ihre entscheidenden politischen Bedingungen nicht erarbeitet sind, auf ein technisches Offensiv-Niveau eskaliert wird, das dann nur die Zerschlagung der „außerparlamentarischen Opposition", und zwar ohne Aufarbeitungsmöglichkeiten wie nach dem 2. Juni, einleitet. Die Steine gegen die Filialfenster Springers, die unter anderen politischen, klassenkämpferischen Bedingungen funktionale Momente der Auseinandersetzung sein könnten (falls sie dann nicht entbehrlich wären), hätten in der konkreten Situation Ende Januar nur zur Auflösung der „außerparlamentarischen Opposition" beigetragen, wäre uns nicht Innensenator Neubauer mit seiner plumpen Offensive zu Hilfe gekommen. Das Ultimatum an Springer, sich innerhalb von 14 Tagen selbst zu enteignen, kennzeichnete die „Avantgarde"-Fähigkeit studentischer Gruppen, angesichts derer es ein Glück wäre, wenn sie lediglich resignativen Rückzug der „Antiautoritären" und nicht auch noch ihre Aggression gegen diese „Avantgarde" bewirkt. Es war wohl Ausdruck davon, daß die „außerparlamentarische Opposition" die politische Offensive in den verschiedenen Sektionen der Produktionssphäre bisher nicht aufzunehmen vermochte, wenn im Dezember und Januar in Westberlin zusehends Tendenzen innerhalb der Oppositionsbewegung die Oberhand gewannen, die aus der gefühlten Notwendigkeit, diese Offensive zu führen, und aus der Unfähigkeit, die Bedingungen dafür zu erarbeiten, eine „Synthese" hervorbrachten, die da direkter Angriff auf einzelne Objekte, wie etwa eine amerikanische Kaserne, heißt, als würde die Beschießung

des Winterpalasts als Wirkung ihre eigene Ursache hervorzaubern können: das revolutionäre Petrograder Proletariat.

Die städtische Administration, die erleichtert wahrgenommen hatte, daß es sich bei der Oppositionsbewegung gottseidank doch nur um Studenten und Schüler handelt, ging im Herbst mit Behutsamkeit an den universitären Feldzug. Ende September dämpfte sie die Professoren, die —aus den Löchern, in die sie sich nach dem 2. Juni verkrochen hatten, in den gesegneten Ferienmonaten sich hervorwagend — die KU verbieten wollten. (Dem Versuch, dies Verbot „wissenschaftlich" zu begründen, ist das Knauer-Borinski-Gutachten zu danken, dessen Dokumentarwert für den verkommenen Charakter universitärer Wissenschaften kaum überschätzt werden kann.) Die städtische Administration, aber auch eine Fraktion der Professoren, begriff, daß dies Verbot nicht nur der KU einen glänzenden Start verschaffen, sondern auch erneut die gefürchtete „künstliche Solidarisierung" unter den Studenten hervorbringen würde. Mit der Gründungsversammlung der KU versiegte jedoch einstweilen die universitäre Offensive der Studenten. Zwar gingen die Urabstimmung zur KU und die Wahlen zum Studentenparlament an FU und TU günstig aus, schien das Lager der studentischen Rebellen an der Hochschule konsolidiert. Dennoch wirkte die Stagnation der städtischen Politik auf die universitären Auseinandersetzungen zurück. Dies zeigte sich zunächst an der KU selbst.

Die Studenten traten von Anfang an mit unterschiedlichen Interessen an die KU heran: für die einen sollte sie Gelegenheit bieten, sich zusätzlich und neben dem Fachstudium mit „kritischer Theorie" beschäftigen zu können; in welcher Funktion sie gerade jene Schizophrenie reproduziert, in der tatsächliche gesellschaftliche Tätigkeit (Facharbeit) und private Beschäftigung mit dem „Bereich des Gesellschaftlichen" („kritische Theorie") widerspruchsvoll-widerspruchsfrei nebeneinander vollbracht werden. Für andere sollte die KU befreites wissenschaftliches Stützpunktgebiet sein, von dem aus vorbereitete Attacken in die feindlichen Gebiete der konterrevolutionären universitären Wissenschaften sollten vorgetragen werden; in welcher Funktion die Praxisdimension der KU universitär fixiert bleibt. Die Funktion jedoch, die unmittelbar nach dem 2. Juni im Mittelpunkt der Interessen stand — die KU als theoretisches Zentrum der radikaldemokratisch-sozialistischen Praxis der rebellierenden Intelligenz —, blieb ein uneingelöster theoretischer Anspruch an die KU. Dabei ist es of-

fenkundig, daß nur der praktisch-politische Charakter der Theorie die KU davor bewahren könnte, nicht ihrerseits Instrument zur folgenlosen Absorption kritischer Energie zu werden, nicht ihrerseits dazu beizutragen, daß nach wie vor die Widersprüche in der Theorie als nur theoretisch aufgefaßt und damit ihre Lösungen allein im Gedanken, anstatt in der Wirklichkeit erkämpft werden. Den politisch-praktischen Charakter ihrer Theorie konnte die KU jedoch unmöglich aus sich selbst nehmen; sie hatte dazu vielmehr ihre theoretische Arbeit in den konkreten Kämpfen der „antiautoritären Bewegung" zu bestimmen. Dies hatte jedoch zur Voraussetzung, daß diese „konkreten Kämpfe" mehr als strategielose Scharmützel wären. Einer der vorgesehenen praktischen Zentrierungspunkte der KU-Arbeit sollte in ihrer Arbeit innerhalb der Kampagne „Enteignet Springer" liegen. In dem Maße, wie diese Kampagne — wie dargelegt — stagnierte, in dem Maße verlagerte sich der Schwerpunkt der KU-Arbeit auf jene schizophrene „kritische Theorie" und jene universitären Befreiungskriege. Deutlicherer Ausdruck davon, wie die stagnierende städtische Politik auf die universitären Auseinandersetzungen zurückwirkt, waren die Auseinandersetzungen um das Grundstudium an der Philosophischen Fakultät der FU im Januar 1968. Durch die Professoren in fruchtlosen Diskussionen darüber belehrt, daß Änderungen des Grundstudiums von den einzelnen Lehrveranstaltungen, d. h. von den einzelnen Dozenten auszugehen hätten, gingen die studentischen Institutsvertreter des Romanischen Seminars dazu über, nach guter Agitationsarbeit unter den Studenten von ausgebildeten Studenten in den Lehrveranstaltungen Diskussionen über das Grundstudium fordern bzw. beginnen zu lassen. Resultat dessen war die Schließung des Romanischen Seminars für eine Woche. Wesentlich schlechter vorbereitet, versuchte die Studentenvertretung der Philosophischen Fakultät bzw. der ASTA, mit Vollversammlungen der Philosophischen Fakultät bzw. aller Fakultäten in dieser Auseinandersetzung zu intervenieren. Nicht mehr als etwa 800 Studenten nahmen an diesen Vollversammlungen von Anfang bis Ende teil; etwa 600 weitere Studenten fanden sich jeweils zum Anfang der Vollversammlung ein und gingen wieder, als sie merkten, daß die „temporäre Führung" nur die „bewährten" Auseinandersetzungsmethoden vorzuschlagen hatte. Offenbar begriffen diese Studenten, daß mit diesen Methoden aktuell nichts auszurichten war: selbst als später von einigen Teilnehmern der Vollversammlung die Tür zu einem Vorzimmer des Sitzungsraums der Philosophischen Fakultät eingedrückt wurde, hatten die Studenten damit ja tatsächlich nicht mehr erreicht, als daß sie die Professoren an der routinemäßigen Erledigung des Problems für einen Nachmittag gehindert hatten.

Nicht einmal eine „Selbstaufklärung" der Beteiligten ließ sich an dieser Aktion festmachen: nicht, daß man Aktionen, die auch Gegengewalt einbegreifen, durchführen müsse, war ihr Problem, sondern die Frage nach der Effektivität solcher Aktionen. 14 Tage vor Semesterschluß konnten es sich die Professoren, nicht aber die Studenten leisten, daß die Auseinandersetzung eventuell zur Schließung der Universität oder einiger Fakultäten führen würde. Das damit verbundene Ausfallen der Prüfungen und Klausuren, die unter gegenwärtigen Studienbedingungen ja die Entscheidung darüber darstellen, ob das ganze Semester vergebens war oder nicht, dies Ausfallen würde ja nur von einer Studentenschaft in Kauf genommen werden, die eine Vorstellung über den Effekt solcher Auseinandersetzungen hätte. Das Rektorat demonstrierte in dieser Situation sehr deutlich, wie wenig die Ordinarien bereit seien, die Studenten in dieser Auseinandersetzung auch nur einen Erfolg erringen zu lassen. Es ließ zum Termin der nächsten, gleichzeitig mit einer Sitzung des Akademischen Senats anberaumten Vollversammlung das Hauptgebäude der Universität schließen und Polizeibataillone auf dem Campus in Stellung gehen. Diese Maßnahme war Teil der Februar-Offensive des Innensenators Neubauer, der noch vor dem Springer-Hearing und vor allem noch vor dem Vietnam-Kongreß die Entscheidungsschlacht mit der „außerparlamentarischen Opposition" herbeiführen wollte. Nach dem Vietnam-Kongreß, nachdem die Offensive des Berliner Senats vollständig gescheitert war, fand man auch in der FU keine Professoren mehr, die den entschlossenen und starken Mann spielen wollten. In dieser Schwächesituation des Berliner Senats setzten vielmehr von sich aus die Professoren der Philosophischen Fakultät das bisherige Grundstudium formell außer Kraft, wofür die Studenten monatelang vergebens gekämpft und vergebens eine Tür eingedrückt hatten.

Es ist der „besonderen Situation Berlins", nicht der politischen Kraft der „außerparlamentarischen Opposition" zu danken, daß allein die Veranstaltung eines Springer-Hearings und eines internationalen Vietnam-Kongresses in Westberlin ausreichten, den Senat Schütz zu einer dilletantischen Offensive zu verleiten, in die er sein gesamtes Prestige investierte. Die Amerikareise des Regierenden Bürgermeisters Schütz offenbarte endgültig, daß der Versuch, durch demonstrative Diplomatie die lebensnotwendigen Investitionen nach Westberlin zu bringen, gescheitert war. Wie das Haupt einer korrupten Kompradorenregierung eines Landes der Dritten Welt hatte Schütz die Kapitalisten in den westlichen Metropolen zu überzeugen versucht, wie biereifrig sein Senat jede Ausbeutung der

Berliner Arbeiter in jeder erdenklichen Form unterstützen würde. Er hatte damit lediglich erreicht, in New-Orleans die Statue eines Berliner Bären enthüllen zu dürfen. Unterdes zeigten die demoskopischen Befragungen, daß Senat und SPD an Zustimmung in der westberliner Bevölkerung verloren. Der Senat Schütz zog daraus den Schluß, daß ihm nur die Zerschlagung der „außerparlamentarischen Opposition" das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen könnte (ein Schluß, der abenteuerlich anmutet angesichts der Tatsache, daß im Dezember 1967 bereits 21% der Bevölkerung die Anliegen der studentischen Opposition als „im Grunde genommen verständlich" bezeichneten und nur noch 35%, vorwiegend aus den Jahrgängen über 50, das Verhalten der Studenten „in jedem Fall zu verurteilen" fanden.) Die Rückkehr Schütz' aus den USA und die Steinwürfe gegen die Scheiben der Springer-Filialen, die Senat wie Springer-Presse vollkommen zu Recht als Zeichen der aktuellen Schwäche der „außerparlamentarischen Opposition" werteten, fielen zeitlich zusammen. Schütz und Neubauer hielten deswegen den Zeitpunkt für gekommen, einen funktionierenden 2. Juni zu veranstalten. Wie sie dabei gescheitert sind, ist aus der Presse bekannt; in der westberliner SPD wird nur noch der Zeitpunkt kalkuliert, wann man den Senat Schütz ablösen kann ohne den Eindruck zu erwecken, als sei dies ein Erfolg der „außerparlamentarischen Opposition".

Die Abwehr dieser Senatsoffensive, die die zersplitterten, kaum miteinander kommunizierenden, geschweige denn systematisch miteinander diskutierenden Aktions- und Projektgruppierungen der Berliner SDS zur Kooperation zwang, legte das Fundament für die Auseinandersetzung im Berliner Verband, in der er seine blinde Arbeitsteilung zu überwinden beginnt; in der er zu erkennen beginnt, daß im blinden Pluralismus seiner bisherigen Aktivitäten die entscheidenden Momente bereits entwickelt sind, die eine bewußte, vom Verband konzipierte und durchgeführte Praxis für das Sommerhalbjahr möglich machen können. Die Manöverkritik im Anschluß an den Vietnam-Kongreß blieb nicht an den vielen bemängelswerten technischen Details des Kongresses hängen, sondern stellte die Frage nach den zu erarbeitenden politischen Bedingungen, die die praktische internationale Solidarität, die der Kongreß deklamatorisch ankündigte, ermöglichen würden. Dabei gingen die politischen Überlegungen endlich systematisch darüber hinaus, die eigene politische Stärke und die zu gewinnende politische Stärke abstrakt quantitativ zu kalkulieren; die Vorstellung von der abstrakten Verbreiterung „des Lagers" und damit von einer immanenten, in der puren „Vervielfältigung" und „Verschärfung"

der bisherigen Praxis vollbringbaren „Transformation" des politischen Charakters der „antiautoritären Bewegung" wurde im Ansatz überwunden. Diese „Transformation" und die entsprechende „organisatorische Wendung" werden darin vollbracht werden, so wurde es bei dieser Manöverkritik deutlich, daß der Landesverband die Funktionen genau zu definieren vermag, die zur Entfesselung und Unterstützung der sozialen und politischen Kämpfe in der Produktions- und Lebenssphäre der Arbeiter und Angestellten das „antiautoritäre Lager" in seiner konkreten klassensoziologischen Zusammensetzung erfüllen kann, also unter genauer Berücksichtigung der subjektiven Bedürfnisse der „Antiautoritären" und ihrer Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zu den verschiedenen Praxis- und Aktionsformen.

Ernest Mandel

Rede auf dem Vietnam-Kongreß Berlin 18. 2. 1968

Die Aggression des amerikanischen Imperialismus und die weltweite konterrevolutionäre Rolle Washingtons ist kein geschichtlicher Zufall. Sie ist nicht das Ergebnis einer ethnischen Besonderheit des amerikanischen Volkes. Sie ist das logische und unvermeidliche Ergebnis des Prozesses der internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Dieser Prozeß führt zu einer Polarisierung der Kräfte auf weltweiter Ebene, auf der der amerikanische Imperialismus notwendig die globalen Interessen der stärksten, konsequentesten und aggressivsten Strömung des Kapitals als solchem zum Ausdruck bringt.

Die internationale Kapitalkonzentration hat mit Hilfe zweier Weltkriege dem amerikanischen Imperialismus eine ungeheure Vormachtstellung innerhalb des kapitalistischen Welt-Lagers gegeben. Der technologische Vorsprung der USA auf dem Gebiet der Atomwaffen ist vom militärischen und politischen Standpunkt aus gesehen weit einflußreicher als die ökonomische und industrielle Vormachtstellung, welche heute, nach dem vollendeten Wiederaufbau des westeuropäischen und japanischen Imperialismus eher relativ als absolut ist. Aber diese militärische Vormachtstellung, — unterhalten durch beinahe 320 Milliarden DM Militärausgaben jährlich —, schafft einen Ausfall von technologischer Innovation, der den Vorsprung des amerikanischen Imperialismus auf dem Gebiet der Industrie innerhalb der internationalen kapitalistischen Konkurrenz noch erhöht.

Diese Vormachtstellung des amerikanischen Imperialismus in der kapitalistischen Welt aber hat in wachsendem Maße die Handlungsfreiheit der USA eingeengt; und aus dieser Situation müssen wir die Schlußfolgerungen ziehen, die erklären können, warum es heute zum Vietnam-Krieg gekommen ist und warum der amerikanische Imperialismus die Rolle des internationalen Gendarms des Kapitals und der Konterrevolution spielen muß:

1. Die ungeheure Expansion der Produktivkräfte, der sich der amerikanische Imperialismus während der letzten 20 Jahre erfreute und die das Ergebnis des Prozesses der internationalen Kapitalkonzentration war, hat der vorher bestehenden Autarkie der USA-Wirtschaft in bezug auf wichtige Rohstoffe ein Ende gesetzt. Die USA sind heute in zunehmendem Maße bei zwei der wichtigsten Rohstoffe von ausländischen Quellen abhängig: Eisenerz und Erdöl. Dies zwingt den US-Imperialismus, die materielle Kontrolle über die großen Eisenerz- und Erdölreserven in Lateinamerika mit allen Mitteln zu sichern. Und dies ist eine der beiden Hauptursachen der globalen Expansion des amerikanischen Imperialismus.

2. Das Wachstum der Akkumulation von Kapital in den USA hat es unmöglich gemacht, unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus die enormen Mengen an neuem Kapital in profitbringender Weise innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten zu verwerten. Dieses Surpluskapital zwingt den amerikanischen Imperialismus, Kapital in wachsendem Umfang zu exportieren. Die Gesamthöhe privater Kapitalinvestitionen amerikanischer „corporations" im Ausland ist von 7,5 Milliarden Dollars am Ende des 2. Weltkrieges auf mehr als 45 Milliarden Dollars heute angestiegen. Dieses Hinausfließen von Kapital kann nur erklärt werden durch die größeren Profite, die das amerikanische Kapital im Ausland erzielt — größere Profite im Vergleich zu den Investitionsprofiten in den USA selbst. Zwischen den Jahren 1945 und 1955 ist der Anteil der im Ausland errichteten Filialen an der gesamten Geschäftssumme der amerikanischen verarbeitendene Industrie von 10 auf 15% gewachsen. Zwischen den Jahren 1955 und 1965 ist er weiterhin von 15 auf 20% gewachsen. Noch klarer wird das Bild, wenn wir beobachten, daß eine wachsende Zahl von USA-corporations jetzt die Hälfte, fast die Hälfte oder mehr als die Hälfte ihrer Profite durch Geschäftsoperationen im Ausland erzielen. Ein neuer Begriff — derjenige der multinational-corporations — wurde geprägt, um diese Wandlung zum Ausdruck zu bringen.

Diese wachsende Kapitalmenge kann nur im Ausland verwertet werden, wenn in der Welt genügend Raum für den amerikanischen Imperialismus freisteht, um dort freie Unternehmen zu schaffen. Anfänglich versuchte der USA-Imperialismus vor allem in Westeuropa, die Legende zu verbreiten, er verteidige die demokratischen Freiheiten und das Recht zur Selbstbestimmung durch freie Wahlen. Aber wie naiv muß man heute sein, um noch an diese Legende zu glauben, wenn man sieht, daß

die Welt des freien Unternehmens, die die Imperialisten um jeden Preis verteidigen wollen, die Welt von Diem und Ky ist, die Welt von General Patakos und von Marschall Costello Branco, die Welt unzähliger Diktaturen und Militärverschwörungen, die demokratisch gewählte Regierungen in Guatemala und Brasilien beseitigen, die freie Wahlen in Santo Domingo und Griechenland verhindern, die freie Gewerkschaften und Arbeiterparteien in Argentinien und Indonesien zerschlagen, und dies auch um den Preis eines Blutbades von 500 000 Toten wie dies in Indonesien der Fall war. Wenn sie demnach von der freien Welt sprechen, meinen sie lediglich die Welt, wo die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung noch besteht. Um diese Freiheit zu sichern, haben sie die Welt mit 1400 militärischen Luft-, See- und Landstützpunkten überzogen und sind sie bereit, dafür jede menschliche Freiheit zu zerstören. Überall da, wo revolutionäre Bewegungen sich bilden und ihren Befreiungskampf beginnen, ist der amerikanische Imperialismus heute bereit, sein ganzes militärisches Gewicht dafür einzusetzen, um diese zu zerschlagen. Denn die Erfahrung der kubanischen Revolution hat ihn gelehrt, daß diese Bewegungen dazu neigen, in sozialistische Revolutionen hinüber zu wachsen. Das Ziel dieser Aggressionen ist deutlich. Es ist das der Erpressung und des Zwangs auf andere Völker der Welt, diesem Beispiel nicht zu folgen. Das ist der rationale Sinn und das ist die Erklärung des Krieges in Vietnam: die Warnung an alle Völker der Welt, wenn sie es wagen sollten, für ihre nationale und gesellchaftliche Emanzipation zu kämpfen, werden sie dafür durch unzählige Ruinen und Tote bezahlen müssen, wie in Vietnam. Aber das Beispiel Guatemalas, das Beispiel Columbiens, das Beispiel Venezuelas und das Beispiel Boliviens hat uns gezeigt, daß die Völker diese Herausforderung annehmen und daß sie sich der imperialistischen Erpressung nicht ergeben. Der Imperialismus hat erklärt, daß er seinen Krieg in Vietnam führt als Abschreckung gegen Guerilla-Kämpfe. Aber das bisherige Ergebnis dieses Krieges in Vietnam ist die Ausdehnung des Guerillakampfes nach Thailand, Burma, nach Indonesien. Man muß die Hölle kennen, in der die Völker der 3. Welt leben, um zu verstehen, daß keine Drohungen mit Gewalt auf die Dauer diese Völker daran hindern können, für ihre Emanzipation zu kämpfen.

Eine doppelte Folgerung muß aus dieser Analyse gezogen werden. *Erstens,* daß es unmöglich ist, die Welt aus den Klauen des Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus zu befreien, wenn die Wurzeln des Imperialismus nicht ausgerottet werden, wenn die Befreiungs-

bewegung nicht ununterbrochen weitergeführt wird, um eine sozialistische Revolution zu erringen. Wie es der Genosse Che Guevara gesagt hat: Die Revolution überall wird sozialistisch sein, oder sie wird letzten Endes nicht sein.

Zweite Schlußfolgerung: Es ist heute unmöglich, die Welt vom imperialistischen Verbrechen zu befreien, solange der Kapitalismus nicht auch in den Metropolen selbst gestürzt ist. Und wir haben heute konkret die Wege und Mittel zu untersuchen, durch die das wachsende anti-imperialistische Bewußtsein immer breiterer Massen in den imperialistischen Ländern selbst in ein antikapitalistisches Bewußtsein zuerst und in eine breite antikapitalistische revolutionäre Massenbewegung danach integriert werden kann.

Eine zentrale, unmittelbare Aufgabe in diesem Zusammenhang ist eine allgemeine einheitliche Aktion gegen die NATO in Europa. Die NATO ist nicht nur eine Allianz, die den USA-Imperialismus unterstützt und seine Bollwerke in vielen Ländern unterhält. Sie ist nicht nur eine Institution, die direkt und indirekt amerikanische konterrevolutionäre Aggressionskriege in vielen Teilen der Welt — vor allem den schmutzigen Krieg in Vietnam — unterstützt. Sie ist auch und vor allem eine Institution, die das kapitalistische System der Ausbeutung in Westeuropa selbst zu schützen hat — auch um den Preis der Vernichtung der letzten demokratischen Freiheiten. Was das heute konkret bedeutet, wurde in finsterer Weise in Griechenland illustriert, wo die demokratischen Freiheiten der Massen zerstört wurden auf der Basis des im Rahmen der NATO ausgearbeiteten *Prometheus-Plans*. Was das konkret bedeutet, wurde in Italien bewiesen, wo wir heute wissen, daß das sogenannte SIFAR-Projekt der Verhaftung und Deportation aller Führer der Arbeiterklasse und demokratischer Organisationen 1964 an dem Punkt war, in die Tat umgesetzt zu werden. Und wir wissen heute ebenfalls, daß die amerikanische militärische Führung zehn westeuropäischen Staaten, die NATO-Mitglieder sind, einen Entwurf eines Vertrages vorgelegt hat, der den amerikanischen Militärs das Recht verleiht, in Fällen von Streiks, Demonstrationen und Massenaufständen direkt zu intervenieren, wann immer — wie es in dem Vertragsprojekt heißt — diese Regierungen sich als unfähig erweisen würden, die sogenannte Sicherheit der USA-Truppen zu garantieren. Es ist notwendig, den Kampf gegen die NATO im breitest möglichen Rahmen zu organisieren, die Gewerkschaftsorganisationen mit einzubeziehen, die Arbeiterklasse und demokratische Organisationen und die breitest möglichen Massen dafür zu

mobilisieren. Es ist notwendig, alle Zwischenfälle, die der USA-Imperialismus selbst produziert, wie das vor kurzem in Dänemark der Fall war, als bekannt wurde, daß amerikanische Flugzeuge mit Kernwaffen über Grönland zirkulieren und einmal in einem Unfall diese Kernwaffen auch abgeworfen haben, auszunützen, um diese breite Agitationsbasis zu erreichen. Es ist jedoch notwendig, diese Agitation in einer solchen Form zu führen, daß nicht die geringste Konzession gemacht wird an die jeweiligen einheimischen kapitalistischen Kreise, die aus Konkurrenzgründen ebenfalls einen antiamerikanischen Ton einschlagen. Die revolutionäre Bewegung hat nichts gemeinsam mit dem sogenannten Antiamerikanismus von General de Gaulle, von einem Servan-Schreiber oder von der NPD. Und jede Aufgabe der Selbständigkeit der revolutionären Arbeiter- und Studentenbewegung auf diesem Gebiet, würde sehr schnell nicht nur zur Entmannung und Paralyse dieser revolutionären Bewegung führen, sondern sie zwingen, die Tagesinteressen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften auf dem Altar der Profitgier der eigenen Kapitalisten zu opfern.

Wie man konkret den Kampf gegen die NATO, gegen die eigene bürgerliche Unterdrückungsmaschine mit dem Kampf für die Unterstützung und den Sieg der vietnamesischen Revolution verbinden kann, das haben uns in eindringlicher Weise die Hafenarbeiter Australiens, die Gewerkschaften Japans gezeigt, die Arbeiterstreiks organisiert haben gegen USA-Truppen und Munitionstransporte. Der antiimperialistische Kampf findet heute in den imperialistischen Metropolen in einer ganzen Reihe von Ländern seine Vorhut in radikalen Jugend- und Studentenbewegungen. Die objektiven Wurzeln dieser Tatsache wurde durch die italienische Genossin der PSIUP-Jugend, die hier vor mir gesprochen hat, bereits eingehend untersucht. Sie hängen zusammen mit einer weltweiten Bewegung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, mit der technologischen Revolution, mit den Veränderungen der Reproduktionsbedingungen der intellektuellen Arbeitskraft, mit dem Aufbegehren einer breiteren und sozial anders geschichteten Studentenmasse gegen die autoritären Universitäten und Schulen. Auf diesem Gebiet haben wir ähnliche Parallelentwicklungen erlebt in so auseinanderliegenden Ländern wie Japan und Spanien, wie der BRD und den katholischen Ländern, wie dem flämischen Teil Belgiens und Italien. Die Westberliner Studenten haben ein schönes Blatt geschrieben in dieser Geschichte der neu auflebenden radikalen Jugendbewegung. Dieses Blatt hat viele Lehren gegeben an die Studenten in anderen westeuropäischen Ländern.

Aber ihrerseits können heute die Westberliner Studenten einige technisch praktische und politische Lehren ziehen aus der Verbindung des Studenten- und Arbeiterkampfs in verschiedenen Ländern der Welt. Einige technische Lehren — ich weiß nicht ob Ihr die Fotos der Zengakuren Studenten gesehen habt, als sie gegen die amerikanische „Enterprise" mit ihren Motorrollerhelmen und mit ihren Stöcken in den Händen marschierten, und anderen Abwehrmitteln gegen die Repression der Polizei. Ich kann Euch nur sagen, daß diesen Bildern, die in den Illustrierten und in den Wochenschauen gebracht wurden, bereits vergangene Woche in Paris durch Pariser radikale Jugendliche gefolgt wurde, und es ist ein guter Ratschlag, den ich auch den Westberliner Studenten geben möchte. Die politische Lehre wurde bereits vom Genossen Dutschke wie einer Reihe von anderen Rednern in der Formel zusammengefaßt: Verbindung und Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten auch auf elementarster Basis. Wir haben vor einigen Wochen erlebt, wie in einer französischen Provinzstadt 24 Stunden lang der Belagerungszustand herrschte, weil die Studenten auf die Straße gegangen sind, um einen Streik von 4000 Arbeitern zu unterstützen und gegen ein Demonstrationsverbot 20 000 Leute auf die Straße brachten, wo es zum Anfang von Barrikadenbauen gekommen ist. Aber darüber hat die Springerpresse dem Berliner Publikum nicht zufällig keine Einzelheiten mitgeteilt. Politische Lehren über Zusammenarbeit der Studenten- und Arbeiterbewegung nicht nur auf dem Gebiet der unmittelbaren Forderungen: In Großbritannien gibt es seit zwei, drei Jahren eine wachsende Bewegung unter der Losung der Arbeiterproduktionskontrolle, der Vorbereitung der Produktionsübernahme mittels der Kontrolle durch die Produzenten. Wir haben gesehen, wie im vergangenen Jahr, und dieses Jahr wird die Erweiterung dieser Erfahrung bringen, neben diesen Gremien der workers control auch Gremien von student power, auch Gremien zur Kontrolle der Universität durch die Studenten als gleichzeitige Parallelbewegung zur Kontrolle über die Betriebe durch die Arbeiter errichtet werden und in gemeinsamer Aussprache die gemeinsame Strategie zum gemeinsamen Ziel ausgearbeitet wird.

Genossinnen und Genossen! Der Spuk der endgültig gesättigten Wohlstandsgesellschaft, die freiheitlich durch die Führenden manipuliert werden könnte, dieser Spuk ist dabei, sich aufzulösen. Die Rezession, die es jetzt seit anderthalb Jahren in Westeuropa gegeben hat, hat diesen Spuk zerschlagen und der alte Marx hat schon vor einem Jahrhundert geschrieben, daß vor jeder Wirtschaftskrise die Kapitalisten immer erklären, daß

es diesmal ausnahmsweise nicht zu einer Krise kommen wird, und wenn die Krise schon einmal da ist, die Schuld diesen oder jenen Nebenerscheinungen geben: Geld, Kredit und ähnliche Detailfragen, um zu erklären, wieso es wiederum doch zur Krise gekommen ist. Man hat uns 15 Jahre lang in Westeuropa weis machen wollen, daß die „soziale Marktwirtschaft" und daß der Neokapitalismus jetzt endlich das Mysterium und das Geheimnis gefunden hatten, um Krisen auszuschalten. Wir wissen, daß es in den letzten anderthalb Jahren 3 Millionen Erwerbslose in Westeuropa gegeben hat. Man kann die Wirtschaftskrise Rezession nennen — eine Wirtschaftskrise ist sie und sie beweist, daß die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems nicht überwunden wurden und nicht überwunden werden können. Und jetzt, wo sich dieser Spuk langsam aufhebt, und jetzt, wo sich wiederum antikapitalistisches Bewußtsein in breiteren Massen von Arbeitern, Schülern, Studenten ausbreiten kann, müssen wir wiederum mit der elementaren Aufgabe anfangen, zu versuchen, an all den Bruch- und Krisenpunkten der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzuknüpfen, um dieses Bewußtsein auszubreiten, in Aktionen zu verwandeln und langsam aber sicher auszurichten auf das einzig mögliche Ziel, die revolutionäre Machteroberung durch die Werktätigen, die Verbindung von Arbeitern, Angestellten, technischer Intelligenz und Studenten. Denn eins haben wir in den anderen westeuropäischen Ländern in den letzten 15 Jahren gelernt, dort wo es im Gegensatz zu der BRD bereits zu großen Massenbewegungen gekommen war: Diese Massenbewegungen können sich ausdehnen, können von rein trade-unionistischen Streiks zu politischen Generalstreiks wachsen, sie können unmittelbar politische Krisenherde werden für die bürgerliche Gesellschaft, wenn sie den qualitativen Sprung zur revolutionären Machteroberung machen. Werden sie zurückgeschlagen, dann wird der Gegner die durch die Werktätigen verpaßte Chance benutzen, um seinerseits einen Vorstoß zu wagen. Das Beispiel Griechenlands, wo 1964 und 1965 die Massen einen unerhörten Aufschwung erlebten und wo kaum drei Jahre später bereits eine Militärdiktatur errichtet wurde, ist auf diesem Gebiet eine sehr ernste Warnung. Antikapitalistisches Bewußtsein und antikapitalistischer Kampf können anknüpfen an den Konjunkturkrisen, an dem Kampf um den Arbeitsplatz, an dem Kampf um die Kürzung der Arbeitszeit, an Strukturkrisen wie an der Ruhr und in zurückgehenden, zum Abgleiten verurteilten Industriezweigen. Er kann auch ansetzen an einer grundlegenden Kritik am kapitalistischen Konsumpaket, an der Forderung nach freien Schulen, Studentenlohn, nach Ausbau der Universitäten, die jedermann zugänglich werden; auf einen völlig kostenlosen Gesund-

heitsdienst, auf eine Ausbreitung des Kollektivkonsums und der Sozialleistungen auf Kosten der Militärausgaben und der Ausgaben für einen parasitären Staatsapparat. Antikapitalistisches Bewußtsein und antikapitalistischer Kampf müssen aber ebenfalls anknüpfen an dem, was noch immer das entscheidende Kennzeichen der kapitalistischen Herrschaftsbedingungen bleibt: nämlich der Unfreiheit des Arbeiters und Angestellten an dem Arbeitsplatz selbst, seiner grundlegenden Entfremdung und Verdinglichung im Arbeitsprozeß. Letztenendes gibt es da, wie ebenfalls die italienische Genossin gesagt hat, eine unerhörte Masse an Konfliktstoff, der gesichtet, analysiert, geordnet und zu Agitationszwecken gebraucht werden muß. Man hat in englischen Streikstatistiken nachgelesen, daß über die Hälfte der in Groß-Britannien in den letzten drei Jahren stattgefundenen Streiks weder um Lohnfragen noch um Arbeitszeitfragen, sondern um diese zentrale Frage der Arbeiterrechte und der Kontrolle über den Arbeitsplatz und über die Produktionsmittel sich drehten. Auch in der BRD fehlten die Ansatzpunkte dazu nicht und es wäre eine bedeutende Aufgabe für junge Studenten und junge Intellektuelle, für junge Wissenschaftler, die wirklich mit der Arbeiterklasse verbunden sind, in die Betriebe zu gehen, diese Probleme eingehend zu studieren und davon ausgehend ein konkretes Aktionsprogramm zu entwickeln, das die kapitalistische Ausbeutung in den Betrieben unmittelbar in Frage stellt.

Genossinnen und Genossen! Der antiimperialistische Kampf der Völker der dritten Welt, die um ihre Befreiung ringen, die Solidarität mit diesem antiimperialistischen Kampf und der antikapitalistische Kampf der arbeitenden und werktätigen Massen in den imperialistischen Hochburgen müssen zu einem einheitlichen Kampf gegen das Weltkapital zusammengeschweißt werden. Das ist keine einfache Angelegenheit, das kann nicht mit Worten, Programmen und Proklamationen geschehen, das kann nur in der Praxis und in der Tat geschehen und in demselben Sinne würde ich sagen, die weltweite, revolutionäre Einheitsfront für die Unterstützung und den Sieg der vietnamesischen Revolution kann auch nur in der Praxis geboren werden. Alle Organisationen, die bereit sind, alle Regierungen, die bereit sind, wie die Regierungen der sozialistischen Staaten, an einer solchen revolutionären Einheitsfront teilzunehmen, werden ganz bestimmt von niemandem abgewiesen werden. Aber damit man an ihre Worte glaubt, müßte man erstens, bevor man von einer solchen Einheitsfront spricht, von der Sowjetführung eine deutliche Erklärung der Solidarität und der Verteidigung mit dem durch den Imperialismus unmittelbar bedrohten chinesischen Volk und der chinesischen Volksrepublik erhal-

ten. Der Kapitalismus ist heute in weltweitem Ausmaß ein verurteiltes System. Ihr kennt alle das scharfe Wort von Karl Marx, daß das Kapital auf die Welt gekommen ist, beschmutzt und befleckt mit Blut und Dreck, und wenn Ihr die Geschichte des Ursprungs des Kapitals kennt, wenn Ihr wißt, wie eine gerade Linie geht von den Sklavenhaltern und den Sklaventransporten bis zu den Finanziers der ersten großen Textilfabriken in Frankreich und in England, dann wißt Ihr, daß dieses Wort von Karl Marx keine Übertreibung und keine romantische Verunglimpfung, sondern den Ausdruck einer historischen Wahrheit darstellt. Heute erleben wir, wie das Kapital auch untergeht in derselben Form, wie es entstanden ist, das heißt beschmutzt vom Blut und Dreck, indem es versucht, größte Greuel in weltweitem Ausmaß gegen all diejenigen Völker zu begehen, die den Kampf gegen das Kapital aufgenommen haben, aber diese Greuel sind nutzlos, das Kapital ist zum Tode verurteilt. Unsere Pflicht ist es, nicht passive Beobachter dieses historischen Prozesses zu sein, sondern uns darin einzuschalten und zu sichern, daß die Arbeiterklasse und die revolutionäre Studentenschaft Westeuropas, die immerhin den Marxismus geschaffen hat, wiederum den ihr gebührenden Platz im revolutionären Kampf der Welt einnimmt.

Hoch der Sieg der vietnamesischen Revolution!

FNL vaincra!

Es lebe die internationale Solidarität der kolonialen Völker in ihrem Befreiungskampf und der Werktätigen und Studenten Westeuropas, Japans und Nordamerikas, es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Jean-Paul Sartre

Entwurf einer Erklärung über den Begriff Völkermord

Rede bei der Sitzung des Russel-Tribunals in Roskilde (Dänemark)

I.

Das Wort „Völkermord" ist ziemlich neu. Es wurde in der Zwischenkriegszeit von dem Juristen Lemkin geprägt. Die Erscheinung selbst ist genau so alt wie die Menschheit, und bis heute hat es noch keine Gesellschaft gegeben, deren Struktur sie am Begehen dieses Verbrechens gehindert hätte. Doch hat jeder Völkermord seine historische Verankerung und ist von der Gesellschaft geprägt, aus der er kommt. Der Völkermord, zu dem wir Stellung nehmen werden, wird von der größten kapitalistischen Macht unserer Zeit begangen. Das müssen wir berücksichtigen, da sich in ihm zugleich die ökonomische Infrastruktur dieser Macht, ihre politischen Ziele und die Widersprüche der gegenwärtigen Konjunktur ausdrücken. Insbesondere müssen wir zu begreifen versuchen, welches die *Absicht* des Völkermordes ist in dem Krieg, den die amerikanische Regierung gegen Vietnam führt. Artikel 2 der Konvention von 1948 definiert den Völkermord gerade von seiner Absicht her. Die Konvention bezog sich — ohne direkte Nennung — auf Ereignisse, die noch frisch in Erinnerung waren. Hitler hatte proklamiert, daß er mit voller Überlegung die Absicht hatte, die Juden auszurotten. Er machte den Völkermord zu einem politischen Ziel in sich und machte daraus auch keinen Hehl. Der Jude, ganz gleich woher er kam, sollte getötet werden, nicht weil er mit der Waffe in der Hand ertappt wurde oder weil er Mitglied der Widerstandsbewegung war, sondern *weil er Jude war.*

Die amerikanische Regierung hat sich gehütet, ähnlich klare Formulierungen vorzubringen. Sie behauptete vielmehr, sie eile ihren Verbün-

deten, den Südvietnamesen, die von den Kommunisten angegriffen wurden, zur Hilfe.

Ist es für uns durch Untersuchung der Tatsachen möglich, objektiv die Absicht herauszufinden, von der man nicht laut redet? Und können wir, nachdem wir die Untersuchung vorgenommen haben, sagen, daß die Streitkräfte der USA die Vietnamesen in Vietnam aus dem einfachen Grund töten, weil sie Vietnamesen sind? Das läßt sich erst feststellen nach einem kurzen historischen Abriß: die Strukturen des Krieges haben sich mit den gesellschaftlichen Infrastrukturen verändert. Von 1860 bis heute haben sich Sinn und Ziel der militärischen Konflikte grundlegend verändert; das Resultat dieser Metamorphose ist eben der „exemplarische" Krieg, den die USA in Vietnam führt. 1856 Übereinkunft über den Status neutraler Länder; 1864 Genf: die Verwundeten werden geschützt; 1899, 1907 Den Haag: zwei Konferenzen versuchen Bestimmungen für Konflikte zu fixieren. Es ist kein Zufall, daß Juristen und Regierungen ihre Kontakte intensivierten, um den Krieg zu humanisieren — unmittelbar vor den beiden schrecklichsten Konflikten, die die Menschen je erlebten.

V. Dedijer hat in seinem Buch „On Military Conventions" eindringlich nachgewiesen, daß eben zu dieser Zeit die kapitalistische Gesellschaft das hervorzubringen sich anschickte, was man den totalen Krieg nennt und was Ausdruck ihres eigentlichen Wesens ist.

Die Ursachen sind: 1) Die Konkurrenz zwischen industrialisierten Staaten, die um neue Märkte kämpfen, schafft die permanente Feindseligkeit, die das wird, was man den „bürgerlichen Nationalismus" nennt. 2) Die industrielle Entwicklung als Ursache dieser Gegensätze schafft durch die Herstellung immer fürchterlicherer Mordwaffen die Mittel, diese Gegensätze auf Kosten eines Konkurrenten zu lösen. Als Ergebnis dieser Entwicklung wird es immer schwieriger, zwischen dem Hinterland und der Front, zwischen der Zivilbevölkerung und den Kämpfenden zu unterscheiden. 3) Ferner entstehen neue militärische Ziele in der Nähe der Städte, die Fabriken, die, auch wenn sie nicht direkt für die Armee produzieren, doch einen Teil des ökonomischen Potentials des Landes ausmachen. Und eben dieses Potential soll zerstört werden. Das ist das Ziel des Konflikts und das Mittel, ihn zu gewinnen. 4) Aus diesem Grund werden alle mobilisiert. Der Bauer kämpft an der Front, der Arbeiter ist Soldat in der zweiten Reihe, die Frauen erledigen auf dem Land männliche Arbeit. In dieser totalen Kraftanstrengung, die die

eine gegen die andere Nation entfaltet, wird der Arbeiter Teilnehmer am Kampf, weil schließlich die ökonomisch stärkste Macht die größten Siegeschancen hat.

5) Weiterhin: die demokratische Fassade der bürgerlichen Staaten und die Emanzipation der Arbeiter führen zur Teilnahme der Massen am politischen Leben. Sie haben keine Kontrolle über die Entscheidungen der Regierung, doch haben die Mittelschichten die Illusionen, mit ihrer Stimmabgabe die Entscheidungen fernzusteuern. Und — solange es keinen Krieg gibt — werden die Arbeiter von dem Konflikt zwischen ihrem Pazifismus und dem Nationalismus, den man ihnen einzuimpfen versucht hat, geplagt. Dieser Konflikt wird, nachdem die Propaganda ihn umgeformt und verformt hat, zu einem ethischen Entschluß, an dem die ganze Gesellschaft teil hat. In jeder kriegführenden Nation werden alle, oder fast alle, nach wirkungsvoller Manipulation zu Feinden aller Bürger des anderen Landes. Der Krieg wird total.

6) Die gleiche Gesellschaft, die sich in starker technologischer Entwicklung befindet, erweitert durch die Verbesserung der Kommunikationsmittel ständig ihren Konkurrenzbereich. Die berühmte „One World" der Amerikaner existierte schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als der amerikanische Weizen die Bauern Englands ruinierte. Der totale Krieg ist nicht länger nur der Krieg aller Gesellschaftsmitglieder eines Staates gegen alle eines anderen: er wird total auch durch die Gefahr, die ganze Erde in Brand zus tecken. Deshalb sind die Kriege der (bürgerlichen) Staaten — für die der Krieg von 1914 das erste Beispiel ist, die Europa jedoch seit 1900 bedrohen — nicht die Erfindungen eines Menschen oder einer Regierung, sondern schlicht die gebieterische Notwendigkeit für die, die seit dem Beginn des Jahrhunderts die Politik mit anderen Mitteln fortsetzen wollen.

Anders ausgedrückt ist die Wahl klar: kein Krieg oder eben dieser Krieg. Diesen haben unsere Väter geführt. Und die Regierungen, die ihn kommen sahen und weder Mut noch Verstand hatten, ihn zu vermeiden, vertaten ihre Zeit in einem dummen Versuch, ihn zu humanisieren. Aber in diesem ersten Weltkonflikt zeigt sich die Absicht des Völkermordes nur sporadisch. Es dreht sich wie in früheren Jahrhunderten in erster Linie darum, die militärische Macht eines Landes, und erst in zweiter Linie darum, seine Wirtschaft zu zerstören. Und gerade die Schwierigkeit, zwischen Zivilen und Soldaten zu unterscheiden, ist der Grund, daß nur selten — von einigen Terrorangriffen abgesehen — ausdrück-

lich die Bevölkerung als Zielscheibe betrachtet wird. Außerdem sind die kriegführenden Länder, d. h. die, die den Krieg *führen,* Industriemächte; diese Tatsache äußert sich anfangs in einem gewissen Gleichgewichtsverhältnis: was die Vernichtungsmittel betrifft, besitzt jede eine Vergeltungsmacht, die Fähigkeit, sich des „Auge um Auge, Zahn um Zahn" zu bedienen. Das ist der Grund dafür, daß man inmitten des Massakers eine gewisse Vorsicht bewahrte.

II.

Die Bezeichnung der Franzosen für ihre eroberten Gebiete „überseeische Besitzungen" drückt klar aus, daß sie in deren Besitz nur durch Aggressionskriege gekommen waren. Man sucht den Gegner dort, wo er zu Hause ist, in Afrika oder Asien, in den unterentwickelten Gebieten. Und weit davon entfernt, einen „totalen Krieg" zu führen, der ein gewisses Machtgleichgewicht vorausetzt, benützt man die absolute militärische Überlegenheit und schickt nur ein Expeditionskorps. Das reicht aus, um ein gewöhnliches Heer zu besiegen, falls eines vorhanden ist.

Da jedoch diese unbegründete Aggression den Haß der Zivilbevölkerung hervorruft und diese zu Rebellen oder Soldaten werden kann, üben die Kolonialtruppen ihre Herrschaft mit Hilfe von Terror aus, durch die ständige Wiederholung von Massakern. Diese Massaker haben den Charakter des Völkermords: hier geht es darum, „einen Teil der Gruppe" (der ethnischen, nationalen, religiösen) zu vernichten, um den Rest zu terrorisieren und die Struktur der Eingeborenengesellschaft zu zerstören. Nachdem die Franzosen im letzten Jahrhundert Algerien mit Blut besudelt hatten und dieser Stammesgesellschaft mit gemeinschaftlichem Eigentum des Bodens den Code Civil, der die Rechtsnormen des bürgerlichen Eigentumrechts enthält, aufgezwungen hatten; als sie mit Gewalt die erblichen Grundstücke aufgeteilt hatten — da zerstörten sie systematisch die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes, und der Boden ging schnell von den Bauernstämmen über an die Geschäftsleute aus Frankreich. Die Kolonialisierung ist also nicht eine schlichte Eroberung wie 1870 die deutsche Annexion Elsaß-Lothringens; sie ist zwangsläufig kultureller Völkermord. Man kann nicht kolonisieren, ohne gleichzeitig systematisch die Besonderheiten der Eingeborenengesellschaft zu liquidieren und dann deren Mitgliedern die Integration in das Mutterland und die Teilhabe an dessen Gütern zu verweigern.

Der Kolonialismus ist ein System: die Kolonie verkauft zu Vorzugszöllen Rohstoffe und Nahrungsmittel an die Kolonialmacht, die als Gegen-

leistung Fertigwaren zum Weltmarktpreis an die Kolonie verkauft. Dieses sonderbare Tauschsystem läßt sich nur aufrechterhalten, wenn die Arbeit einem Lumpenproletariat in der Kolonie für einen Hungerlohn aufgezwungen wird. Die Folge ist zwangsläufig, daß die Kolonisierten ihre nationale Persönlichkeit, ihre Kultur, ihre Lebensweise, mitunter auch ihre Sprache verlieren, im Elend, in einem Schattendasein leben und ständig daran erinnert werden, daß sie Untermenschen sind. Doch ihr Wert als Arbeitskraft schützt sie in gewisser Weise gegen den Völkermord.

Der Gerichtshof in Nürnberg war noch in Erinnerung, als die Franzosen 1945 um des Beispiels willen 70 000 Algerier in Sétif abschlachteten*. Dieses Vorgehen war so üblich, daß damals niemand daran dachte, unsere Regierung zu verurteilen, wie man die Nazis verurteilt hatte. Aber diese vorsätzliche Vernichtung eines Teils der Volksgruppe ließ sich nicht ausbauen, ohne den Interessen der Kolonisatoren zu schaden. Mit der Ausrottung des Lumpenproletariats ruinierten sie sich selbst. Das ist der Grund für die widersprüchliche Haltung der französischen Kolonialisten während des Algerienkrieges. Sie trieben das Heer zum Massaker an, und einige hatten auch die Vorstellung des totalen Völkermords. Gleichzeitig versuchten sie jedoch mit Macht oder mit Komödien die Algerier zur Fraternisierung zu bewegen. Die Franzosen verloren den Krieg, weil sie die Bevölkerung weder liquidieren noch integrieren konnten.

III.

Diese Ausführungen sollen verständlich machen, daß sich die Struktur der Kolonialkriege nach dem Zweiten Weltkrieg verändert hat. Etwa zu diesem Zeitpunkt beschlossen die Kolonisierten, die dieses Kriegs und seiner Wirkungen auf die „Imperien" überdrüssig waren und aufgrund des Sieges von Mao Tse tung, ihre nationale Unabhängigkeit zu erringen. Der Charakter des Kampfes war von vornherein ausgemacht. Die Kolonialisten waren an Waffen überlegen, die Kolonisierten an Zahl. In Algerien war das Bevölkerungs- und Ausbeutungsverhältnis 1 zu 9. Während der beiden Weltkriege hatten viele das militärische Metier gelernt und waren zu kriegsgewohnten Soldaten geworden. Doch der Mangel an Waffen oder deren Unvollkommenheit — zumindest am Anfang — war der Grund dafür, daß trotzdem nicht sehr viele dieser

* Sartre denkt hier sicherlich an das Massaker von Tananarive auf Madagaskar im Jahr 1947, das tatsächlich 70 bis 80 000 Menschen das Leben kostete. Beim Massaker von Sétif wurden nicht so viele Menschen getötet, außerdem fand es statt, ehe der Nürnberger Gerichtshof zu tagen begann. (d. Red.)

Soldaten vorhanden waren. Ihre Aktionen wurden durch diese objektiven Bedingungen diktiert: Terror, Hinterhalt, den Feind soviel wie möglich belästigen. Die Kampfgruppen mußten sehr mobil sein, Überraschungsangriffe vornehmen und schnell wieder verschwinden. Das war nur möglich, wenn die ganze Bevölkerung hinter ihnen stand. Hier liegt der Grund für die wohlbekannte Symbiose von Befreiungsarmee und Volksmassen. Die Befreiungsarmee organisierte überall die Agrarreform, die politische Macht, das Erziehungswesen; und die Bevölkerung unterstützte, ernährte und versteckte die Soldaten und kam mit neuen, die die Verluste ersetzten. Nicht zufällig schafft sich der Volkskrieg eigene Prinzipien und seine besondere Strategie.

Zur selben Zeit schuf die Entwicklung der Kernwaffen die Voraussetzungen dafür, daß der totale Krieg einen absoluten Höhepunkt erreichen kann. Es ist auch nicht zufällig, daß das Ergebnis der Ruin des Kolonialsystems ist. Den Widerspruch, der zum Sieg der FLN in Algerien führte, treffen wir heute überall. Der Volkskrieg macht Schluß mit dem klassischen Krieg (ebenso wie die Wasserstoffbombe es tut). Gegen die Partisanen, die von der gesamten Bevölkerung unterstützt werden, vermögen die Kolonialheere nichts. Sie können aus der peinlichen Situation, die sie demoralisiert und die mit einem Dien Bien Phu zu enden droht, nur herauskommen, indem sie die Zivilbevölkerung vernichten. Die Soldaten aus dem Heimatland der Kolonialmacht fangen an zu begreifen, daß ihre gefährlichsten Feinde die stummen, störrischen Bauern sind, die einen Kilometer von der Stelle, an der ein Regiment dezimiert wurde, nichts gesehen haben und nichts wissen. Und da es die Einigkeit eines ganzen Volkes ist, die das klassische Heer in Schach hält, wird der einzig mögliche Antiguerillakrieg, der zu einem Resultat führen kann, die Vernichtung des Volkes; mit anderen Worten: der Zivilbevölkerung, der Frauen und der Kinder. Tortur und Völkermord werden die Antwort der Kolonialmächte auf den Aufstand der Kolonisierten. Und diese Antwort ist, wie wir wissen, nichts wert, wenn sie nicht radikal und total ist. Eine einige Bevölkerung, vereint mit ihrem Partisanenheer, politisch geschult, schonungslos, läßt sich nicht einschüchtern wie in den guten alten Zeiten des Kolonialismus. Mit einem Massaker „um des Exempels willen" steigert man vielmehr den Haß. Es geht nicht länger um Einschüchterung, sondern um die physische Liquidation eines Volkes. Und da dies nicht möglich ist ohne die gleichzeitige Liquidation der Kolonialwirtschaft und des ganzen Systems, werden die Kolonialisten von Panik ergriffen, die Kolonialmächte werden es müde, Menschen und Geld in

einem unlösbaren Konflikt zu opfern und die Volksmassen im Kolonial-Mutterland wenden sich gegen die Fortsetzung eines unmenschlichen Krieges. Die Kolonien werden souveräne Staaten.

IV.

Es gibt jedoch Fälle, in denen der Völkermord als Antwort auf den Volkskrieg nicht durch infrastrukturelle Widersprüche gebremst wird. Der totale Völkermord erweist sich als die eigentliche Grundlage der Antiguerillastrategie. Und unter gewissen Umständen kann es auch gerade dieses Ziel sein, das man zu erreichen sucht; augenblicklich oder nach und nach. Genau das geschieht im Krieg in Vietnam. Dies ist ein neues Moment in der imperialistischen Entwicklung, die man den Neokolonialismus nennt; denn für ihn ist charakteristisch, daß eine Aggression gegen eine frühere Kolonie, die schon ihre Unabhängigkeit erreicht hat, diese von neuem dem kolonialen Status unterwerfen soll.

Als Ausgangspunkt versichert man sich — mit der Finanzierung eines Putsches oder der einen oder anderen Form von Staatsstreich—, daß die neuen Führer nicht die Interessen der Massen vertreten, sondern die einer kleinen privilegierten Oberklasse und des ausländischen Kapitals. Das ist Diems Erscheinen auf der Bildfläche. Er wird dem Land aufgezwungen, von den USA an der Macht gehalten und bewaffnet. Er proklamiert, daß er das Genfer Abkommen ablehnt und das vietnamesische Territorium südlich des 17. Breitengrades als unabhängigen Staat organisieren wird. Der Rest ist die logische Folge des Anfangs: Man braucht eine Polizei und ein Heer, um überall die früheren Freiheitskämpfer zu jagen, die gerade weil sie ihres Sieges beraubt wurden, als Feinde der Regierung zu betrachten sind. Kurz: es entsteht ein Terrorregime, das einen neuen Aufstand im Süden hervorruft und den Volkskrieg wieder auslöst. Haben die USA jemals geglaubt, Diem könne die Revolte in ihren Anfängen zerschlagen? Jedenfalls zögerten sie nicht, Experten zu senden, dann Truppen und jetzt sitzen sie bis zum Hals mitten im Konflikt. Und wir sehen erneut mit geringen Unterschieden das Muster des Krieges, den Ho Chi Minh gegen die Franzosen geführt hat. Mit dem Unterschied, daß die amerikanische Regierung anfangs erklärte, daß sie nur aus Edelmut Truppen sendet, um die Verpflichtungen gegenüber einem Alliierten zu erfüllen.

So sieht es an der Oberfläche aus. Untersucht man dagegen die Situation genauer, so gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen den beiden aufeinanderfolgenden Konflikten. Die USA haben im Gegensatz

zu den Franzosen keine ökonomischen Interessen in Vietnam. Oder vielleicht doch: einige private Firmen haben Investitionen vorgenommen. Aber die sind nicht so umfangreich, daß man sie nicht — falls nötig — aufgeben könnte, ohne die amerikanische Nation als Ganzes zu treffen oder die Monopole wesentlich zu schädigen. Da die Regierung der USA keine direkten ökonomischen Gründe zur Fortsetzung des Konflikts hat, braucht sie es auch nicht abzulehnen, ihn mit der absoluten Strategie, d. h. dem Völkermord, zu Ende zu bringen. Das beweist natürlich nicht, daß die Regierung so etwas überlegt, aber sie kann es überlegen.

In Wirklichkeit hat der Konflikt den Amerikanern selbst zufolge zwei Ziele. Kürzlich erklärte Rusk: „Wir verteidigen uns selbst". Es ist nicht mehr Diem, der gefährdete Alliierte, dem man großzügig zu Hilfe eilt, die USA selbst sind in Saigon in Gefahr. Das bedeutet klar, daß das erste Ziel militärisch ist: es gilt das kommunistische China einzukreisen. Die USA wollen also Südostasien nicht aufgeben. Sie haben ihre Leute in Thailand zur Macht gebracht, sie kontrollieren zwei Drittel von Laos und sie drohen mit der Invasion Kambodschas. Aber diese Eroberungen wären wertlos, wenn sie einem freien und vereinten Vietnam mit 28 Mill. Einwohnern gegenüberstünden. Deshalb reden die Militärchefs so gerne von „Schlüsselpositionen". Deshalb sagt Dean Rusk mit unfreiwilliger Komik, daß die Streitkräfte der USA in Vietnam kämpfen, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Entweder ist dieser Satz sinnlos, oder er ist zu verstehen als: „um diesen dritten Konflikt zu gewinnen". Kurz, das erste Ziel wird durch die Notwendigkeit diktiert, eine Verteidigungslinie im Pazifik aufzurichten. Eine Notwendigkeit, die es im übrigen nur im Rahmen der allgemeinen Politik des Imperialismus geben kann. Das andere Ziel ist ökonomisch. General Westmoreland definierte es Ende Oktober mit folgenden Worten: „Wir führen Krieg in Vietnam, um zu zeigen, daß der Guerillakrieg sich nicht lohnt". Um es *wem* zu zeigen? Den Vietnamesen selbst? Das wäre sehr erstaunlich. Ist es notwenig, so viele Menschenleben und so viel Geld zu opfern, um eine Nation armer Bauern zu überzeugen, die Tausende von Kilometern von San Francisco entfernt kämpft? Und besonders, welche Gründe gibt es, dieses Volk anzugreifen, zum Kampf zu provozieren, um es dann niederzuschlagen, wenn die Interessen der großen Gesellschaften fast bedeutungslos sind? Westmorelands Ausspruch — wie der obige von Rusk — bedarf einer genaueren Erklärung: Man will *den anderen* zeigen, daß der Guerillakrieg nicht lohnt. Allen den unterdrückten und ausgebeuteten Nationen, die in Versuchung kommen könnten, sich vom Yankee-Joch durch einen

Volkskrieg zu befreien, erst gegen ihre Pseudo-Regierungen, die von nationalen Armeen unterstützt werden, dann gegen die „Special Forces" der USA und schließlich gegen die G. I.'s. Kurz: diese Worte sind vorweg an die Adresse Lateinamerikas gerichtet; und im weiteren Verstand an die ganze Dritte Welt. Guevara, der sagte, „wir brauchen mehrere Vietnams", antwortet die amerikanische Regierung: „Sie werden alle vernichtet, wie ich dieses vernichte". Mit anderen Worten: Der Krieg der USA soll vor allem *ein Beispiel statuieren.*

Ein Beispiel für drei Kontinente oder vielleicht für vier: denn genau genommen ist ja auch Griechenland ein Land, dessen Bevölkerung zum größten Teil aus Bauern besteht. Da hat man soeben die Diktatur installiert. Dies ist eine nachdrückliche Warnung: Unterwerfung oder totale Liquidierung. So wendet sich dieser exemplarische Völkermord an die ganze Menschheit. Mit dieser Warnung hoffen 6% der Menschen ohne allzu große Kosten eine Kontrolle über die restlichen 94% zu erreichen. Sicherlich wäre es — aus Propagandagründen — vorzuziehen, daß die Vietnamesen sich unterwerfen, ehe sie vernichtet werden. Und doch — so sicher ist das gar nicht. Wenn Vietnam von der Weltkarte getilgt würde, wäre die Situation klarer. Unterwerfung — da könnte man auf den Gedanken kommen, daß sie aus einer Art Schwäche rührt, die sich vermeiden läßt. Aber wenn diese Bauern keinen Augenblick aufgeben und ihren Heroismus bis zum unvermeidlichen Tod treiben, dann würden mögliche neue Guerillabewegungen ganz bestimmt den Mut verlieren.

An diesem Punkt unserer Darstellung lassen sich drei Tatsachen feststellen: Was die Regierung der USA wünscht, ist ein Stützpunkt und ein Beispiel. Um das erste Ziel zu erreichen, könnte sie ohne Schwierigkeiten — gäbe es nicht den vietnamesischen Widerstand — ein ganzes Volk liquidieren und eine Pax Amerikana in einem verwüsteten Vietnam errichten; um das zweite Ziel zu erreichen, muß sie mindestens teilweise diese Ausrottung durchführen.

V.

Die Erklärungen der amerikanischen Staatsmänner sind nicht so aufrichtig wie seinerzeit die Hitlers. Aber das rührt daher, daß es nicht nötig ist: die Tatsachen sprechen für sich. Die Reden, die sie begleiten, werden von niemandem als dem amerikanischen Volk geglaubt. Die übrige Welt versteht nur zu gut: die mitschuldigen Regierungen sind stumm; die anderen verweisen auf den Völkermord, doch kann man ihnen leicht klarmachen, daß davon nie die Rede war und daß sie mit solchen

Anklagen nur ihre Voreingenommenheit zeigen. „In Wirklichkeit", sagt die amerikanische Regierung, „haben wir die Vietnamesen, im Norden und im Süden, nur vor die Wahl gestellt: entweder Ihr hört mit der Aggression auf oder wir schlagen Euch kaputt".

Es ist wohl nicht mehr nötig, darauf hinzuweisen, daß dieser Vorschlag absurd ist, da die Aggression amerikanisch ist und folglich nur die Amerikaner sie beenden können. Diese Absurdität ist nicht ohne Berechnung. Es ist schlau, eine Forderung — ohne sie als solche auszuweisen — zu formulieren, die die Vietnamesen nicht zu erfüllen imstande sind. Sie läßt sich so übersetzen: Erklärt Euch für besiegt, oder wir schicken Euch zurück in die Steinzeit.

Es ist klar, daß das zweite Glied der Alternative *Völkermord* ist. Man hat gesagt: Völkermord, ja, aber bedingt. Ist das juristisch gültig? Ist es überhaupt verständlich? Hätte das Argument einen juristischen Sinn, könnte die amerikanische Regierung mit knapper Not der Anklage des Völkermords entgegehen. Aber wie Dr. jur. Matarasso bemerkt hat: die Konvention von 1948 eröffnet keine Möglichkeit für diesen Ausweg. Völkermord — besonders wenn er seit mehreren Jahren dauert — kann sehr wohl mit Erpressung verknüpft sein. Wohl kann man erklären, man wolle damit aufhören, wenn sich das Opfer unterwerfe, doch ist und bleibt es trotzdem — da gibt es keinen Ausweg — Völkermord. Besonders wenn, wie es hier der Fall ist, ein Teil der Volksgruppe vernichtet wurde, um den noch verbleibenden Teil zur Unterwerfung zu zwingen. Aber wir wollen die Sache genauer untersuchen. Was bedeuten eigentlich die beiden Glieder der Alternative?

Im Süden sieht die Wahl so aus: man verbrennt Dörfer, man setzt die Bevölkerung massiven und kühl überlegten mörderischen Bombardierungen aus, man schießt das Vieh zusammen, man zerstört die Vegetation mit Gift, durch das die Blätter von den Bäumen fallen, man zerstört bebaute Gebiete, indem man Giftstoffe über sie streut, man schießt willkürlich und überall mit Maschinengewehren, man tötet, vergewaltigt, plündert: das nennt man Völkermord in des Wortes eigentlicher Bedeutung. Mit anderen Worten: massive Ausrottung. Was ist nun das andere Glied? Was soll das vietnamesische Volk tun, um diesem grausamen Tod zu entgehen? Sich den Streitkräften der USA oder Saigons anschließen und sich in strategische Dörfer oder in diesen Dörfer ‚des neuen Lebens', die sich von den ersteren nur durch den Namen unterscheiden, einsperren lassen; kurz: in Konzentrationslagern. Wir kennen diese Lager aus zahl-

losen Zeugenaussagen: sie sind von Stacheldraht umgeben, die elementarsten Ansprüche werden nicht erfüllt; Unterernährung, totaler Mangel an Hygiene; die Gefangenen werden in Zelten oder engen Räumen, in denen sie fast ersticken, zusammengepfercht. Die sozialen Strukturen werden zerstört, die Männer werden von den Frauen getrennt, die Mütter von den Kindern; das Familienleben, das von den Vietnamesen so hoch geschätzt wird, existiert nicht mehr. Da Ehen zerrissen werden, sinkt die Geburtenziffer; jede Möglichkeit des religiösen oder kulturellen Lebens wird unterdrückt. Selbst Arbeit — Arbeit, um ihrem Leben und dem ihrer Nächsten noch Inhalt zu geben — wird ihnen verweigert. Diese Unglücklichen sind nicht einmal Sklaven: das Sklavendasein der Schwarzen in den USA verhinderte nicht die Schaffung einer tiefen Kultur. Sie werden reduziert auf ein Leben im Aggregatzustand, eine zusammengepferchte Masse, ein rein vegetatives Leben. Wenn man zufällig eine Familie befreit, die ihr Oberhaupt verloren hat — die Kinder und eine ältere Schwester oder eine junge Mutter, dann vergrößert man nur das Lumpenproletariat der Großstädte. Die ältere Schwester oder die junge Mutter, die keinen Lebensunterhalt hat, erniedrigt sich durch Prostitution für die G.I.'s. Was ich hier soeben beschrieben habe, und was nach Herrn Duncans Zeugenaussage das Los des Lebens eines Drittels der Bevölkerung ist, ist nur eine andere Form von Völkermord, ebenfalls von der Konvention von 1948 verurteilt:

„ernstliche Kränkung der physischen oder geistigen Integrität der Mitglieder einer Volksgruppe"

„bewußt eine Volksgruppe Existenzbedingungen unterwerfen, die sie ganz oder teilweise zerstört . . ."

„Maßnahmen mit dem Zweck, mögliche Geburten in einer Volksgruppe zu verhindern"

„Zwangsverschleppung von Kindern".

Mit anderen Worten: es ist nicht wahr, daß die Wahl besteht zwischen Tod oder Unterwerfung. Denn die Unterwerfung ist unter diesen Umständen schon in sich Völkermord. Sagen wir es so: man hat die Wahl eines plötzlichen und gewaltsamen Todes oder eines langsamen Todes als Beendigung einer physischen oder geistigen Erniedrigung. Oder, wenn man das vorzieht: *es gibt keine Wahl,* es gibt keine Bedingungen zu erfüllen; die Willkür einer „Operation" und der Terror machen die Form des Völkermordes aus, der jeder ausgesetzt ist. Ist es im Norden anders?

Hier treffen wir als erstes die Vernichtung: nicht allein das tägliche Risiko des Todes, sondern die systematische Zerstörung der ökonomischen Infrastrukturen, von Dämmen bis Fabriken, von denen kein Stein auf dem anderen bleibt. Wohlberechnete Angriffe auf die Zivilbevölkerung und besonders auf die Landbevölkerung. Systematische Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen, religiösen Heiligtümern. Anhaltende Anstrengungen das zu zerstören, was in 20 Jahren Sozialismus aufgebaut wurde. Und das ausschließlich um die Bevölkerung zu terrorisieren? Das kann jedoch nur erreicht werden durch die tägliche Vernichtung eines immer größeren Teils der Volksgruppe. Und schließlich ist dieser Terror in seinen psychosozialen Konsequenzen in sich schon *Völkermord:* wer weiß: ob er nicht auf die Dauer, besonders bei den Kindern, geistige Störungen verursacht, die auf lange Zeit, wenn nicht für immer, deren „Integrität" schädigen? Die andere Möglichkeit ist die Kapitulation. Das bedeutet, die Teilung ihres Landes in zwei Teile akzeptieren und akzeptieren, daß die Diktatur der Amerikaner direkt oder durch Strohmänner ihren Landsleuten, ja, ihren Familienangehörigen, von denen sie durch den Krieg getrennt sind, aufgezwungen wird. Ob diese unerträgliche Demütigung den Krieg wohl zum Schluß bringen wird? Das ist völlig ungewiß.

Die FNL und RVD (République Vietnamienne Démocratique = Nordvietnam) haben trotz brüderlicher Einigkeit, eine verschiedene Strategie und Taktik, weil ihre Situation im Krieg verschieden ist. Wenn die FNL den Krieg fortsetzte, so würden die amerikanischen Bomber trotz der Kapitulation der RVD Nordvietnam weiterhin verwüsten und zerstören. Würde der Krieg jedoch aufhören, so wissen wir — durch offizielle Aussagen — daß die Amerikaner großzügig bereit wären, beim Wiederaufbau der RVD zu helfen. Das heißt ganz einfach, daß sie mit privaten Investitionen oder Anleihen, an die Bedingungen geknüpft sind, die gesamte ökonomische Grundlage des Sozialismus zerstören würden. Und das ist auch Völkermord: man teilt ein souveränes Land in zwei Stücke, man besetzt die eine Hälfte, in der man eine Schreckensherrschaft ausübt und man hält den anderen Teil durch ökonomischen Druck nieder: die nationale Gruppe „Vietnam" ist nicht physisch eliminiert, aber sie existiert nicht mehr. Man hat sie ökonomisch, politisch und kulturell unterdrückt. Im Norden wie im Süden gibt es nur die Wahl zwischen zwei Formen der Vernichtung: der kollektive Tod oder die innere Auflösung. Das bedeutsamste ist, daß die amerikanische Regierung den Widerstand der FNL und der RVD auf die Probe stellen konnte. Sie weiß, daß die Zerstörung, falls sie nicht total ist — nutzlos sein wird. Die Front ist stärker denn je.

Nordvietnam ist unerschütterlich. Und genau aus diesem Grund kann die wohlkalkulierte Ausrottung des vietnamesischen Volkes nicht dessen Kapitulation als Ziel haben: man bietet ihm „den Frieden des Tapferen" an, obgleich man weiß, daß es ihn nicht akzeptieren wird. Und diese Scheinalternative verbirgt den wahren Zweck des Imperialismus, allmählich die letzte Stufe der Eskalation zu erreichen, d. h. den totalen Völkermord.

Sicherlich hätte die Regierung der USA versuchen können, dieses Ziel sofort zu erreichen und Vietnam durch einen „Blitzkrieg" von allen Vietnamesen zu reinigen. Abgesehen davon, daß eine solche Ausrottung die Errichtung eines komplizierten Apparats erfordert hätte und beispielsweise den freien Zugang zur Benutzung der Flugstützpunkte in Thailand, um die Entfernung für die Bombenflüge um 5000 km zu verkürzen, ist und bleibt das wichtigste Ziel der Eskalation heute, die Weltmeinung auf den Völkermord vorzubereiten. In diesem Punkt hatten die Amerikaner wirklich das Glück auf ihrer Seite: die systematisch wiederholten Bombardierungen der Wohnviertel von Haiphong und Hanoi, die noch vor zwei Jahren zu gewaltsamen Protesten geführt hätten, finden heute in einer Atmosphäre allgemeiner Gleichgültigkeit statt, die eher an Starrkrampf als an Apathie erinnert.

Das Spiel ist gelungen: die öffentliche Meinung glaubt, daß es sich um einen sanften, ständig wachsenden Druck handelt, während es sich in Wirklichkeit um einen Versuch handelt, die öffentliche Meinung auf den endgültigen Völkermord vorzubereiten.

Ist dieser Völkermord möglich? Nein. Aber das liegt allein an den Vietnamesen, ihrem Mut und der bewundernswerten Effektivität ihrer Organisation. Die amerikanische Regierung hingegen kann man nicht von ihren Verbrechen freisprechen mit dem Vorwand, ihr Opfer sei im Besitz des Muts und der Intelligenz, die zur Beschränkung der Auswirkungen erforderlich sind. Man kann diese Folgerungen ziehen: Auf einen Volkskrieg, der ein Produkt unserer Zeit ist und in dem ein Volk seine Souveränität fordert und seiner Einheit bewußt ist, antwortet die imperialistische Aggression. Es gibt zwei mögliche Lösungen. Der Aggressor zieht sich zurück, schließt Frieden und erkennt, daß sich eine ganze Nation gegen ihn erhebt. Oder er muß, da er weiß, daß die klassische Strategie umsonst ist, zur reinen und puren Ausrottung greifen, wenn dies nicht seinen eigenen Interessen schadet. Es gibt keine andere Wahl, aber diese Alternative ist immer möglich. Nachdem sich die Streitkräfte der USA in Vietnam fest-

gesetzt haben, nachdem sie Bombardierungen und Massaker intensivieren, nachdem sie Laos zu unterdrücken versuchen und die Invasion Kambodschas vorbereiten, gibt es keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung — trotz ihres heuchlerischen Leugnens — den Völkermord gewählt hat.

VI.

Die Absicht spricht durch die Tatsachen. Und — wie Herr Aybar gesagt hat — sie muß wohldurchdacht sein. Möglicherweise hat Völkermord in anderen Zeiten plötzlich und leidenschaftlich in Stammeskriegen stattgefunden. Der Antiguerilla-Völkermord, ein Produkt unserer Zeit, verlangt eine Organisation, Stützpunkte und als Folge davon Mitschuldige und ein passendes Budget. Deshalb muß man ihn notwendigerweise durchdacht und geplant haben. Bedeutet das, daß die Urheber sich bei ihrem Vorsatz völlig im Klaren waren? Das läßt sich nicht entscheiden. Man müßte Herzen und Nieren durchsuchen, und die puritanische Heuchelei schafft Wunder.

Vielleicht sind manche Mitarbeiter des State Department so sehr gewohnt zu lügen, daß sie sich noch immer selbst einbilden können, sie wünschten das Beste für Vietnam. Doch nach den letzten Erklärungen ihrer Sprecher muß man annehmen, daß es von solchen falschen Naiven nur noch wenige gibt. „Wir verteidigen uns selbst. Selbst wenn die Regierung in Saigon uns darum bitten würde, würden wir Vietnam nicht verlassen" usw. usw. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns hier näher um dieses psychologische Versteckspiel zu kümmern. Die Wahrheit findet sich an Ort und Stelle: im Rassismus der amerikanischen Soldaten. Zweifellos ist dieser Rassismus — anti-schwarz, anti-asiatisch, anti-mexikanisch — eine fundamentale Tatsache, die tiefe Wurzeln hat und die latent oder manifest lange vor dem Vietnam-Konflikt existierte. Der Beweis ist, daß die Regierung der USA sich weigerte, die Konvention gegen den Völkermord zu ratifizieren; was nicht bedeutet, daß sie schon seit 1948 die Absicht hatte, Völkerschaften auszurotten, sondern daß nach ihren eigenen Erklärungen ein solcher Schritt den inneren Gesetzen zahlreicher Staaten widersprochen hätte. Anders ausgedrückt: die jetzigen Führer glauben, sie hätten in Vietnam freie Hände, weil ihre Vorgänger mit dem anti-schwarzen Rassismus der Weißen in den Südstaaten Nachsicht hatten. Wie es sich auch verhält, der Rassismus der Yankee-Soldaten wird von Saigon bis zum 17. Breitengrad gereizt: die jungen Amerikaner foltern, benützen ohne Abscheu die Feldtelefone, sie schießen auf unbewaffnete Frauen aus Spaß daran, auf Scheiben zu schießen und ins Schwarze zu treffen, sie treten verwundeten Viet-

namesen in die Geschlechtsteile und schneiden den Toten die Ohren ab, um sich Trophäen zu beschaffen.

Die Offiziere sind schlimmer. Ein General prahlte vor einem Franzosen, der vor dem Tribunal aussagte, damit, daß er von seinem Hubschrauber Jagd auf den Vietcong mache. Er schoß mit dem Gewehr in die Reisfelder. Es handelte sich wohlgemerkt nicht um FNL-Soldaten, die sich zu schützen wissen, sondern um Bauern, die ihren Reis pflanzten. Für diese verworrenen Personen werden „Vietcong" und „Vietnamese" immer identisch. Und man spricht es offen aus: „Nur ein toter Vietnamese ist ein guter Vietnamese". Oder umgekehrt, was auf dasselbe hinausläuft: „Jeder tote Vietnamese ist ein Vietcong".

Einige Bauern sind südlich des 17. Breitengrades mit der Reisernte beschäftigt. Plötzlich kommen amerikanische Soldaten, zünden die Häuser an und wollen die Bauern in ein strategisches Dorf zwangsverschleppen. Die Bauern protestieren. Was sollen sie sonst gegenüber diesen Kriegern tun? Sie sagen: „Der Reis ist schön, wir wollen bleiben und unseren Reis essen". Nicht mehr. Aber das reicht, um die jungen Yankees in Raserei zu bringen. „Der Vietcong hat euch das in den Kopf gesetzt. Er hat euch den Widerstand gelehrt". Diese Soldaten sind in einem solchen Maß verschroben, daß sie „aufrührerische" Gewalttaten in den schwachen Protesten sehen, die ihre eigenen Gewalttaten hervorgerufen haben.

Ohne Zweifel liegt hinter alledem eine Enttäuschung. Sie kamen, um Vietnam zu retten, es von der kommunistischen Aggression zu befreien. Sie entdecken schnell, daß die Vietnamesen sie nicht mögen. Von der gefälligen Rolle der Befreier kommen sie in die Rolle der Besatzungsmacht. Das kann der Anstoß der Erkenntnis sein: „Sie wollen uns nicht sehen. Wir haben hier nichts verloren". Doch die Einsicht geht nicht tiefer. Sie bremsen schnell und sagen nur, daß ein Vietnamese per definitionem eine verdächtige Person ist. Und das ist richtig — vom Standpunkt des Neokolonialismus. Sie beginnen vage zu verstehen, daß im Volkskrieg die Zivilen die einzigen sichtbaren Feinde sind. Augenblicklich beginnen sie sie zu hassen. Der Rassismus besorgt den Rest: man glaubte, man sollte diese Menschen retten, aber man entdeckt nun mit der Freude der Raserei, daß man da ist, um sie zu töten. Es gibt keinen einzigen, der nicht vielleicht ein Kommunist wäre. Der Beweis ist, daß sie die Yankees hassen. Hier in diesen düsteren und ferngesteuerten Seelen finden wir erneut die Wahrheit über den Krieg in Vietnam. Sie fällt zusammen mit Hitlers Aussagen. Er tötete Juden, weil sie Juden waren. Die Streitkräfte der

USA foltern und töten Männer, Frauen und Kinder in Vietnam, *weil sie Vietnamesen sind.* Und so ist der Völkermord-Gedanke schon im Bewußtsein der Soldaten vorhanden, ohne Rücksicht auf die verlogene und verbale Vorsicht der Regierung. Auf diese Weise erleben sie die Völkermordsituation, in die die Regierung sie hineingeworfen hat.

Der Zeuge Martinson, ein junger 23jähriger Student, der zehn Monate lang Gefangene „verhört" hatte und seine Erinnerungen nicht mehr aushielt, sagte: „Ich bin durchschnittlicher Amerikaner, ich gleiche allen Studenten, und jetzt bin ich ‚Kriegsverbrecher'". Und er hatte recht, als er hinzufügte: „Jeder wäre geworden wie ich, wenn er an meiner Stelle gewesen wäre". Sein einziger Fehler war, daß er dem *Krieg im allgemeinen die Schuld* für die schändlichen Verbrechen gab. Nein, hier kann nicht die Rede sein von einem abstrakten und situationslosen Krieg, sondern von eben diesem Krieg, den die stärkste Macht gegen ein armes Bauernland führt, und der von denen *gelebt* wird, die ihn als einzig mögliches Verhalten zwischen einem hochentwickelten Industrieland und einem unterentwickelten Land ausführen, d. h. als Völkermord-Verhalten durch Rassismus. Das einzig mögliche Verhalten, wenn man nicht abbricht und seiner Wege geht.

Der totale Krieg setzt eine gewisse Gegenseitigkeit voraus. Die Kolonialkriege wurden ohne Gegenseitigkeit geführt, aber die Interessen des Kolonialismus beschränkten den Völkermord. Der jetzige Völkermord, das letzte Ergebnis der ungleichen Entwicklung der Gesellschaften, ist der totale Krieg, der vom einen Teil zum äußersten und ohne die geringste Gegenseitigkeit geführt wird.

Die amerikanische Regierung ist nicht schuldig, den modernen Völkermord erfunden, nicht einmal ihn ausgesucht zu haben, ihn unter anderen möglichen und wirksamen Antworten auf den Guerillakrieg gewählt zu haben. Sie ist nicht schuldig, ihn etwa aus strategischen oder ökonomischen Gründen bevorzugt zu haben. In Wirklichkeit erweist sich der Völkermord als *die einzig mögliche Reaktion* gegen den Aufstand *eines ganzen Volkes* gegen seine Unterdrücker.

Die amerikanische Regierung ist schuldig, eine Kriegs- und Aggressionspolitik, die auf den totalen Völkermord zielt, einer Friedenspolitik — dem einzigen anderen Ausweg — vorgezogen zu haben und noch vorzuziehen, weil diese Friedenspolitik zwangsläufig zu einer veränderten Haltung gegenüber den wichtigsten Zielen, die die Interessen der großen imperialistischen Gesellschaften durch ihre pressure groups der Regierung aufdrängen, führen müßte.

Die amerikanische Regierung ist schuldig, den Krieg zu intensivieren und fortzusetzen, obgleich jedes ihrer Mitglieder täglich durch die Berichte der Militärchefs besser verstehen lernt, daß die einzige Möglichkeit zu siegen die ist, Vietnam von allen Vietnamesen zu „befreien".

Sie ist schuldig — trotz der Lehren aus dieser einzigartigen und unerträglichen Erfahrung — mit Betrug, Täuschung und Lüge gegenüber anderen und sich selbst jede Minute ein wenig länger auf dem Weg zu gehen, der zu einem Punkt führt, von dem keine Umkehr möglich ist.

Sie ist schuldig, nach eigenen Erklärungen, mit Bedacht diesen *exemplarischen* Krieg zu führen und damit den Völkermord zu einer Herausforderung und einer Bedrohung aller Völker zu machen.

Wir haben gesehen, daß einer der Faktoren des totalen Kriegs die stete Entwicklung der Zahl und Geschwindigkeit von Transportmitteln ist: Nach 1914 kann der Krieg nicht mehr lokal bleiben, er muß sich über die Welt ausbreiten. 1967 wird dieser Prozeß verstärkt. Das Band der „One World", dieses Universums, dem die USA ihre Oberherrschaft aufzwingen wollen, wird immer enger. Aus diesem Grund, den die amerikanische Regierung genau kennt, wird der jetzige Völkermord als Antwort auf den Volkskrieg und so, wie er in Vietnam ausgeführt und fortgesetzt wird, nicht allein gegen die Vietnamesen begangen, sondern gegen die Menschheit.

Wenn ein Bauer in seinem Reisfeld fällt, von einem Maschinengewehr niedergemäht, dann werden wir alle getroffen. Die Vietnamesen kämpfen für alle Menschen und die amerikanischen Streitkräfte gegen alle. Und dies weder im übertragenen noch im abstrakten Sinn; und nicht allein, weil der Völkermord in Vietnam ein Verbrechen ist, das universell vom Völkerrecht verurteilt wird. Sondern weil die Erpressung durch Völkermord nach und nach alle Menschen umfaßt durch die Erpressung mit dem Atomkrieg, d. h. dem absoluten Punkt des totalen Kriegs. Und weil dieses Verbrechen, das jeden Tag vor aller Augen begangen wird, alle die, die nicht anklagen, zu Mitschuldigen macht mit denen, die es begehen, und die ihrerseits, um uns leichter zu Sklaven zu machen, damit beginnen, uns zu entehren.

So verstanden kann der imperialistische Völkermord nur radikalisiert werden. Denn die Menschen, die man *durch die vietnamesische Nation* treffen und terrorisieren will, sind wir alle.

»Dieses Buch handelt vom Menschen, von jedem von uns. ›Die Unfähigkeit zu trauern‹ entlarvt die Heuchelei. Wir alle wissen viel von den sachlichen Problemen dieser Welt. Von uns selbst wissen wir fast nichts.«
J. Besser im Kölner Stadt-Anzeiger

25. Tausend
372 Seiten. Leinen DM 24.–

Piper

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64